

# KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

April 201%



# Bericht über die wirtschaftliche Lage

Redaktionsschluss: 20. April 2011

Redaktion: Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen



# Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage.....	4
Überblick .....	5
Konjunktorentwicklung unter Berücksichtigung rezenter Prognosen.....	6
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa.....	11
Österreich: Wirtschaftswachstum bleibt zu Jahresbeginn 2011 kräftig.....	15
Jüngste Entwicklungen auf den Finanzmärkten.....	21
<b>Annex.....</b>	<b>28</b>
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 17. März 2011 bis 13. April 2011 .....	29
<b>Grafiken und Tabellen.....</b>	<b>35</b>

# Bericht über die wirtschaftliche Lage

## Überblick<sup>1</sup>

Die Weltwirtschaft entwickelt sich – angetrieben von einem kräftigen Wachstum der Schwellenländer – sehr dynamisch. Die chinesische Wirtschaft wächst äußerst kräftig und zeigt Anzeichen von Überhitzungserscheinungen, denen die chinesische Geldpolitik durch Zinserhöhungen begegnet. Die Erdbebenkatastrophe in Japan könnte nach ersten Schätzungen der japanischen Regierung zu Produktionsausfällen in der Höhe von bis zu 5% des japanischen BIPs führen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft dürften trotzdem nur gering ausfallen. Aufgrund der Spezialisierung auf Nischenprodukte in der betroffenen Region kann sich der Produktionsausfall jedoch über die Wertschöpfungskette in Einbußen der Elektronik- und Automobilproduktion in anderen Ländern bemerkbar machen.

Das Wirtschaftswachstum in den USA hat zuletzt wieder leicht an Dynamik gewonnen. Im vierten Quartal 2010 wuchs das BIP um 3,1% (gegenüber dem Vorquartal, annualisiert) und damit etwas stärker als in den vorangegangenen Quartalen. Die wichtigsten Vorlaufindikatoren – wie Einkaufsmanagerindizes oder Einzelhandelsumsätze – deuten auf eine kräftige Wachstumsdynamik in den kommenden Monaten hin.

Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich zwar weiterhin auf Wachstumskurs, wies aber für das dritte und vierte Quartal 2010 infolge der starken Wachstumsdivergenzen der Länder – nur Zuwachsraten von jeweils 0,3% (gegenüber dem Vorquartal) auf. Damit ergibt sich eine Jahreswachstumsrate von 1,7% für das Jahr 2010. Die Wachstumsimpulse kamen vorwiegend vom Außenbeitrag und in geringerem Maße von der inländischen Endnachfrage. Deutschlands Volkswirtschaft wuchs 2010 um 3,6%, jene Frankreichs und Italiens um 1,6% bzw. 1,3%. Eine schrumpfende Wirtschaftsleistung wiesen Spanien (-0,1%), Irland (-1,0%) und Griechenland (-4,5%) auf. Um Aufwärtsrisiken betreffend Preisstabilität entgegenzuwirken, beschloss der EZB-Rat am 7. April 2011 den Leitzinssatz von bisher 1% um 25 Basispunkte auf 1,25% zu erhöhen.

Nachdem Griechenland und Irland im Jahr 2010 die Finanzhilfe der EU in Anspruch genommen haben, will jetzt auch Portugal um finanziellen Beistand ersuchen. In den nächsten Wochen soll eine Absichtserklärung zwischen Portugal und EZB, EK und dem IWF verabschiedet werden, in der die Bedingungen für eine Auszahlung vereinbart werden.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich auch im Jahr 2010 noch auf die Länder in Zentral-, Ost- und Südosteuropa ausgewirkt. Mit einem Wachstum von 2% blieb die CESEE-7-Region deutlich unter den Vorkrisenwerten. Die von der OeNB und dem Bank of Finland Institute for Economics in Transition (BOFIT) erstellte Prognose für die Region zeigt für die Jahre 2011 und 2012 eine spürbare Beschleunigung des Wachstums auf 3,1 bzw. 3,8%. Dabei gewinnt die Binnennachfrage zusehends an Bedeutung.

Die österreichische Wirtschaft expandiert derzeit – angetrieben von einer robusten Auslandsnachfrage – vergleichsweise kräftig. Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators zeigen für das erste Quartal 2011 ein Wachstum des realen BIP von 0,6% (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) an. Im zweiten Quartal 2011 ist mit einer geringfügigen Abschwächung des Wachstums auf 0,5% zu rechnen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergibt sich damit im ersten Quartal 2011 ein Wachstum von 3,5% und im zweiten Quartal 2011 von 3,0%. Die HVPI-Inflation ist im März auf 3,3% gestiegen. Neben Mineralölprodukten waren Nahrungsmittel der wichtigste Preistreiber.

Die budgetäre Notifikation vom Ende März 2011 brachte eine erhebliche Revision von Maastricht-Defizit und -Schuldenstand für Österreich mit sich. Die Berücksichtigung der außerbudgetären Verschuldung der Landeskrankenanstalten und der ÖBB-Infrastruktur bedeuten eine jährliche Erhöhung des Maastricht-Defizits um ca. ½% des BIP ab 2007 und eine entsprechende Erhöhung des öffentlichen Schuldenstandes.

<sup>1</sup> Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

# Konjunkturentwicklung unter Berücksichtigung rezenter Prognosen<sup>2</sup>

## Wirtschaftliche Auswirkungen der Erdbebenkatastrophe in Japan

### Auswirkungen des Erdbebens auf Japan selbst

Nach ersten Schätzungen der japanischen Regierung könnten die direkten Schäden des Tohoku-Erdbebens in Japan bis zu 5% des japanischen BIP betragen. Kurzfristig reduzieren die Personen- und Sachschäden sowie die Stromausfälle, die mehrere Monate lang andauern könnten, die Produktion. Auch wenn die unmittelbar betroffene Region nur 6-7% der Bevölkerung und Produktion Japans repräsentiert, sind dort wichtige Zulieferbetriebe für die Automobil- und Elektronikproduktion angesiedelt, was zu Engpässen in der Wertschöpfungskette führen kann. Die von den Stromausfällen betroffene Region produziert 40% des japanischen BIP. Auf Basis der Erfahrung vergangener Erdbeben gingen erste Analysen davon aus, dass das Wachstum nur kurzfristig leidet. Bereits nach 1 bis 2 Quartalen könnte der Wiederaufbau einen positiven Nettoeffekt nach sich ziehen. Mittelfristig bewirkt der Ersatz veralteter Technologien durch modernere Anlagen einen Produktivitätsanstieg.

Beim aktuellen Erdbeben kommen jedoch erschwerend Stromausfälle und atomare Störfälle hinzu, die sich auch auf das Vertrauen auswirken. Das Erdbeben traf das Land zudem in einem noch sehr fragilen Stadium des Konjunkturzyklus. Mit dem Auslaufen staatlicher Konsumanreize war das BIP-Wachstum im vierten Quartal 2010 gegenüber dem Vorquartal wieder negativ gewesen. Angesichts der im Vorfeld des Erdbebens geringen Kapazitätsauslastung ist fraglich, ob die Schäden zur Gänze ersetzt werden.

### Wirtschaftspolitische Maßnahmen Japans

Zur Stabilisierung der Währung und der verunsicherten Finanzmärkte stellte die Bank of Japan (BoJ) in großem Ausmaß Liquidität zur Verfügung und gab die Verdoppelung ihres Wertpapierankaufprogramms von 5 auf 10 Bio JPY (1 auf 2% des BIP) bekannt. Anlässlich ihrer jüngsten geldpolitischen Sitzung am 7. April beschloss die BoJ die Bereitstellung von niedrig verzinsten Krediten für Banken in den Katastrophengebieten.

Die japanische Regierung schätzt die budgetären Kosten derzeit auf 10 Bio JPY (2% des BIP). Die Ausgaben werden sich über mehrere Jahre erstrecken. Zur Finanzierung ist eine Erhöhung der bisher mit 5% sehr niedrigen Mehrwertsteuer in Diskussion, ebenso wie das Aufschieben der geplanten Anhebung des Kindergelds. Die jüngsten IWF-Schätzungen für den Budgetsaldo für 2011 und 2012 liegen bei -10% bzw. -8,4% des BIP.

Die Staatsschuldenquote wäre auch ohne die Folgen des Erdbebens nach OECD-Schätzung bis 2012 auf 210% des BIP angewachsen. Da Japans Staatsschuld nahezu ausschließlich (95%) vom Inland (BoJ, staatsnahe Institutionen, Banken, Private) gehalten wird und die Finanzierungskosten nur bei 1¼% liegen, besteht jedoch keine akute Gefahr einer Schuldenkrise.

---

<sup>2</sup> Autoren: Ingrid Haar-Stöhr, Aleksandra Riedl, Maria Silgoner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Während in den Tagen nach dem Erdbeben die japanischen Aktienpreise einbrachen, wertete der japanische Yen auf. Am 16. März 2011 erreichte er gegenüber dem US-Dollar den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Um den Aufwärtstrend des japanischen Yen zu bremsen und damit die rapide Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Japans zu verhindern, entschlossen sich die G-7-Industriestaaten zu einer gemeinsamen Intervention. Der japanische Yen verlor unmittelbar danach gegenüber den wichtigsten Währungen deutlich an Wert und wertete in den folgenden Wochen weiter ab.

### **Auswirkungen auf den Euroraum und die Weltwirtschaft primär über Störungen der Wertschöpfungskette**

Japans Wirtschaft macht knapp 9% des globalen BIP aus. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft werden jedoch in Summe aufgrund des niedrigen Offenheitsgrads gering sein. Japans Importe machen nur 12% des eigenen BIP aus. Aufgrund der Spezialisierung auf Nischenprodukte in der betroffenen Region kann sich der Produktionsausfall jedoch über die Wertschöpfungskette in Einbußen der Elektronik- und Automobilproduktion im Ausland bemerkbar machen.

Die Güterexporte aus dem Euroraum nach Japan betragen nur etwa 2,3% der Gesamtexporte mit einem Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten. Die Güterimporte aus Japan betragen 2,2% der Gesamtimporte, womit die direkten Effekte über den Außenhandel als eher gering einzuschätzen sind. Die stärksten zu erwartenden Effekte auf den Euroraum resultieren aus indirekten Kanälen. So könnte durch die gestiegene Unsicherheit vor allem die Investitionsnachfrage im Euroraum negativ beeinflusst werden.

Während Japan stark vom asiatischen Raum abhängt (54% der japanischen Ausfuhren gehen in die Region und 45% der japanischen Importe kommen aus Asien) ist die Abhängigkeit Asiens von Japan relativ gering und ist in den vergangenen Jahren weiter gesunken. So gehen nur 8% der chinesischen Exporte nach Japan. Allerdings kommen 13% der chinesischen Importe aus Japan und entfallen primär auf Zulieferprodukte der Elektronikbranche, sodass die Auswirkungen über die Wertschöpfungskette beträchtlich sein können. Andererseits könnte der asiatische Raum von Substitutionseffekten profitieren, wenn Teile der ausgefallenen Produktion durch ausgelagerte japanische Produktionsstätten oder asiatische Konkurrenzbetriebe ersetzt werden. Unklar ist, wie sich die Erdbebenkatastrophe auf die ausländischen Direktinvestitionsströme auswirkt - Japan ist der wichtigste Investor in Thailand, den Philippinen und Korea.

## **Euroraum**

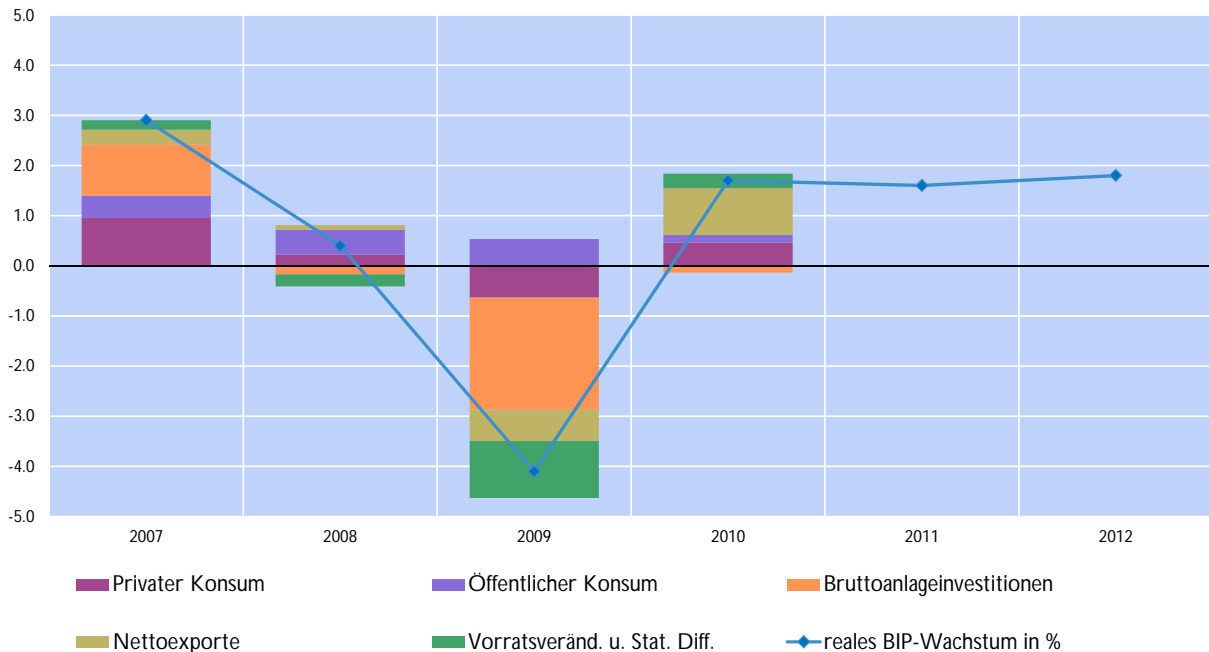
### **BIP-Wachstum im Jahr 2010 vorwiegend vom Außenbeitrag getragen**

Die Wirtschaft im Euroraum befindet sich auf Wachstumskurs, wenngleich das BIP-Wachstum im dritten und vierten Quartal 2010 von jeweils 0,3% (gegenüber dem Vorquartal) infolge der heterogenen Wirtschaftsentwicklung innerhalb des Euroraums eher moderat blieb. Damit ergibt sich eine Jahreswachstumsrate von 1,7% für das Jahr 2010. Die Wachstumsimpulse kamen vorwiegend vom Außenbeitrag und in geringerem Maße von der inländischen Endnachfrage. Einen leicht negativen Beitrag zum Wachstum leisteten die Bruttoanlageinvestitionen. Nach dem kräftigen Zuwachs der Investitionen im zweiten Quartal 2010, drosselten Unternehmen ihre Investitionstätigkeiten wieder, womit die Jahresänderungsrate insgesamt negativ ausfiel. Die positive Wachstumsbilanz im Jahr 2010 ist zu einem Großteil von den Entwicklungen in Deutschland getrieben. Mit überdurchschnittlichen 3,6% verzeichnete Deutschland die größte Wachstumsrate unter den großen Euroraumländern.

In Frankreich betrug das Wachstum lediglich 1,6% und in Italien 1,3%. Eine schrumpfende Wirtschaftsleistung wiesen Spanien (-0,1%), Irland (-1,0%) und Griechenland (-4,5%) auf.

### Komponenten des realen BIP

Veränderung zum Vorjahr in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat; 2011-2012: Europäische Kommissions Prognose.

### Ausblick auf eine Wachstumsbeschleunigung im ersten Quartal 2011

Für das erste Quartal 2011 erwarten jüngste Prognosen eine Wachstumsbeschleunigung des realen BIP auf 0,5% (gegenüber dem Vorquartal). Die anhaltende globale wirtschaftliche Erholung wirkt positiv auf die Exporte des Euroraums, während das hohe Unternehmensvertrauen und der akkommodierende geldpolitische Kurs Investitionen stützen werden. Die Aussicht auf eine Wachstumsbeschleunigung wird von den Vorlaufindikatoren bekräftigt. Das Wachstum der saisonbereinigten Industrieproduktion (Dreimonatsdurchschnitt inkl. Februar-Wert) hat sich gegenüber der Vorperiode beschleunigt. Auch die Kapazitätsauslastung im Euroraum setzt ihren Aufwärtstrend fort und steigt im ersten Quartal 2011 auf 79,7%. Sie liegt damit nur mehr knapp unter ihrem langfristigen Durchschnittswert. Der Einkaufsmanagerindex der Industrie lag im ersten Quartal 2011 deutlich über den Werten der letzten Quartale, was ebenfalls als Hinweis auf ein gutes erstes Quartal interpretiert werden kann.

### Mittelfristig konstantes BIP-Wachstum mit zunehmender Bedeutung der Binnennachfrage

Verbesserte Aussichten für die globale Konjunktur und die Binnennachfrage führten zu Aufwärtsrevisionen jüngster Prognosen. Für das laufende Jahr 2011 soll das Wachstum im Euroraum laut den Experten der EZB zwischen 1,3 und 2,1% liegen. Im Einklang damit stehen die jüngsten Schätzungen der Europäischen Kommission (EK) und des Consensus Forecasts, die eine BIP-Wachstumsrate von 1,6 und 1,7% für das Jahr 2011 projizieren. Für das Jahr 2012 erwarten jüngste Prognosen ein Wachstum von 1,7 bis 1,8%. Der globale Aufschwung sowie nachhaltige Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsystems werden die Wirtschaft im Euroraum weiterhin stützen. Mit der graduellen Verbesserung der privaten Inlandsnachfrage wird das Wachstum zunehmend selbsttragend. Allerdings ist zu erwarten, dass notwendige

Bilanzanpassungen in einigen Sektoren einen dämpfenden Effekt auf die Konjunkturerholung haben werden.

### **EZB-Rat beschließt Leitzinserhöhung**

Die jährliche HVPI-Inflationsrate für den Euroraum stieg im ersten Quartal 2011 kontinuierlich an: Nach 2,3% im Jänner und 2,4% im Februar betrug sie im März 2,7%. Inflationsbeschleunigend wirkten Verteuerungen bei den unbearbeiteten Lebensmitteln und bei der Energie, die mit einem Gewicht von 7,4 und 10,3% einen wesentlichen Anteil am Warenkorb ausmachen. Die jährliche Änderungsrate der Kerninflation (HVPI ohne Energie und unbearbeitete Lebensmittel) betrug im März 1,5% gegenüber dem Vorjahresmonat. Um Aufwärtsrisiken betreffend Preisstabilität entgegenzuwirken, beschloss der EZB-Rat am 7. April 2011 den Leitzinssatz von bisher 1% um 25 Basispunkte auf 1,25% zu erhöhen. Die Zinsanhebung wird damit dazu beitragen, die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen im Euroraum gemäß dem Ziel - die Inflationsrate unter, aber nahe 2% zu halten - zu verankern.

### **Portugal stellt Hilfsantrag an den EU-Rettungsfonds**

Nachdem Griechenland und Irland im Jahr 2010 die Finanzhilfe der EU in Anspruch genommen haben, will jetzt auch Portugal um finanziellen Beistand ersuchen. Das Land hatte zwar als eines der wenigen im Währungsraum keine Bankenkrise, war aber ähnlich wie Griechenland durch die hohe Staatsverschuldung und schwache Wettbewerbsfähigkeit unter Druck geraten. Anfang April 2011 waren die Renditen auf portugiesische 10-jährige Staatsanleihen aufgrund hoher Risikoaufschläge deutlich gestiegen. Verglichen mit deutschen Staatsanleihen betrug der Aufschlag erstmals 500 Basispunkte. In den nächsten Wochen soll eine Absichtserklärung zwischen Portugal und der EZB, der EK und dem IWF verabschiedet werden, in der die Bedingungen für eine Auszahlung vereinbart werden.

## **USA**

### **US-Konjunktur bleibt robust; langsame Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt**

Das Wirtschaftswachstum hat wieder leicht an Dynamik gewonnen. Die annualisierte Wachstumsrate des realen BIP lag im vierten Quartal 2010 (im Vorquartalsvergleich) mit +3,1% deutlich höher als in den beiden Vorquartalen. Zum Wachstum trugen insbesondere der Konsum der privaten Haushalte (knapp 3 Pp) sowie die Nettoexporte (+3,3 Pp) bei. Das nunmehr relativ breit abgestützte US-Wachstum dürfte sich zumindest bis Ende 2011 fortsetzen. Die wichtigsten Vorlaufindikatoren – wie Einkaufsmanagerindizes oder Einzelhandelsumsätze – deuten auf eine kräftigere Wachstumsdynamik in den kommenden Monaten hin. Der IWF hat seine Wachstumsprognose im April für 2011 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,8% nach unten revidiert, für 2012 prognostiziert er nun eine Expansion um 2,9% (Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Jänner-Prognose). Die Fed erwartet für heuer sogar ein Wachstum von 3,4-3,9% bei einer moderaten Inflation von 1,3-1,7%.

Die Lage auf dem US-Arbeitsmarkt verbessert sich langsam. Dies zeigt sich in einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenquote im März 2011 auf 8,8%, sowie in einem relativ kräftigen Anstieg an neuen Stellen im Privatsektor (+230.000 im März). Dennoch wurden seit Jahresbeginn 2010 erst 1,5 Mio der 8,8 Mio seit Krisenbeginn verlorenen Stellen neu geschaffen.

### **Budgetkrise wurde abgewendet; weiterer Anstieg der Verschuldungsquote**

Im Budgetstreit zwischen Demokraten und Republikanern konnte kurz vor Fristablauf in der Nacht des 8. April eine grundsätzliche Einigung auf Einsparungen in Höhe von knapp 40 Mrd

USD für die restlichen sechs Monate des Fiskaljahres 2011 erzielt werden. Dieses hat bereits am 1. Oktober 2010 begonnen, das Budget wurde jedoch wegen des Streits um Einsparungen bis dato nicht verabschiedet. Die US-Regierung blieb nur dadurch liquide, dass der Kongress wiederholt kurzfristig Ausgabenpläne auf der Basis des Budgets von 2010 verlängerte. Hintergrund des Budgetstreits ist das massive Haushaltsdefizit von erwarteten 1,65 Billionen USD im laufenden Fiskaljahr (rund 10% des BIP).

Eine weitere Herausforderung stellt die Gesamtverschuldung von mehr als 14,2 Billionen USD dar, die vermutlich bereits im Mai 2011 die erlaubte Schuldenobergrenze von zurzeit 14,3 Billionen USD überschreiten wird. Der IWF stellte Mitte April fest, dass sich die US-Schuldenquote in den kommenden Jahren nicht stabilisieren werde und prognostizierte einen Anstieg von rund 90% des BIP (Ende 2010) auf über 110% des BIP bis Ende 2016.

Die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) sieht die Top-Bonität der USA in Gefahr. Sie bewertet die US-Kreditwürdigkeit zwar weiter mit der Bestnote 'AAA', hat jedoch am 18. April den Ausblick auf negativ geändert. Als Begründung führt sie an, dass es unklar sei, wie die USA das Haushaltsdefizit und den steigenden Schuldenstand in den Griff bekommen wollen. Es besteht ihrer Ansicht nach die Gefahr, dass sich Demokraten und Republikaner nicht auf eine mittel- bis langfristige Haushaltspolitik einigen können.

### **Fed Funds Rate unverändert seit nahezu zweieinhalb Jahren; Fed führt Pressebriefings ein; leichter Anstieg der Inflation**

Die US-Notenbank beließ die Fed Funds Rate bei ihrer letzten Sitzung am 15. März 2011 unverändert bei 0% bis 0,25% (seit bald zweieinhalb Jahren) und beabsichtigt sie für einen längeren Zeitraum auf diesem Niveau zu lassen. Sie verfolgt auch weiterhin die Absicht, bis Mitte 2011 Staatsanleihen im Gegenwert von 600 Mrd USD zu kaufen. Im Gegensatz zu Europa deutet derzeit nichts auf eine rasche Wende in der Zinspolitik hin. Aus heutiger Sicht wird eine Zinsanhebung erst 2012 erwartet.

Die US-Notenbank führt beginnend mit dem 27. April 2011 regelmäßige Pressekonferenzen ein (vier pro Jahr, jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung neuer Wirtschaftsprognosen). Damit beabsichtigt sie die Klarheit der geldpolitischen Kommunikation zu stärken.

Die jährliche VPI-Inflationsrate stieg im März 2011 auf 2,7%, die Kerninflationsrate auf deutlich geringer auf 1,2%. Consensus Forecasts erhöhte in seiner April-Prognose für 2011 den VPI-Anstieg weiter auf 2,7% (Februarprognose: 1,9%, Märzprognose: 2,3).

## **China**

### **Chinesische Entscheidungsträger kämpfen gegen Überhitzung der Wirtschaft**

Im vierten Quartal 2010 ist die chinesische Wirtschaft um 9,8% (annualisiert) gewachsen. Der IWF prognostiziert für die Jahre 2011 und 2012 ein Wachstum von 9,6 bzw. 9,5%.

Die Inflationsrate stieg im März 2011 auf 5,4%. Dahinter steht der rasche Anstieg der Nahrungsmittelpreise sowie der Preise für Energie und andere Rohstoffe, aber auch die Kerninflationsrate ist deutlich erhöht. Um der Überhitzung der Wirtschaft zu begegnen, hat China bereits mehrmals den Mindestreserve-Satz und viermal die Leitzinssätze angehoben, zuletzt Anfang April 2011 um 25 Basispunkte. Auch das Tempo der Aufwertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar beschleunigte sich. Seit der Lockerung der fixen Wechselkursanbindung im Juni 2010 hat der Renminbi um knapp 4½% aufgewertet.

## EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa<sup>3</sup>

*OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas: Anziehen der Binnennachfrage und Nachlassen der Auslandsnachfrage als Wachstumsmotor<sup>4</sup>*

*CESEE-7<sup>5</sup>: Massiver Konsolidierungsbedarf bremst Erholung der Binnennachfrage*

Für **2011** wird mit einem Anstieg des durchschnittlichen Wachstums in der Region auf 3,1% gerechnet. Das Wachstum wird sich voraussichtlich in allen CESEE-7-Ländern beschleunigen; einzige Ausnahme ist die Tschechische Republik, wo ein umfassendes Sparprogramm umgesetzt wird. Mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 4,2% dürfte Polen weiterhin besser abschneiden als die anderen Länder der Region.

Die Aufstockung der Lagerbestände ist beinahe abgeschlossen, und die Investitionen werden infolge der bereits starken Kapazitätsauslastung und des Auflebens der Investitionsnachfrage nach der Krise wieder ansteigen. Während vom öffentlichen Konsum infolge massiver Budgetrestriktionen keine Wachstumsimpulse ausgehen dürften, werden für den privaten Konsum in allen Ländern wieder positive Wachstumsraten erwartet. Vor diesem Hintergrund wird sich die Binnennachfrage erholen und in der gesamten Region einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Nur in der Tschechischen Republik wird 2011 mit einem leicht negativen Wachstumsbeitrag gerechnet.

Die Auslandsnachfrage wird hingegen abnehmen und nicht mehr als wichtigster Wachstumsmotor fungieren. Das Exportgeschäft verliert an Schwung, was mit der prognostizierten nachlassenden Importdynamik des Euroraums zusammenhängt und damit, dass der rasche und starke Anstieg der Exporte Anfang 2010 sowie die von Deutschland ausgehenden kräftigen Wachstumsimpulse im selben Zeitraum bereits im zweiten Halbjahr 2010 wieder abzuflauen begannen. Durch den Trend zur Währungsaufwertung und dessen negative Auswirkungen auf die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit verstärken sich diese Effekte weiter. Dennoch werden die Nettoexporte in den zentraleuropäischen Ländern, und insbesondere in der Tschechischen Republik, weiterhin einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Dieser wird sich jedoch in allen Ländern der Region verringern und in Bulgarien und Rumänien bereits 2011 wieder negativ ausfallen. Angesichts der hohen Importintensität der Exporte wird das Importwachstum in der Region – trotz des starken Anstiegs der Investitionen und der Belebung des privaten Konsums – gemeinsam mit dem Exportwachstum zurückgehen.

---

<sup>3</sup> Autor: Josef Schreiner und Julia Wörz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland). Übersetzung aus dem Englischen.

<sup>4</sup> Die OeNB und das Bank of Finland Institute for Economics in Transition (BOFIT) erstellen halbjährliche Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in ausgewählten Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechische Republik, Ungarn, Russland und Kroatien). Dabei ist die OeNB für Projektionen für die EU-Mitgliedstaaten und Kroatien zuständig und das BOFIT für die Russlandprognose. Redaktionsschluss für diese Projektionen ist der 24. März 2011. Für die Erstellung der Prognose wurde auf eine Vielzahl verfügbarer Informationen zurückgegriffen, darunter länderspezifische Zeitreihenmodelle für Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, die Tschechische Republik und Ungarn (technische Details finden sich in Crespo Cuaresma, Feldkircher, Slavik und Wörz. 2009. Simple but Effective: The OeNB's Forecasting Model for Selected CESEE Countries. Focus on European Economic Integration Q4/09. S. 84–95). Die Projektionen für Russland wurden von der Bank of Finland auf Basis eines SVAR-Modells erstellt.

<sup>5</sup> CESEE-7 steht für die folgenden Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas (Central, Eastern and Southeastern Europe – CESEE): Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Ungarn. Für Lettland und Litauen wurden keine eigenen Projektionen erstellt, die beiden Länder gehen mit den aktuellsten IWF-Prognosen in das Aggregat ein.

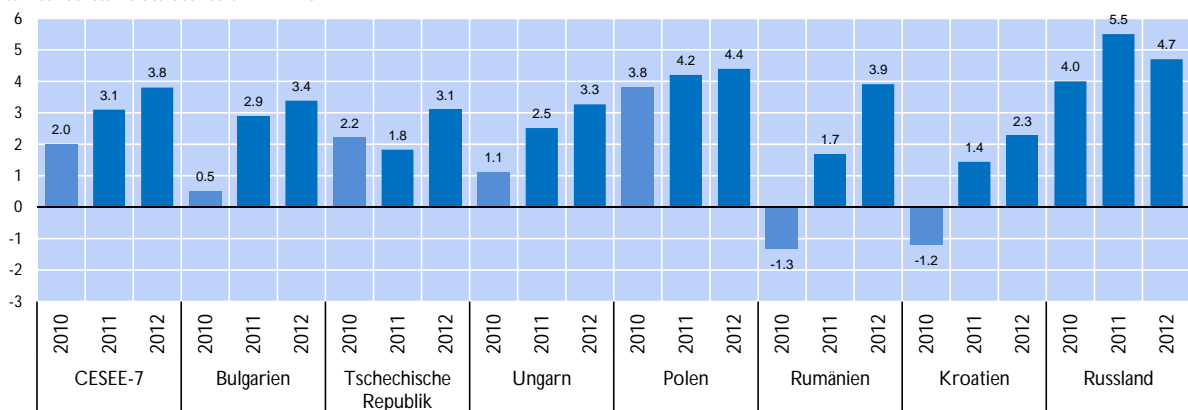
An dieser Situation wird sich **2012** voraussichtlich wenig ändern. Die Binnennachfrage und die Investitionen werden weiter an Dynamik gewinnen, beide werden jedoch deutlich hinter den Durchschnittswerten der Jahre 2005–2008 zurückbleiben. Dies ist auf anhaltend straffe Kreditbedingungen und geringere ausländische Direktinvestitionen infolge des geschwundenen Investorenvertrauens sowie auf den starken Wettbewerb, insbesondere aus Asien, zurückzuführen. Die Nettoexporte werden in allen Ländern außer Ungarn und der Tschechischen Republik einen negativen Wachstumsbeitrag leisten.

2012 wird das BIP in allen CESEE-7-Ländern außer Rumänien wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Nachdem Polen, die größte Volkswirtschaft in der Region, im Jahr 2009 keine Produktionsverluste zu verzeichnen hatte, dürfte das vor der Krise verzeichnete Produktionsniveau in der Region insgesamt bereits Ende 2011 erreicht werden. Mit Wachstumsraten von knapp 4% wird der Aufholprozess gegenüber Westeuropa nach einer mehr als zwei Jahre dauernden deutlichen Verlangsamung erneut an Schwung gewinnen.

Risiken für diese Prognose ergeben sich vor allem im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung im Euroraum. Die Konjunktur im Euroraum könnte sich besser entwickeln als angenommen, was ein Aufwärtsrisiko hinsichtlich der Auslandsnachfrage darstellt. Abwärtsrisiken für die Prognose bestehen darin, dass die erforderliche Budgetkonsolidierung umfassender sein könnte als bislang von den Entscheidungsträgern in der Region in Angriff genommen. Einige Unsicherheit besteht nach wie vor bezüglich des Investorenvertrauens und der Entwicklung der globalen Risikoaversion, insbesondere gegenüber aufstrebenden Volkswirtschaften. Über den Prognosehorizont wird weiterhin mit einem schrittweisen Anstieg des Investorenvertrauens gerechnet. Angesichts einer möglichen Ansteckung durch die Eintrübung der Investitionsbedingungen in manchen westeuropäischen Ländern oder infolge eines möglichen globalen Vertrauensverlustes aufgrund der derzeitigen Entwicklungen in Japan könnte das Investorenvertrauen aber auch wieder zurückgehen.

**Wachstumsprognosen 2010 bis 2012 von März 2011**

Jahreswachstumsrate des realen BIP in %



Quelle: OeNB.

*BOFIT-OeNB-Prognose für Russland: Kräftiges, jedoch nachlassendes Wachstum*

Das Jahreswachstum des russischen BIP wird im Jahr **2011** auf über 5% ansteigen. Dieses kräftige Wachstum ergibt sich einerseits durch einen Basiseffekt aufgrund des relativ schwachen Ergebnisses im Jahr 2010 und ist andererseits durch einen positiven Terms-of-Trade-Schock aufgrund des starken Anstiegs der Rohstoffpreise bedingt. Unter der Voraussetzung, dass die Ölpreise im Prognosezeitraum unverändert bei rund 100 USD pro Barrel liegen, ist **2012** mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf unter 5% zu rechnen.

Die Konsumausgaben dürften sich 2011 kräftiger als im Vorjahr erhöhen und zum wichtigsten Wachstumsmotor werden. Die Löhne werden voraussichtlich recht rasch ansteigen, jedoch nicht so schnell wie in den Jahren vor der Rezession. Förderlich auf den Konsum dürfte sich unter anderem der erwartete Rückgang der – im Zuge der Krise beträchtlich gestiegenen – privaten Sparquote auswirken sowie das anhaltende Wachstum der an die privaten Haushalte vergebenen Bankkredite. Die Kaufkraft der privaten Haushalte erhöht sich jedoch aufgrund der zuletzt deutlich gestiegenen Inflation nur zögerlich. Der öffentliche Konsum wird nach einem sehr geringen Anstieg in den Jahren 2009–2010 im Prognosezeitraum voraussichtlich etwas zulegen. Die diesbezügliche Entwicklung wird durch den Ölpreis begünstigt: Da dieser höher ausfällt als im Dreijahresbudget für 2011–2013 angenommen, werden zusätzliche Budgeteinnahmen generiert und somit zusätzliche Ausgaben ermöglicht, was auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zu sehen ist.

Der Aufschwung bei den Anlageinvestitionen erfolgt mit zeitlicher Verzögerung. Mit der vollständigen Erholung des Investitionswachstums ist 2011 und 2012 zu rechnen, da die Auslastung der Produktionskapazitäten im zweiten Halbjahr 2011 voraussichtlich wieder das vor dem Einbruch verzeichnete hohe Niveau erreichen wird.

Das russische Exportvolumen stieg 2010 nach einer kurzen Rezessionsphase und einer Unterbrechung der Erdgaslieferungen Anfang 2009 rasch wieder an. Ab 2011 ist mit einem – im Vergleich zum Welthandel – relativ langsamen Exportwachstum zu rechnen, da sich das Ausfuhrvolumen für Rohöl und Erdölprodukte voraussichtlich nicht erhöhen wird. Diese Einbußen dürften jedoch durch einen Anstieg der Erdgaslieferungen und Exporte anderer Rohstoffe zum Teil wettgemacht werden. Nach einem starken Wachstum im Jahr 2010 dürfte sich das Importwachstum bis zum Ende des Prognosezeitraums allmählich abschwächen, sollte jedoch 2011 noch immer rund 15% und 2012 etwa 10% betragen. Jedenfalls werden die Importe weiterhin durch den realen Wechselkurs des Rubel gestützt – dieser wird angesichts des anhaltenden Leistungsbilanzüberschusses voraussichtlich weiter aufwerten.

Die Prognose beruht auf der Annahme eines kräftigen Wachstums der Weltwirtschaft und des Welthandels und geht von einem Verharren des Ölpreises auf hohem Niveau aus. Somit ergibt sich ein aufwärtsgerichtetes Risiko für die Prognose aus einem möglichen weiteren Anstieg der Rohstoffpreise, insbesondere nachdem nach wie vor rund 30% des russischen BIP durch Exporte generiert werden. Andererseits könnten Unsicherheiten auf globaler Ebene zu erheblichen Schwankungen bei den finanziellen Zu- und Abflüssen führen. Sollte die Inflation in Russland höher ausfallen als erwartet, so würde dies das reale Konsumwachstum schwächen, zugleich jedoch die reale Aufwertung beschleunigen und die Importe fördern.

### *OeNB-Projektionen für Kroatien: Verzögerte Konjunkturerholung durch aufkeimende Binnennachfrage gestützt*

2011 wird für Kroatien ein Wirtschaftswachstum von 1,4% erwartet, zu dem sowohl die Binnennachfrage als auch die Nettoexporte einen positiven Beitrag leisten dürften. Der Beitrag der Investitionstätigkeit dürfte angesichts des erstarkenden Kreditwachstums und des verbesserten Geschäftsklimas wieder geringfügig positiv ausfallen. Der private Konsum wird an Dynamik gewinnen, da die Steuerreform 2011 ihre volle Wirkung zeigt und erste Anzeichen einer verbesserten Arbeitsmarktsituation sichtbar werden sollten. Von den öffentlichen Konsumausgaben sind jedoch keine bedeutenden Wachstumsimpulse zu erwarten (obwohl 2011 ein Wahljahr ist), denn die Budgetausgaben für 2011 wurden auf dem Niveau des revidierten Budgets 2010 eingefroren. Das Exportwachstum wird 2011 voraussichtlich weiterhin

zunehmen, angesichts der anziehenden Binnennachfrage jedoch mit einer weiteren Beschleunigung des Importwachstums einhergehen, sodass der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte weiter schrumpfen dürfte.

**2012** wird sich das BIP-Wachstum – getrieben von der Inlandsnachfrage – voraussichtlich auf 2,3% erhöhen. Infolge höherer ausländischer Direktinvestitionen im Vorfeld des erwarteten EU-Beitritts Kroatiens werden insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen zulegen.

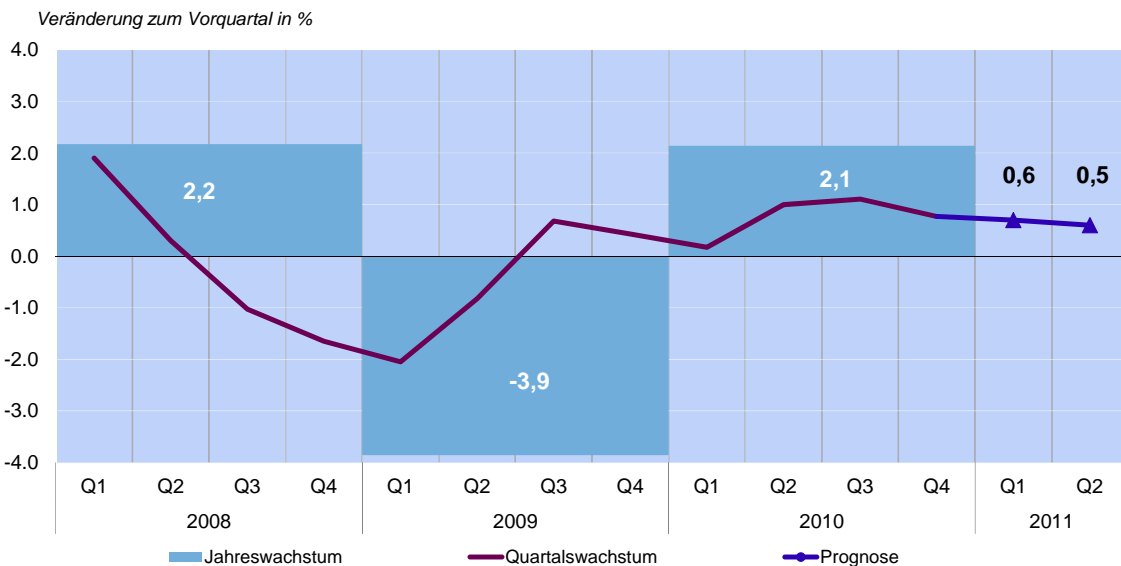
# Österreich: Wirtschaftswachstum bleibt zu Jahresbeginn 2011 kräftig<sup>6</sup>

## Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom März 2011

Angetrieben von einer robusten Auslandsnachfrage expandiert die österreichische Wirtschaft derzeit vergleichsweise kräftig. Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators zeigen für das erste Quartal 2011 ein Wachstum des realen BIP von 0,6% (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) an. Im zweiten Quartal 2011 ist mit einer geringfügigen Abschwächung des Wachstums auf 0,5% zu rechnen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal ergibt sich damit im ersten Quartal 2011 ein Wachstum von 3,5% und im zweiten Quartal 2011 von 3,0%.

Der Aufschwung der letzten Quartale ist vor allem auf die Erholung der Weltwirtschaft zurückzuführen, die sich besser als noch vor wenigen Monaten erwartet entwickelte. Im vierten Quartal schwächte sich die Exportkonjunktur zwar vorübergehend ab; dies ist vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums davor jedoch nicht überraschend. Die Ergebnisse des auf Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierenden OeNB-Exportindikators zeigen für die Monate Jänner und Februar aber, dass die Exporte weiter expandieren. Von der Katastrophe in Japan sollten aufgrund der geringen Rolle Japans als Handelspartner Österreichs (0,8% der österreichischen Güterexporte entfielen im Jahr 2009 auf Japan) nach derzeitigem Stand direkt keine dämpfenden Effekte auf die österreichische Wirtschaft ausgehen.

### Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das erste und zweite Quartal 2011 (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Die Einschätzung der Konjunkturlage am aktuellen Rand gestaltet sich derzeit schwierig, da die Konjunkturindikatoren teilweise widersprüchliche Signale aussenden. Während die

<sup>6</sup> Autor: Christian Ragacs, Lukas Reiss (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für das vierte Quartal ein starkes Wachstum von 0,8% ausweist, deuten die Entwicklung der Güterexporte und der Industrieproduktion auf eine verhaltene Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in diesem Zeitraum hin.

Die zugrundeliegende Wachstumsdynamik erscheint trotz temporär dämpfender Faktoren für die Konjunktur aber intakt. Nach einer Phase der expansiven Fiskalpolitik belasten zwar die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen das verfügbare Haushaltseinkommen der privaten Haushalte und es ist in Verbindung mit den stark steigenden Energie- und Rohstoffpreisen daher von dämpfenden Effekten auf den privaten Konsum auszugehen. Die derzeit sehr günstige Lage am Arbeitsmarkt wirkt sich aber positiv auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte aus. Die Beschäftigung wächst wieder kräftig und führt zu rückläufigen Arbeitslosenzahlen. Diese Entwicklung dürfte auch in den nächsten Monaten anhalten. Darauf deuten sowohl der starke Anstieg der gemeldeten offenen Stellen wie auch der massive Rückgang der Zahl der beabsichtigten Kündigungen hin. Positive Impulse werden in der nächsten Zeit vor allem von den Exporten und Investitionen kommen. Auch dürfte die Phase des Lageraufbaus noch nicht zum Stillstand gekommen sein und das Wachstum stützen.

**Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das erste und zweite Quartal 2011 (saison- und arbeitstägig bereinigt)**

2009		2010				2011			
Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<i>Veränderung zum Vorjahresquartal in %</i>									
-4.4	-5.4	-3.8	-1.8	0.5	2.3	2.7	3.1	<b>3.5</b>	<b>3.0</b>
<i>Veränderung zum Vorquartal in %</i>									
-2.0	-0.8	0.7	0.4	0.2	1.0	1.1	0.8	<b>0.6</b>	<b>0.5</b>
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>									
<b>-3.9</b>					<b>2.1</b>				

Quelle: OeNB - Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindicators vom März 2011, EUROSTAT.

### Ergebnisse des OeNB-Exportindikators vom April 2011: Lebhaftige Exportnachfrage im ersten Quartal 2011

Nach dem temporären Rückgang der nominellen Güterexporte im vierten Quartal 2010 – saisonbereinigt schrumpften die Exporte gegenüber dem dritten Quartal um 1% – kehrten die Exporte zu Jahresbeginn auf einen dynamischen Wachstumspfad zurück. Gemäß den aktuellen Ergebnissen des OeNB Exportindikators vom April stiegen die nominellen Güterexporte im ersten Quartal um 4% (saisonbereinigt, gegenüber dem Vorquartal).

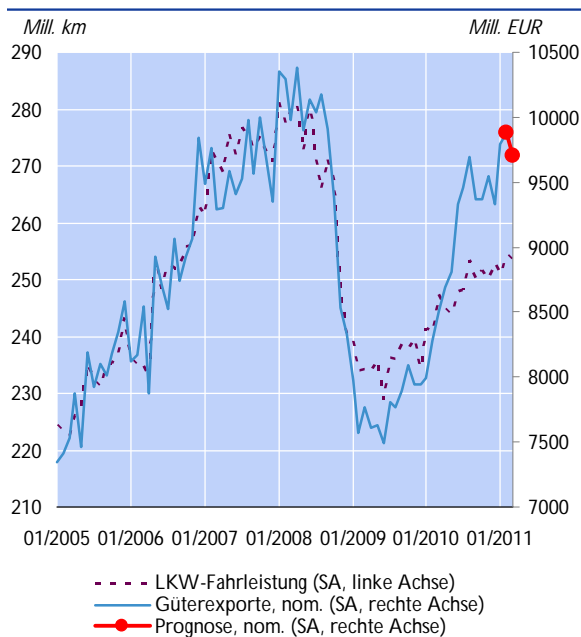
Im Jahresabstand ist im ersten Quartal mit einem Zuwachs der nominellen Güterexporte von 20% zu rechnen. Ein knappes Fünftel dieses Anstiegs ist jedoch dem zuletzt höheren Preisauftrieb geschuldet. Die Inflationsentwicklung ist in den vergangenen beiden Jahren – neben Schwankungen im Auslastungsgrad – der wichtigste Grund für Unterschiede in der Entwicklung der Fahrleistung, einer realen Größe, und der nominellen Güterexporte gewesen (siehe Monatswerte in Grafik). 2009 fielen die Güterexportpreise um 1,6%, 2010 stiegen sie hingegen um 3,2%.

### Lkw-Fahrleistung und Güterexporte gemäß OeNB-Exportindikator

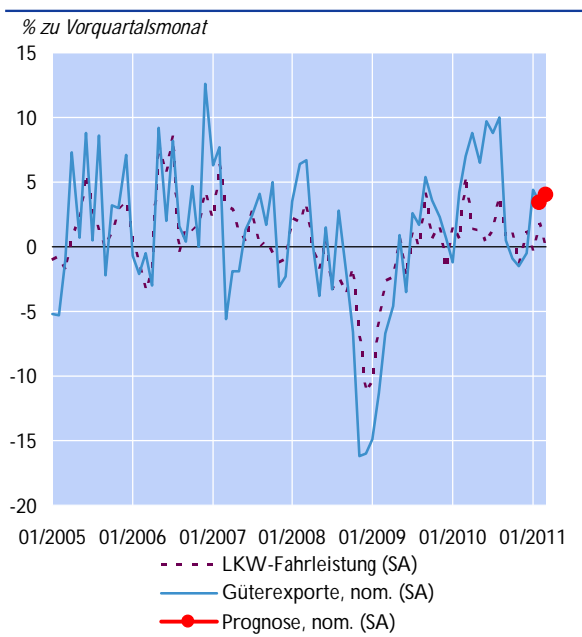
	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell	LKW-Fahrleistung	Güterexporte, nominell
	Veränderung im Dreimonatsabstand in %		Veränderung zum Vorjahr in %			
	Saison- und arbeitstägig bereinigt			Nicht arbeitstägig bereinigt		
2010M09	0.8	0.5	4.8	18.7	4.0	18.9
2010M10	1.3	-0.9	5.8	15.9	0.8	12.8
2010M11	-1.3	-1.5	4.4	20.2	7.3	20.4
2010M12	1.2	-0.5	7.8	17.4	9.2	21.0
2011M01	-0.3	4.4	3.8	22.5	8.2	26.3
2011M02	1.8	<b>3.4</b>	5.7	<b>19.4</b>	7.1	<b>19.1</b>
2011M03	0.1	<b>4.0</b>	2.3	<b>14.1</b>	4.2	<b>16.5</b>
2010Q2	1.0	8.3	5.5	18.0	6.8	20.3
2010Q3	2.0	6.3	5.7	21.6	5.0	21.4
2010Q4	0.4	-1.0	6.0	17.8	5.4	17.9
2011Q1	0.5	<b>4.0</b>	3.9	<b>18.6</b>	6.3	<b>20.1</b>
2009			-12.7	-20.4	-12.9	-20.2
2010			5.1	15.9	5.1	16.5

Anm.: Fett markierte Werte sind Prognosewerte.

Quelle: ASFINAG -Maut Service GmbH, Statistik Austria und OeNB



Quelle: ASFINAG, OeNB



Quelle: ASFINAG, OeNB

Anmerkung: Die letzten beiden Werte für die Güterexporte sind Prognosewerte

### HVPI-Inflationsrate steigt im März auf 3,3%

Im März 2011 belief sich die im Jahresabstand gemessene österreichische HVPI-Inflationsrate auf 3,3% und ist damit gegenüber den Vormonat weiter angestiegen (Februar: 3,1%). Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) betrug im Februar 2011 2,1% und stieg im März auf 2,3% an. Auch die Verbraucherpreise im Euroraum waren im März 2011 mit 2,7% über dem Niveau des Vormonats (Februar: 2,4%).

Rund die Hälfte des Anstiegs der Gesamtinflation von Februar auf März wurde durch den Industriegütersektor ohne Energie verursacht. Nahrungsmittel und Dienstleistungen

verzeichneten im selben Zeitraum ebenfalls einen moderaten Anstieg des Inflationsbeitrags, während jener im Energiesektor leicht zurückging.

### Weitere Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt entwickelte sich im März weiterhin positiv. Laut Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ist im März 2011 die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (3.297.000) gegenüber dem Vorjahr um +69.000 angestiegen. Die Anzahl vorgemerakter Arbeitsloser ist um 13.733 (-5,2%; Februar: -14.067) gegenüber dem Vorjahr auf 252.587 gesunken. Die Anzahl der sich in Schulung befindlichen Personen (69.515) ist um 14.502 (-17,3 %) gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Insgesamt (Arbeitslose und Schulungsteilnehmer) war ein Rückgang von 8,1% (-28.235 Personen) zu verzeichnen. Die Anzahl offener Stellen liegt um 16,4% über dem Vorjahreswert und lässt eine weiterhin günstige Entwicklung erwarten.

Die für Februar 2011 von Eurostat ausgewiesene Arbeitslosenquote ist mit 4,8% angesichts der Entwicklung der Registerarbeitslosigkeit unerwartet hoch. Hier ist - wie auch bereits regelmäßig in den Vormonaten – mit einer deutlichen Abwärtsrevision zu rechnen. Dennoch bedeutet diese zu hoch erscheinende Arbeitslosenquote die drittniedrigste in der EU (Niederlande: 4,3%, Luxemburg: 4,5%).

### Vertrauensindikatoren stabilisieren sich auf hohem Niveau

Die aktuellen Vertrauensindikatoren lassen zum Jahresbeginn 2011 eine weiterhin robuste Wirtschaftsentwicklung erwarten. Im Vergleich zu den Vormonaten ist die rasante Verbesserung des Vertrauens allerdings zum Stillstand gekommen, im Wesentlichen verharren die aktuellen Vertrauensindikatoren auf hohem Niveau. Der für die österreichische Wirtschaftsentwicklung gute Vorlaufeigenschaft aufweisende Ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat sich im März stabilisiert. Er ist von 111,3 Punkten im Vormonat auf 111,1 Punkte marginal gesunken. Der Bank Austria Konjunkturindikator hat für Februar mit 3,7 Punkten das Drei-Jahreshoch gehalten. Aufbauend auf den guten Stimmungsindikatoren erwartet die Bank Austria für 2011 nun ein Wirtschaftswachstum von 2,3%. Der Bank Austria Einkaufsmanagerindex ist im Februar vom Allzeithoch von 61,9 auf 60,6 Punkte leicht gesunken. Trotzdem signalisiert der Indikator weiterhin eine robuste Wirtschaftsentwicklung. Der Economic Sentiment Indicator ist im März gegenüber dem Vormonat das zweite Mal in Folge leicht gesunken und liegt nun bei 109,0 Punkten (Februar: 109,6). Bis auf das Konsumvertrauen werden alle Subkategorien etwas schlechter eingeschätzt. Insgesamt liegt der Indikator aber weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnittswert von 100 Punkten.

### Hohe Revision von Maastricht-Defizit und -Schuldenstand bei März-Notifikation

Die budgetäre Notifikation vom Ende März 2011 brachte eine erhebliche Revision von Maastricht-Defizit und -Schuldenstand für Österreich mit sich. Diese wurde aufgrund der Publikation des neuen „Manual on Government Deficit and Debt“ (MGDD) im Dezember 2010 notwendig. Das MGDD gibt Empfehlungen zur Auslegung bestimmter ESGG-Verbuchungsregeln in Bezug auf den öffentlichen Sektor. Von besonderer Bedeutung für Österreich ist die Empfehlung, dass Verbindlichkeiten außerbudgetärer Einheiten, die letztlich vom Staat übernommen werden, nun schon bei Schuldaufnahme als Maastricht-Defizit und – Schuldenstand erhöhend zu buchen sind. Dies gilt nicht nur für explizite Vereinbarungen zur Schuldübernahme, sondern auch für Fälle, bei denen es keine explizite Zusage seitens des Staates

gibt, aber trotzdem klar ist, dass der Staat die Schulden letztlich übernehmen wird (z.B. weil dies in der Vergangenheit immer wieder gemacht wurde).

Schon Anfang 2011 hatte Statistik Austria angekündigt, diese Neuregelungen auf die außerbudgetäre Verschuldung der Landeskrankenanstalten anzuwenden. Die Revision reicht bis in die 1990er zurück und erhöht den Maastricht-Schuldenstand um etwa 1% des BIP. Noch größere Implikationen hat die Finanzierungsvereinbarung des Bundes mit der ÖBB Infrastruktur. Der Bund übernimmt mindestens 70% der Zinszahlungen und Tilgungen jener Finanzverbindlichkeiten, mit denen die ab 2007 getätigten Infrastrukturinvestitionen finanziert worden sind bzw. finanziert werden.<sup>7</sup> Die Reklassifikation dieser Schuldübernahme bedeutet eine jährliche Erhöhung des Maastricht-Defizits um ca. ½% des BIP ab 2007 und eine entsprechende Erhöhung des öffentlichen Schuldenstandes.

### Auswirkung der Reklassifizierung diverser Transaktionen

	Budgetsaldo				Schuldenstand			
	Mrd EUR		% des BIP		Mrd EUR		% des BIP	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010
<b>Budgetäre Notifikation September 2010<sup>1</sup></b>	<b>-9.6</b>		<b>-3.5</b>		<b>185.1</b>		<b>67.5</b>	
<b>Revisionen</b>	<b>-1.7</b>	<b>-1.9</b>	<b>-0.6</b>	<b>-0.7</b>	<b>5.9</b>	<b>8.5</b>	<b>2.2</b>	<b>3.0</b>
Implementierung ESVG-Manual								
ÖBB Infrastruktur	-1.4	-1.3	-0.5	-0.4	3.6	4.9	1.3	1.7
Landeskrankenanstalten	-0.5	-0.6	-0.2	-0.2	2.3	2.9	0.8	1.0
Cash Collaterals der ÖBFA					0.1	0.4	0.1	0.1
Wohnbau Burgenland						0.4		0.2
Sonstige Revisionen	0.2		0.1		0.0		0.0	
<b>Bankenpaket</b>		<b>-1.7</b>		<b>-0.6</b>		<b>1.0</b>		<b>0.4</b>
KA Finanz (Besserungsschein v. 2009)		-1.0		-0.4		1.0		0.4
Hypo Alpe Adria		-0.7		-0.2				
<b>Budgetäre Notifikation März 2011</b>	<b>-11.3</b>	<b>-13.2</b>	<b>-4.1</b>	<b>-4.6</b>	<b>191.0</b>	<b>205.2</b>	<b>69.6</b>	<b>72.3</b>

<sup>1</sup> Wert für 2010 stellte damals nur einen Planwert dar

Quelle: Statistik Austria.

Revisionen des Schuldenstands ergaben sich auch durch die Berücksichtigung von „Cash-Collaterals“, die im Zuge von derivativen Finanzkonstruktionen ausgetauscht werden sowie durch die Zuordnung der Wohnbau Burgenland GmbH zum Sektor Staat. Durch weitere Aufarbeitungen ergab sich eine geringfügige Verbesserung des Maastricht-Defizits und -Schuldenstands von 2009.

2009 erließ die Kommunalkredit Austria der „Bad Bank“ KA Finanz AG Forderungen in Höhe von 1 Mrd EUR, und erhielt im Gegenzug einen von der Republik Österreich garantierten Besserungsschein. Diese Transaktion wurde bis zum März 2011 nur als Garantie erfasst und wird nun im Sinne des neuen MGDD als Schuldübernahme des Bundes im Jahr 2010 verbucht,

<sup>7</sup> Laut BM Bures wird die Vereinbarung nun auf 100% der Tilgungen ausgeweitet (siehe [http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB\\_06719/imfname\\_203794.pdf](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_06719/imfname_203794.pdf))

da eine künftige Inanspruchnahme derzeit als sehr wahrscheinlich erscheint. Zusätzlich hat Statistik Austria in der Berechnung des Budgetsaldos für das Jahr 2010 einen defiziterhöhenden Vermögenstransfer an die Hypo Alpe Adria in Höhe von 700 Mio EUR verbucht.

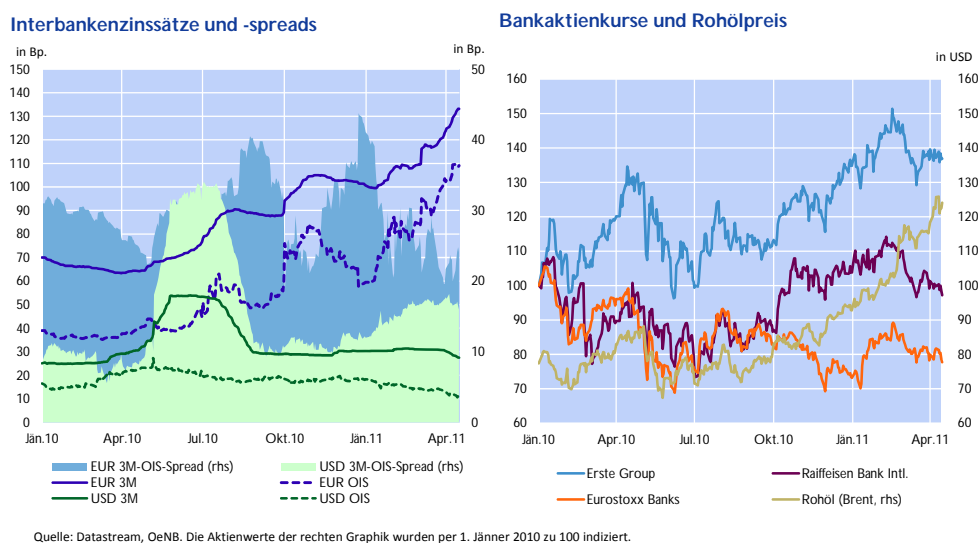
Diese Revisionen haben teilweise auch erhebliche Implikationen für die zukünftige Entwicklung des Maastricht-Defizits Österreichs: Während die Transaktionen mit Hypo Alpe Adria und der KA Finanz AG „nur“ Einmaleffekte auf den öffentlichen Finanzierungssaldo haben, bedeutet die neue Verbuchung der Schuldübernahmen für die ÖBB Infrastruktur und die Landeskrankenanstalten dauerhaft höhere Primärausgaben des Staates (um etwa  $\frac{1}{2}\%$  des BIP).

Im Zuge der Notifikation vom Ende März hat das BMF als Zielwert für das Jahr 2011 ein gesamtstaatliches Defizit von 3,9% des BIP bekanntgegeben.

# Jüngste Entwicklungen auf den Finanzmärkten<sup>8</sup>

## Normalisierung der Geldpolitik – EZB-Rat erhöht im April den Leitzins

Nach fast zwei Jahren historisch niedriger Zinsen erhöhte der EZB-Rat den Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft im Euroraum mit Wirkung ab 13. April 2011 um 25 Basispunkte (Bp.) auf 1,25%. Dieser Zinsschritt drückt das klare Bekenntnis der EZB zur Preisstabilität aus, nachdem die Inflationsrate im Euroraum<sup>9</sup> im Februar 2011 – aufgrund stark steigender Energie- und Lebensmittelpreise – bei 2,4% lag.<sup>10</sup> Dieses Ereignis, welches von Marktteilnehmern erwartet worden war, drückt sich auch in steigenden EUR-Interbankenzinssätzen aus: So stieg der 3-Monats-Interbankenzinssatz seit Jahresbeginn um +33 Bp. auf 133 Bp., während sich der Übernachtzinssatz um +50 Bp. fast verdoppelte (auf 109 Bp.). Die Interbankenzinssätze im US-Dollar bewegen sich seit Monaten auf geringem Niveau: Der 3-Monats-Interbankenzinssatz sank seit Jahresbeginn um -3 Bp. auf 27 Bp. und der Übernachtzinssatz um -7 Bp. auf 12 Bp. Durch diese Veränderungen im bisherigen Jahr 2011 ergeben sich auch diametral entgegengesetzte Entwicklungen der 3-Monats-Übernacht-Spreads: Im EUR-Interbankenmarkt verringerte sich der Spread deutlich (-17 Bp. ytd auf 24 Bp.) und jener im US-Dollar-Marktsegment stieg um +4 Bp. auf 16 Bp.



In diesem Umfeld entwickelten sich die Werte österreichischer Bankaktien seit Jahresbeginn schlechter als jener ihres Referenzindex. Während der Eurostoxx Banks +6% ytd zulegen konnte, gewannen die Aktien der Erste Group nur +2% ytd und jene der Raiffeisen Bank International verloren -6% ytd. Im Vergleich zum Jahresbeginn 2010 outperformten diese beiden

<sup>8</sup> Autoren: Stefan Kavan, Emanuel Kopp, Tina Wittenberger (Abteilung für Finanzmarktanalyse). Letzte Aktualisierung am 15. April 2011.

<sup>9</sup> Harmonized Index of Consumer Prices (HICP): <http://www.ecb.europa.eu/stats/prices/hicp/html/inflation.en.html>.

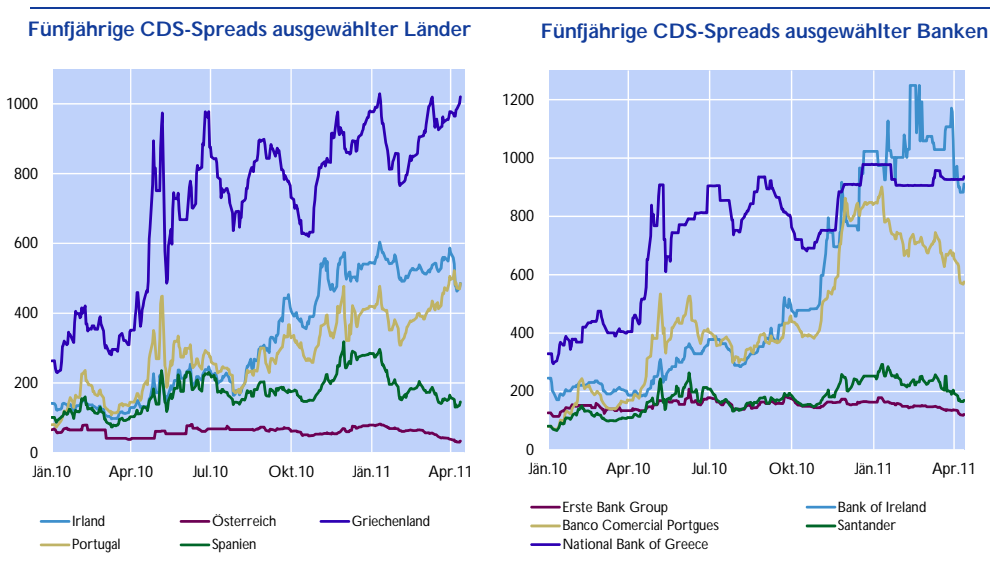
<sup>10</sup> Für weitere Details siehe: <http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2011/html/is110407.en.html>.

österreichischen Bankaktien jedoch weiterhin ihren Referenzindex, der im Jahr 2010 Verluste hinnehmen musste.

### Staatssektorriskiken und deren mögliche negative Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise ergriffen Regierungen expansive fiskalpolitische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur. Dadurch zog die Verschuldung einiger Länder deutlich an. In der Eurozone sind vor allem Griechenland, Irland, Portugal und Spanien davon betroffen. Die griechische Staatsverschuldung wird sich von knapp 99% (des BIP, 2008) auf 140% (2010) erhöhen, jene Irlands von 44% (2008) auf 97% (2010), jene Portugals von 65% (2008) auf 83% (2010), und jene Spaniens von 40% (2008) auf 64% (2010).<sup>11</sup>

Durch die angespannte budgetäre Situation dieser Staatshaushalte stieg deren Länderrisiko teils massiv an, was sich auch auf die betroffenen Bankensysteme auswirkt. Ratingagenturen reagierten mit Herabstufungen und Vergaben von negativen Ausblicken. So stufte die Ratingagentur Standard and Poor's Ende März 2011 sowohl Griechenland (von BB+ auf BB-) als auch Portugal (von BBB auf BBB-) mit negativem Ausblick erneut herab. Die Ratingeinschätzungen der Länder sind für Banken relevant, weil Herabstufungen und Verschärfungen der Richtlinien für refinanzierungsfähige Sicherheiten dazu führen, dass Banken bestimmte Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten hinterlegen können. Dies erschwert ihnen den Zugang zu Liquidität.



Weiters sind Banken durch die von ihnen in der Gläubigerposition gehaltenen Staatsanleihen gegenüber erhöhten Länderrisiken exponiert. Credit Default Swap Spreads<sup>12</sup>, die die Risikoeinschätzung der Marktteilnehmer widerspiegeln (nicht jedoch die tatsächlichen

<sup>11</sup> Die Staatsschuldenquoten für 2010 sind Prognosewerte der Europäischen Kommission vom November 2010.

<sup>12</sup> Ein Credit Default Swap dient im Allgemeinen als Versicherungsinstrument gegen den Ausfall der zugrunde liegenden Forderung, kann jedoch auch zu spekulativen Zwecken eingesetzt werden.

Refinanzierungskosten), stiegen in den vergangenen Quartalen deutlich an - sowohl bei den betroffenen Staaten als auch bei den betroffenen Banken (siehe untenstehende Grafik). Dies ist ein Indiz dafür, dass die im Zuge der Krise gestiegenen Staatssektorrisiken, erneut auf den Bankensektor zurückschlagen könnten.

Die Budgetkonsolidierungen zur Reduktion der Staatsschuldenquoten sind aus Sicht der Finanzmarktstabilität notwendig, auch wenn sie kurzfristig die wirtschaftliche Erholung dämpfen und damit negative Auswirkungen auf Kreditqualität, Neukreditvergabe und somit auch auf die Profitabilität der Banken haben könnten.

## **EU-weiter Banken-Stresstest 2011**

Die Europäische Bankenaufsicht (EBA) führt im ersten Halbjahr 2011 einen EU-weiten Bankenstresstest durch und kooperiert dabei eng mit dem Europäischen Rat für systemische Risiken (ESRB), der Europäischen Kommission (EK), der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Aufsichtsbehörden. Dieser Banken-Stresstest ist Teil einer Reihe von Widerstandstests, die derzeit für den europäischen Finanzsektor durch das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) durchgeführt werden. Dem diesjährigen Stresstest werden 90 europäische Banken unterzogen, die zusammen mehr als 65% des EU-Bankensektors und mehr als 50% der jeweiligen nationalen Bankensektoren abdecken.

Als nationale Aufsichtsbehörden treten für Österreich die Finanzmarktaufsicht (FMA) und die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) auf. Teilnehmende österreichische Kreditinstitute sind Erste Group Bank (EGB), Raiffeisen Bank International (RBI), Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) und UniCredit Bank Austria (UniCredit BA), die indirekt über die italienische Eigentümerin UniCredit Group erfasst wird.

Stresstests sind ein wesentliches Instrument zur Beurteilung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten gegenüber hypothetischen, aber dennoch plausiblen, negativen wirtschaftlichen Szenarien. Die Widerstandskraft bemisst sich an der Fähigkeit der Banken, die simulierten Schocks bei Kredit-, Markt- und weiteren ökonomischen Risiken zu verkraften. Zum einen wird untersucht, welche Auswirkungen die erwartete wirtschaftliche Entwicklung auf die Kreditinstitute haben kann (Baseline-Szenario). Darüber hinaus werden die Banken einem Stress-Szenario unterzogen, das von einer massiven Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeht. Der EU-weite Stresstest 2011 zeichnet sich durch ein härteres Szenario, eine breitere Risikoabdeckung, eine strengere Kapitaldefinition und deutlich höhere Transparenz als noch im Vorjahr aus. Nichtsdestotrotz wird sein Erfolg von einer rigorosen Qualitätssicherung der Berechnungen abhängig sein.

Sowohl hinsichtlich der Härte der Schocks, als auch bezüglich der Eintrittswahrscheinlichkeit, ist das Stress-Szenario des diesjährigen Belastungstests strenger als jenes im EU-weiten Stresstest 2010. Der Gesamteffekt des Stress-Szenarios beläuft sich für die Eurozone auf einen Einbruch des Wirtschaftswachstums von 4 Prozentpunkten über zwei Jahre (2011-2012). Im EU-weiten Stresstest 2010 belief sich der Wachstumsverlust auf knapp 3 Prozentpunkte.

Das Kreditrisiko ist weiterhin der wesentlichste Ergebnistreiber und wird im Stresstest 2011 noch detaillierter nach Portfoliokategorien und Ländern erfasst. Die Risikoabdeckung wird darüber hinaus durch die differenzierte Erfassung von Sovereign Exposures und Verbriefungspositionen, sowie durch die Miteinbeziehung steigender Refinanzierungskosten im Stress-Szenario deutlich erhöht.

Im diesjährigen Stresstest kommt mit dem Core Tier 1, dem harten Kernkapital, eine strengere Kapitaldefinition zur Anwendung als im vergangenen Jahr, in dem die Widerstandsfähigkeit der Banken anhand des gesamten Kernkapitals (Tier 1 Kapital) gemessen wurde. Letztlich finden sich in der Kapitaldefinition des EU-weiten Stresstests 2011 lediglich Kapitalinstrumente höchster Qualität, die unmittelbar zur Abfederung von Verlusten herangezogen werden können. Eine Bank besteht den Stresstest, sofern die harte Kernkapitalquote nicht unter die Marke von 5% fällt.

Durch die detaillierte Veröffentlichung der Entwicklung der Kernkapitalkomponenten für jedes teilnehmende Kreditinstitut und jedes Szenario, sowie durch die frühzeitige Publikation von Methodik und Szenarien hat sich der Transparenzgrad des Stresstests deutlich erhöht. Im Juni 2011 werden die Ergebnisse des Belastungstests erneut auf Einzelbankebene und in höherem Detaillierungsgrad als zuletzt veröffentlicht.

Die Qualitätssicherung der Ergebnisse soll in einem rigorosen, zweistufigen Qualitätssicherungsprozess realisiert werden. Neben den nationalen Aufsichtsbehörden, die für die Ergebniskontrolle der von ihnen unmittelbar beaufsichtigten Banken zuständig sind, werden die Resultate der einzelnen Banken durch einen umfangreichen, multilateralen Peer Review Prozess einer weiteren Qualitätskontrolle unterzogen. Die Sicherstellung von Konsistenz und Qualität ist die größte Herausforderung und die wesentlichste Erfolgsdeterminante des EU-weiten Stresstests 2011.

## Kreditinstitute<sup>13</sup>

### Bankstellen: Fusionen und Konzessionszurücklegungen

Die Anzahl der Hauptanstalten verringerte sich im Jahresverlauf 2010 aufgrund von Fusionen im Raiffeisensektor und Konzessionszurücklegungen bei den Sonderbanken um 12 Institute auf 843. Die Anzahl der Zweigstellen erhöhte sich gleichzeitig um acht Institute. Dieser moderate Zuwachs wurde durch die Nachmeldung von 49 Zweigstellen der Bausparkassen verursacht. Bereinigt um diesen Effekt hat sich das Zweigstellennetz um 41 reduziert. Nach Bereinigung um den erwähnten Effekt bei den Bausparkassen verringerte sich das Bankstellennetz insgesamt um 54. Ende Dezember 2010 gab es 5.022 Bankstellen.

Im Jahr 2010 kam es zu mehreren Umstrukturierungen im österreichischen Bankensektor. Die umfangreichsten Änderungen betrafen die Raiffeisen Zentralbank AG (RZB) und die UniCredit CAIB AG. Die RZB spaltete sich in zwei Institute auf, in die RZB als Spitzeninstitut des Raiffeisensektors und in die RBI (Raiffeisenbank International) als börsennotiertes Institut mit Fokus auf das Kunden- und Auslandsgeschäft. Die UniCredit CAIB AG wurde in die UniCredit Bank (ehemals HypoVereinsbank) eingebracht. Für den Standort in Wien wurde eine Zweigstelle der UniCredit Bank nach § 9 BWG gegründet.

---

<sup>13</sup> Autor: Norbert Schuh (Abteilung für Aufsichts- und Monetärstatistik)

## Investmentfonds

### Trotz hoher Kursgewinne weiterhin Zurückhaltung bei Neuengagements in Investmentfonds

Per Ende Dezember 2010 verwalteten die 30 österreichischen Kapitalanlagegesellschaften 2.203 (+21) Investmentfonds. Per Dezember 2010 erreichte das Fondsvolumen mit 147,68 Mrd EUR in etwa den Stand vom dritten Quartal 2005.

Während im gesamten Euro-Währungsraum 2010 ein Anstieg des Fondsvolumens von 11,1% zu beobachten war, zeigte sich in Österreich nur eine Zunahme von 6,6%. Besonders deutlich war die Zurückhaltung der österreichischen Fondskäufer ab Bekanntgabe der neu eingeführten Vermögenszuwachsteuer.

Der Fondsvolumenanstieg im Jahr 2010 (+9,7 Mrd EUR bzw. +6,6%) ging daher zu über 90 % (+8,19 Mrd EUR) auf Kursgewinne zurück. Die transaktionsbedingte Erhöhung machte nur 0,88 Mrd EUR aus. Investiert wurde überwiegend in ausländische Vermögenswerte, während der Volumenanstieg im Inland nur durch Kursgewinne verursacht wurde.

Rentenwerte wurden auf Grund der Tendenz steigender Zinsen sowohl im Inland (-0,46 Mrd EUR bzw. -2,9%) als auch im Ausland (-0,43 Mrd EUR bzw. -0,7%) rückgeführt. Die positive Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung zeigt sich bei der Investition in Substanzwerten. So wurden Aktien im Inland um 0,13 Mrd EUR bzw. 4,7% und im Ausland um 0,79 Mrd EUR bzw. 6,3% aufgestockt. Mit einem Plus von 1,26 Mrd EUR bzw. 8,8% fielen auch die Investitionen in ausländische Investmentzertifikate relativ kräftig aus, während die inländischen Investmentzertifikate nur um 0,12 Mrd EUR bzw. 0,5% angestiegen sind. Ein beachtliches Investitionsvolumen konnte bei inländischen Immobilien- und Sachanlagenvermögen (+0,21 Mrd EUR bzw. +20,6%) festgestellt werden, während der Auslandsbereich leicht abgenommen hat. Der Cash-Bestand wurde insgesamt um 0,89 Mrd EUR rückgeführt.

Unter Ausklammerung der „Fonds in Fonds“-Veranlagungen stieg das konsolidierte Fondsvolumen<sup>14</sup> um 8,46 Mrd EUR (+7,3%) auf 123,79 Mrd EUR. Dieser Stand entspricht in etwa dem Stand vom 2. Quartal 2005. Die Zunahme des konsolidierten Fondsvolumens wurde im Gesamtjahr 2010 zu über 90% von Kursgewinnen getragen, während der Nettokapitalzufluss mit 0,74 Mrd EUR bzw. 0,64% (Nettomittelveränderung von +3,14 Mrd EUR exklusive Ausschüttungen von 2,40 Mrd EUR), nur sehr moderat ausfiel.

Veranlagt wurde per Dezember 2010 in den Ländern der Währungsunion (exkl. Österreich) 63,26 Mrd EUR (51,1%), in Ländern der übrigen Welt 33,43 Mrd EUR (27,0%) und im Inland 27,11 Mrd EUR (21,9%).

Institutionelle Anleger wie inländische Versicherungen, Pensionskassen und Betriebliche Vorsorgekassen investierten im Laufe der Jahre 2009 und 2010 insgesamt 6,3 Mrd EUR. Damit überholten sie den inländischen Haushaltssektor, der im selben Zeitraum inländische Fonds im Ausmaß von 1,1 Mrd EUR erwarb, als bedeutendste Investorengruppe.

Für das Gesamtjahr 2010 ergab sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von 6,1%. Dabei verzeichneten Aktienfonds eine positive Performance von 17,1% und

<sup>14</sup> Der Unterschied zwischen dem konsolidierten, das heißt effektiv auf dem Markt veranlagtem Vermögen und dem verwalteten Fondsvolumen ergibt sich durch die von Investmentfonds gehaltenen inländischen Investmentzertifikate.

Rentenfonds ein Plus von 3,9%. Mischfonds wiesen Kursgewinne von 5,6% auf. Immobilienfonds zeigten eine positive Performance von 3,1%. Sowohl Hedgefonds als auch Geldmarktfonds (im Sinne der EZB-Verordnung 2001/13) wiesen einen Gewinn von 1,8% auf. Nur die Kategorie „Sonstige Fonds“, die allerdings ein sehr geringes Volumen aufweist, zeigte eine negative Performance von 0,6%.

## Versicherungen

### Versicherungsgeschäft 2010 im Zeichen der Normalisierung

Die Versicherungsaktiva wuchsen im Jahr 2010 (+5,8 Mrd EUR bzw. +6,0%) rascher als im Vorjahr (+4,9 Mrd EUR bzw. +5,3%). Im Vergleich zum letzten beobachteten Tiefpunkt im 2. Quartal 2009 (Jahresabstand +3,6 Mrd EUR bzw. +3,9%) beschleunigte sich das Wachstum um mehr als 60%. Die Summe der Aktiva belief sich Ende Dezember 2010 auf 103,3 Mrd EUR.

Wachstumstreiber waren die inländischen Investmentzertifikate (+2,4 Mrd EUR bzw. +10,5%) bzw. die ausländischen Rentenwertpapiere (+2,2 Mrd EUR bzw. +9,1%). Diese beiden Anlagekategorien waren für knapp 80% des Wachstums im Berichtsjahr verantwortlich. Sie festigten damit ihre Position als wichtigste Anlagekategorien. Per Ende Dezember 2010 wurden 25,7% in ausländischen Rentenwertpapieren und 24,7% in inländischen Investmentzertifikaten veranlagt.

Überdurchschnittliches Wachstum wiesen auch die ausländischen Investmentzertifikate in Höhe von 0,6 Mrd EUR bzw. 12,6% aus. Ihr Anteil an den gesamten Aktiva erreichte per Dezember 2010 5,1%.

## Pensionskassen

### Erhöhung des Vermögensbestands

Der Vermögensbestand der 17 Pensionskassen erhöhte sich im Jahr 2010 deutlich (+1,2 Mrd EUR oder +9,0%) auf insgesamt 15,0 Mrd EUR, dem bisherigen Höchststand seit Gründung der Pensionskassen zu Beginn der 1990er-Jahre.

Diese Erhöhung ist zum einen Teil auf Wertsteigerungen bei den vorhandenen Aktiva, zum anderen Teil auf reale Zuwächse zurückzuführen. Die Performance der Pensionskassen nahm 2010 – gemäß Berechnungen der Oesterreichischen Kontrollbank AG im Auftrag der Pensionskassen – um 6,5% zu. Die verbleibenden 2,5 Prozentpunkte waren auf die Aufnahme von Neukunden sowie einen Überhang der Einzahlungen (laufende Beiträge, Nachschüsse) gegenüber den Auszahlungen (Pensionsleistungen) aus den bestehenden Verträgen zurückzuführen.

Die Erhöhung des Vermögensbestands im Jahr 2010 resultierte aus Zuwächsen bei den inländischen (+1,3 Mrd EUR oder +11,3%) und bei den ausländischen Investmentzertifikaten (+0,1 Mrd EUR oder +11,3%). Rückgängig waren hingegen die Guthaben bei inländischen Banken, die um 0,1 Mrd EUR bzw. 21,7% sanken.

Per 31. Dezember 2010 waren die inländischen Investmentzertifikate mit 85,6% Anteil am gesamten Vermögensbestand unverändert die bei weitem wichtigste einzelne Anlageform. Es folgten die ausländischen Investmentzertifikate mit 6,9% und – trotz weiterer Abnahmen immer noch – die Guthaben bei inländischen Banken mit einem Anteil von 2,8%.

## Betriebliche Vorsorgekassen

### Weiteres Wachstum des Anwartschaftsvolumens

Ende Dezember 2010 bestand bei den Betrieblichen Vorsorgekassen (BVKs) in Österreich ein Anwartschaftsvolumen in Höhe von 3,56 Mrd EUR. Das bedeutete eine Steigerung um 0,73 Mrd EUR bzw. 25,8% gegenüber Ende Dezember 2009.

Das Eigenmittelsoll gemäß § 20 BMSVG betrug Ende Dezember 2010 8,91 Mio EUR. Bei den anrechenbaren Eigenmitteln verzeichneten die Betrieblichen Vorsorgekassen Ende Dezember 2010 einen Wert von 36,82 Mio EUR; das entsprach einer Erhöhung um 8,5 Mio EUR bzw. 30,0% gegenüber Ende Dezember 2009.

Für die Absicherung der Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Kapitalgarantie haben die Betrieblichen Vorsorgekassen eine Rücklage gebildet. Die Höhe dieser Rücklage belief sich Ende Dezember 2010 auf 6,13 Mio EUR. Damit stieg sie um 3,14 Mio EUR bzw. 105,0% gegenüber Ende Dezember 2009.

Nachdem die Jahre 2007 und 2008 von einer vermehrten direkten Veranlagung (z. B. Guthaben bei Banken) des Vermögens geprägt gewesen waren, war ab dem Jahr 2009 eine Trendumkehr zur indirekten Veranlagung (in Fonds) zu beobachten. Das Volumen der indirekten Veranlagungen erhöhte sich per Ende Dezember 2010 gegenüber dem Jahresultimo 2009 um 0,62 Mrd EUR bzw. 31,8%, jenes der direkten Veranlagungen nur um 0,12 Mrd EUR bzw. 13,6%. Die indirekten Veranlagungen beliefen sich Ende Dezember 2010 mit 2,57 Mrd EUR auf 71,9% des Vermögens der Veranlagungsgemeinschaften, der Wert für die direkten Veranlagungen betrug 1,00 Mrd EUR bzw. 28,1%.

Annex

# Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU<sup>15</sup> und international<sup>16</sup>

Zeitraum 17. März 2011 bis 13. April 2011

## EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
17. März 2011	Ausschuss für Wirtschaft und Währung im EP (ECON)	<p>Anhörung der Kandidaten für die Exekutivdirektoren von European Securities and Markets Authority (ESMA), European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) und European Banking Authority (EBA).</p> <p>ESMA-Kandidatin Verena Ross. Die Umsetzung des single rule book ist für Ross ein besonders zentrales Anliegen. Weiters möchte sie sich für einen besseren Konsumentenschutz einsetzen. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit mit anderen European Supervisory Authorities (ESAs) und dem European Systemic Risk Board (ESRB) ist essentiell, um die Finanzmarktstabilität zu erhöhen.</p> <p>EIOPA-Kandidat Carlos Montalvo. Die Unabhängigkeit der Aufsicht ist in finanzieller, institutioneller, fachlicher und politischer Hinsicht wichtig. Diese Unabhängigkeit muss aber durch Rechenschaftspflicht und Transparenz legitimiert sein.</p> <p>EBA-Kandidat Adam Farkas. Im Aufsichtsbereich werden die nun regelmäßig stattfindenden Stresstests sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit von Aufsichtsbehörden im Mittelpunkt stehen.</p>
21. März 2011	Eurogruppe	<p>Die Euro-Finanzminister einigen sich grundsätzliche zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der ESM wird Internationales Finanzinstitut (IFI) mit Sitz in Luxemburg.</li> <li>- Vom gezeichneten Kapital von 700 Mrd EUR werden 80 Mrd EUR eingezahlt.</li> <li>- Der Kapitalschlüssel entspricht grundsätzlich dem EZB-Kapitalschlüssel.</li> <li>- Der Gouverneursrat als oberstes Entscheidungsgremium wird aus den Finanzministern der Eurozone bestehen.</li> <li>- Finanzhilfe wird gegen strikte Auflagen vergeben werden (makroökonomische Anpassungsprogramme).</li> </ul>

<sup>15</sup> Autorin: Majken Corti (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

<sup>16</sup> Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Der <b>ESM wird eng mit dem IMF zusammenarbeiten</b>.</li> <li>- Kredite können zu einem festen oder variablen Zinssatz vergeben werden. Die Zinssätze des ESM werden den Preis- und Zinsbildungsgrundsätzen des IWF entsprechen.</li> <li>- EFSF bleibt auch nach Juni 2013 bestehen, solange noch offene Geschäfte abzuwickeln sind.</li> </ul>
21./22. März 2011	ECON	<p><b>Währungsdialog mit Jean-Claude Trichet</b>, Präsident der EZB. Die wirtschaftliche Erholung laufe wie erwartet, aber der jüngste <b>Energiepreisanstieg werde zu höherer Inflation</b> führen. Trichet <b>warn</b>t vor <b>Zweitrundeneffekten</b>. Trichet begrüßt die Aufstockung von EFSF und ESM. Trichet lehnt Eurobonds ab solange es in der Eurozone kein Unionsbudget und keine einheitliche Fiskalpolitik gibt. Eine Finanztransaktionssteuer (FTT) wäre nur auf globaler Ebene angemessen, weil sonst kein level playing field gegeben ist.</p> <p>Im Rahmen der <b>Omnibus II Richtlinie</b> (Anpassung der Solvency- und Prospekt-Richtlinie an die neue Aufsichtsarchitektur) sollen mehr Rechte für EIOPA und ESMA verankert werden.</p> <p><b>Meinungsaustausch mit Joaquín Almunia</b>; das Krisenregime für Bankbeihilfen soll mit Jahresende auslaufen.</p> <p>In einer <b>Expertenanhörung zur Einlagensicherung</b> sprechen sich die Teilnehmer für die Möglichkeit der Vorabsanierung bei Krisen aus. Bankenvertreter kritisieren die Verkürzung der Auszahlungsfrist.</p>
24./25. März 2011	Europäischer Rat (ER)	<p>Die <b>Staats- und Regierungschefs einigen sich auf weitgehende Reformen der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU und der Eurozone</b>.</p> <p>Die laufende <b>Umsetzung des Europäischen Semesters</b> wird positiv beurteilt: Alle MS werden die Fiskalkonsolidierung und Strukturreformen anhand von konkreten Maßnahmen umsetzen. Insbesondere mehrjährige Konsolidierungspläne mit Spezifizierung konkreter Defizitziele, Einnahmen- und Ausgabenplänen werden von den MS vorgelegt werden.</p> <p>Die <b>6 Legislativvorschläge der EK zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung</b> (Verbesserung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) und Sanktionen, neues Excessive Imbalances Verfahren, Rahmenbedingungen für nationale Haushalte) sollen möglichst rasch verabschiedet werden.</p> <p>Der <b>Euro Plus Pakt zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz in der EU</b> wird von den Euroländern und 6 weiteren Staaten (Bulgarien, Dänemark, Litauen, Lettland, Rumänien und Polen) <b>angenommen</b>. Dieser Pakt wurde ursprünglich von Deutschland und Frankreich proponiert.</p> <p>Im <b>Bereich des Bankensektors</b> legt der ER Wert auf den Peer Review im Zuge der derzeit stattfindenden <b>Stresstests</b> und auf eine <b>höchstmögliche Transparenz</b>. Wichtig ist auch die Festlegung von</p>

		<p>Vorab-Strategien für mögliche erforderliche Umstrukturierungsmaßnahmen oder notwendige Hilfsmaßnahmen durch MS. Die Möglichkeit einer globalen FTT soll weiter untersucht werden.</p> <p>Die Staats- und Regierungschefs heißen die Grundsatzentscheidung der Eurogruppe zum ESM gut, verlängern aber die Frist zur Einzahlung des Kapitals. Der Vertrag zum ESM und die Anpassungen zum EFSF (Erhöhung der Effektivität auf 440 Mrd EUR) sollen beim ER im Juni 2011 unterzeichnet werden.</p>
28. März 2011	Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise im EP (CRIS)	<p>Der CRIS-Ausschuss, der bis Juli 2011 läuft, soll Maßnahmen zur Überwindung der Schuldenkrise und für ein nachhaltiges Wachstumsmodell in enger Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten erarbeiten.</p> <p>Der Entwurf des Abschlussberichtes, fordert die Einführung von Eurobonds, um die Kreditkosten der MS zu senken und einen liquiden EU-Anleihenmarkt zu etablieren. Der ESM soll zu einer Europäischen Schuldenagentur umfunktioniert werden. Intergouvernementale Ansätze zur Krisenbekämpfung werden abgelehnt.</p> <p>Zur Verringerung der globalen Ungleichgewichte wird gefordert, dass IWF und Weltbank in das UNO-System überführt werden, und dass die G-20 zu einem Wirtschafts-Sicherheitsrat aufgewertet werden. Zur Verhinderung/Überwindung von currency wars werden Reformen des internationalen monetären Systems gefordert. Die Wechselkursvolatilität soll eingeschränkt werden, das Dollar-gestützte Reservewährungssystem soll durch ein multilaterales System ersetzt werden, in dem auch der Chinesische Yuan und der Brasilianische Real eine Rolle spielen.</p> <p>Bei der Besteuerung wird mehr Harmonisierung gefordert, die Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Steuerbetrugs soll gestärkt und eine gemeinsame Körperschaftssteuerbasis eingeführt werden. Um die politische Vertiefung der EU auch finanzieren zu können, wird vorgeschlagen, das EU-Budget auf 5%-10% des EU-BIP aufzustocken. Diese Ausweitung soll aufkommensneutral erfolgen, d.h. die nationalen Budgets sollten im selben Ausmaß reduziert werden.</p>
31. März 2011	EZB	<p>Der EZB-Rat beschließt den Bonitätsschwellenwert des Eurosystems per 1. April 2011 für von der irischen Regierung begebene oder garantierte marktfähige Schuldtitel bis auf weiteres aufzuheben. Damit stellen irische Sicherheiten ungeachtet ihres externen Ratings weiterhin notenbankfähige Sicherheiten für die geldpolitischen Operationen des Eurosystems dar.</p>
31. März 2011	EZB	<p>Der EZB-Rat begrüßt die Zusage der irischen Regierung, die Deckung des Kapitalbedarfs irischer Banken zeitnah sicherzustellen. Demzufolge werden den irischen Banken 21 Mrd EUR Kernkapital (Tier 1) und 3 Mrd EUR bedingtes Kapital zugeführt. Die EZB</p>

		garantiert vor diesem Hintergrund, die weitere Versorgung der Banken in Irland mit Liquidität.
7. April 2011	EZB	Der EZB-Rat beschließt den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems ab 13. April 2011 um 25 Basispunkte auf 1,25 % zu erhöhen. Die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität sowie die Einlagefazilität werden ebenfalls um 25 Basispunkte erhöht.
8./9. April 2011	Informeller ECOFIN	Im Zentrum der Erörterungen der EU-Finanzminister und Gouverneure stehen die Finanzmarktstabilität und Bewältigung der Krise in Problemländern.  Die Finanzminister einigen sich darauf, dass Portugal Mittel aus dem European Financial Stability Mechanism (EFSM) und der EFSF erhalten soll. Grundlage dieser Unterstützung soll ein Stabilisierungsprogramm mit strenger Konditionalität sein, auf das sich EK, EZB und IWF mit Portugal einigen müssen. Dieses soll bis zum nächsten ECOFIN am 15. Mai 2011 ausverhandelt sein und von der neuen Regierung in Portugal nach den Wahlen Anfang Juni 2011 unverzüglich umgesetzt werden. Der Finanzierungsbedarf wird auf ungefähr 80 Mrd EUR geschätzt.  Die aktuell durchgeführten Stresstests bei EU Banken müssen strenger und zuverlässiger sein als frühere, um die Glaubwürdigkeit der europäischen Banken auf den Märkten zu erhöhen. Besonders wichtig sei das Vorhandensein von finanziellen back stops, um eventuell als gefährdet identifizierten Instituten die nötigen Mittel zur Verfügung stellen zu können. Rekapitalisierungsmaßnahmen müssen mit den EU-Auflagen für Staatsbeihilfen konform sein.

## 2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
9. März 2011 (Nachtrag)	IWF	Das IWF-Exekutivdirektorium schließt die periodisch alle fünf Jahre erfolgende Überprüfung der Standards und Codes Initiative ab. Die Überprüfung erfolgt mittels regelmäßiger freiwilliger „Reports on Standards and Codes“ (ROSCs) und stellt einen Teilbereich der Krisenprävention des IWF dar.  Die Exekutivdirektoren beschließen weiters zwei neue Standards zu: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bilanzierung und Bilanzüberprüfung sowie zu</li> <li>- Krisenbewältigung und Einlagensicherung.</li> </ul>
6. /17. März 2011	European Bank Coordination Initiative (EBCI, „Vienna Initiative“)	Die EBCI beschließt, dass dieses spezielle Forum weiterhin bestehen bleibt, jedoch modifiziert werden soll, indem zwei neue Themenschwerpunkte gesetzt werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Auswirkungen von Basel III und</li> <li>- Das Management von notleidenden Krediten.</li> </ul> Das nächste Treffen des gesamten Forums ist in Wien im Jahr 2012 geplant.

16. März 2011	EBCI /Rumänien	Anlässlich des <b>fünften Ländertreffens der EBCI mit Rumänien</b> bestätigen die neun größten ausländischen Kreditinstitute in Rumänien ihr langfristiges Engagement im Land. Dies wird Rumänien helfen, das Vertrauen der Investoren zurück zu gewinnen und somit die Rückkehr zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum fördern.
22. März 2011	IWF	Die Mitglieder des International Monetary and Financial Committee (IMFC) wählen <b>Herrn Tharman Shanmugaratnam</b> , den Finanzminister von Singapur, für drei Jahre zum <b>IMFC-Vorsitzenden</b> .
25. März 2011	IWF	Der IWF führt die <b>Low-Income Country Vulnerability Exercise</b> ein. Die LIC-Vulnerability Exercise konzentriert sich auf die <b>Erkennung von Schwachstellen</b> bei Konjunkturrückgängen aufgrund externer Schocks und die <b>Einschätzung der Belastbarkeit</b> eines Landes bei Risiken. Die LIC Vulnerability Exercise soll jährlich durchgeführt werden, die IWF Aufsicht über LICs stärken und ist Teil eines größeren <b>Programms zur Unterstützung der LICs</b> beim Management der Volatilität und beim Abschwächen externer Schocks.
1. April 2011	IWF	Der IWF aktiviert formell das „ <b>Expanded New Arrangement to Borrow</b> “ (NAB), das am 11. März 2011 in Kraft getreten ist. Das Expanded NAB hat 39 Teilnehmerländer (darunter Österreich), die der IWF ergänzend zu den Quotenressourcen für die Krisenfinanzierung heranziehen kann.  Das NAB hat eine Höhe von bis zu rund 587 Mrd USD ( <b>rund 405 Mrd EUR</b> bzw. 367,5 Mrd SZR). Der <b>österreichische Anteil</b> beträgt bis zu rund 5,8 Mrd USD ( <b>rund 4,0 Mrd EUR</b> bzw. 3,6 Mrd SZR).  NAB-Zahlungsflüsse Österreichs erfolgen nach Abberufung auf Grund des Ressource Mobilisation Plans (RMP), der für jeweils ein Quartal die voraussichtlichen Leistungen jedes NAB-Teilnehmers avisiert.  Im Rahmen der 14. IWF-Quotenrevision (voraussichtlich in Kraft mit 1.11.2012) wird die österreichische Quote auf rund 6,2 Mrd USD ( <b>rund 4,3 Mrd EUR</b> bzw. 3,9 Mrd SZR) nahezu verdoppelt.
4. April 2011	IWF	Österreich führt sein <b>bilaterales Darlehen</b> in Höhe von bis zu rund 3,5 Mrd USD ( <b>rund 2,4 Mrd EUR</b> bzw. 2,18 Mrd SZR) – davon an den IWF geleistet: rund 356 Mio USD (rund 246Mio EUR bzw. 223 Mio SZR) – <b>ins NAB über</b> . Auf Wunsch des IWF bestätigt die OeNB formell auch die <b>Beendigung des bilateralen Darlehensvertrages</b> in Übereinstimmung mit dem Bundesgesetz BGBl. I Nr. 114/2010 ‚Aufstockung der Neuen Kreditvereinbarungen mit dem IWF‘.
11. April 2011	IWF	<b>Veröffentlichung des World Economic Outlook</b> durch den IWF: Die wirtschaftliche Erholung setzt sich fort, bleibt jedoch

		<p>uneinheitlich („Two-speed recovery“). Das globale Wachstum wird mit rund 4,5 % für die Jahre 2011 und 2012 prognostiziert und ist somit gegenüber dem Jahr 2010 mit 5 % leicht rückläufig. Trotz der Naturkatastrophe in Japan erwartet der IWF ein reales BIP-Wachstum in den Advanced Economies von rund 2,5 % in den Jahren 2011 und 2012 und ein robustes und nachhaltiges Wachstum von 6,5 % in vielen Emerging Economies und den meisten Developing Economies.</p> <p>Folgende neue Risiken sind aufgetreten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Exzessiv steigende Grundstoffpreise (insbes. Erdöl aber auch Lebensmittel)</li> <li>- Politische Destabilisierung im Mittleren Osten und in Nordafrika</li> <li>- Potenzielle Auswirkungen auf die globale Wirtschaft aufgrund des Erdbebens in Japan</li> <li>- Höhere Inflationserwartungen</li> <li>- Volatile Kapitalströme und Kreditwachstum in Emerging Economies</li> </ul>
12. April 2011	IWF	<p>Veröffentlichung des Fiscal Monitor durch den IWF: Das Risiko der fiskalischen Nachhaltigkeit ist weiterhin erhöht, nachdem der Erfolg in einigen Regionen durch Verzögerungen in anderen Regionen aufgehoben wurde. Die meisten Industrieländer senken ihr fiskalisches Defizit im Jahr 2011 mit Ausnahme von den USA und Japan. Die öffentliche Verschuldung steigt in den meisten Industrieländern jedoch weiter an. Der IWF erwartet, dass die durchschnittliche Bruttostaatsverschuldung im Jahr 2011 die 100 %-Grenze erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg durchbrechen wird. Der Finanzierungsbedarf ist auf einem historischen Höchststand. Für Schwellenländer ist der fiskalische Ausblick günstiger, allerdings zum Teil bedingt durch hohe Immobilien- und Grundstoffpreise, niedrige Zinssätze und hohe Kapitalzuflüsse sowie eine graduelle wirtschaftliche Überhitzung.</p>

# Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 20. April 2011

# Inhaltsverzeichnis

Seite

## Zinsen

Zinssätze im Euroraum	A1
Langfristige Nominal- und Realzinssätze im Euroraum und in Österreich	A2
Zinsentwicklung im Euroraum und in den USA	A3
Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen (Benchmark)	A3
Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft	A4
3-Monatsvergleich der Zinsstruktur	A5
Zins-Aufschläge auf dem Interbankenmarkt	A6

## Wechselkurse

Ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro	A7
Weitere ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro	A8
Effektive Wechselkursindizes des Euro	A8

## Liquiditätsversorgung

Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems	A9
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems	A10
Entwicklung der ständigen Fazilitäten des Eurosystems	A11

## Geldmenge

Entwicklung der Geldmenge M3	A12
Gegenposten zur Geldmenge M3 in Österreich	A12

## Kredite und Fremdwährungsanteile

Nichtfinanzielle Unternehmen	A13
Private Haushalte	A14
Nichtbanken (ohne Staat)	A15

## Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen von in Österreich ansässigen Emittenten	A16
---	-----

## Aktienmarkt

Börsennotierte Aktien von in Österreich ansässigen Emittenten	A17
Internationale Aktienindizes	A18

## Preise

HVPI nach COICOP - Verbrauchsgruppen und Sondergliederung	A19
Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex	A20
Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich	A21
Preisentwicklung bei Rohstoffen	A22
Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich	A22

## Konjunkturindikatoren

Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum	A23
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich	A24
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum	A25
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich	A26
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)	A27
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)	A28
Produktionsindex in Österreich	A29

## Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich	A30
Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes	A30

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung des privaten Haushaltssektors	A31
Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen	A32

## Zahlungsbilanz

Euroraum	A33
Österreich	A33
Leistungsbilanz - Euroraum	A34
Kapitalbilanz - Euroraum	A34
Leistungsbilanz - Österreich	A35
Kapitalbilanz - Österreich	A35

## Weitere ausgewählte Indikatoren für Österreich

Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich	A36
Budgetbericht	A36
Gebahrungserfolg des Bundes	A37
Abgabenerfolg des Bundes	A37
Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit	A38
Österreichischer Außenhandel	A39
Tourismus: Übernachtungen in Österreich	A40

## Österreichischer Bankensektor

Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A41
Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A42
Umfrage über das Kreditgeschäft: Veränderung der Kreditrichtlinien	A43
Umfrage über das Kreditgeschäft: Veränderung der Nachfrage nach Krediten	A44
Forderungen österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	A45

## Internationale Vergleiche für ausgewählte Länder

Turbulenzen-bedingte Wertberichtigungen und Kapitalerhöhungen von Banken und Versicherungen	A46
Rendite 10-jähriger Staatsanleihen	A47
Renditen für Unternehmensanleihen im Euroraum AAA und BBB	A48
Entwicklung der Verbraucherpreise	A49
Reales Bruttoinlandsprodukt	A50
Industrieproduktion	A51
Arbeitslosenquote	A52
Leistungsbilanzsalden	A53
Fiskaldaten	A54

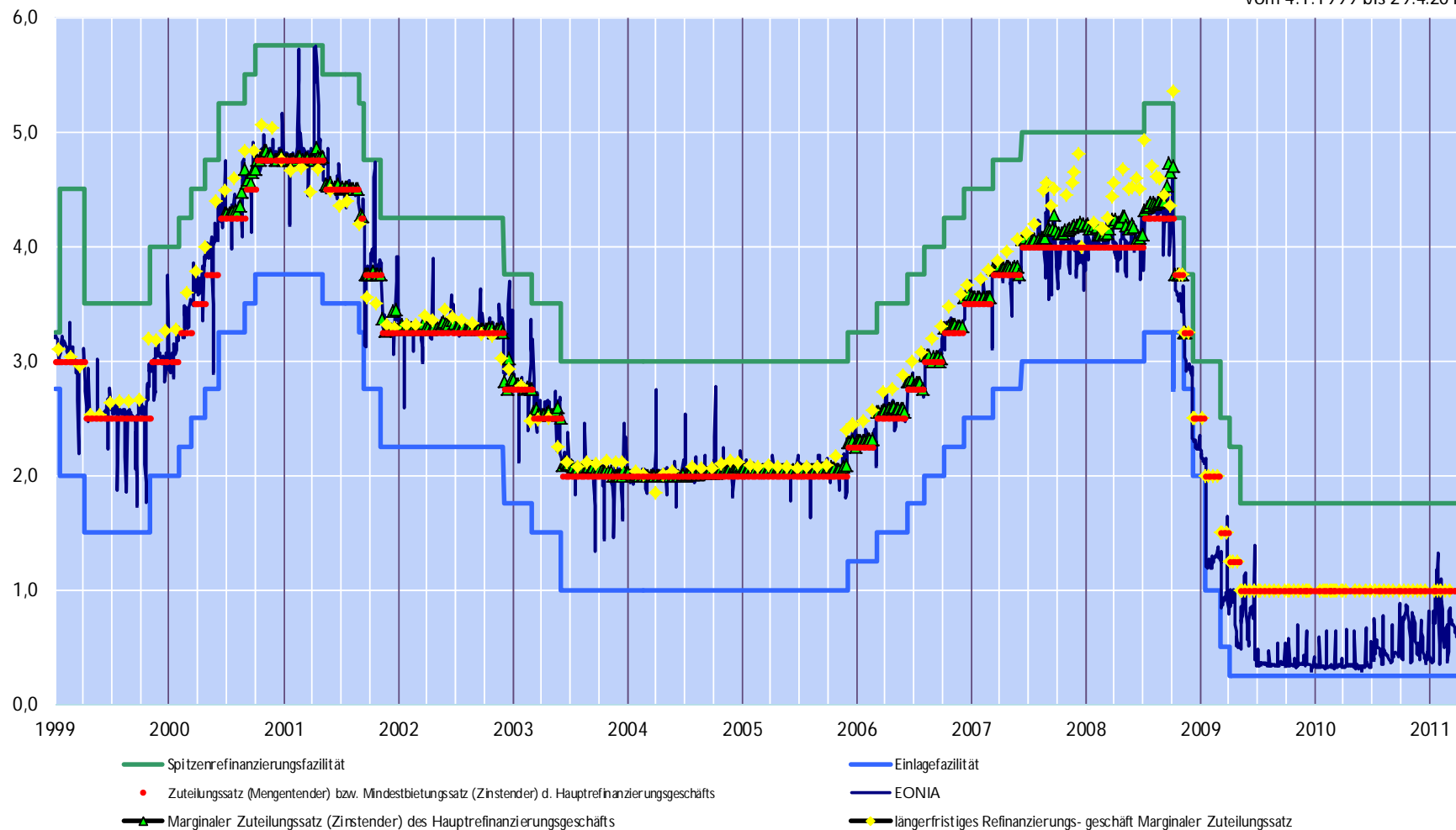
## Zeichenerklärung

- .. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
- x = Eintragung ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
- 0 = Eine Größe, die kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit ist
- Ø = Durchschnitt

# Zinssätze im Euroraum

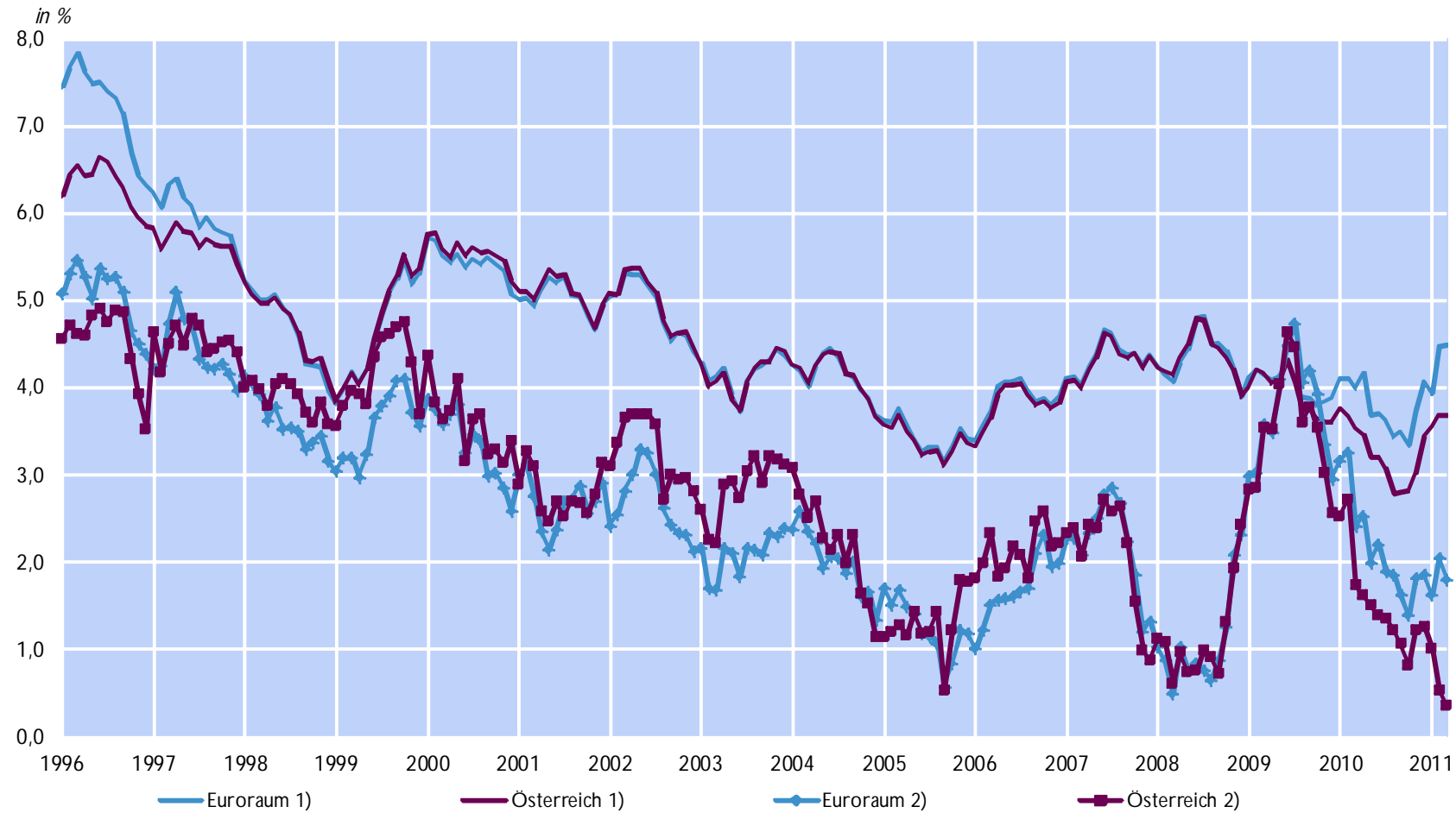
in %

vom 4.1.1999 bis 29.4.2011



Quelle: EZB.

## Langfristige Nominal- und Realzinssätze im Euroraum und in Österreich

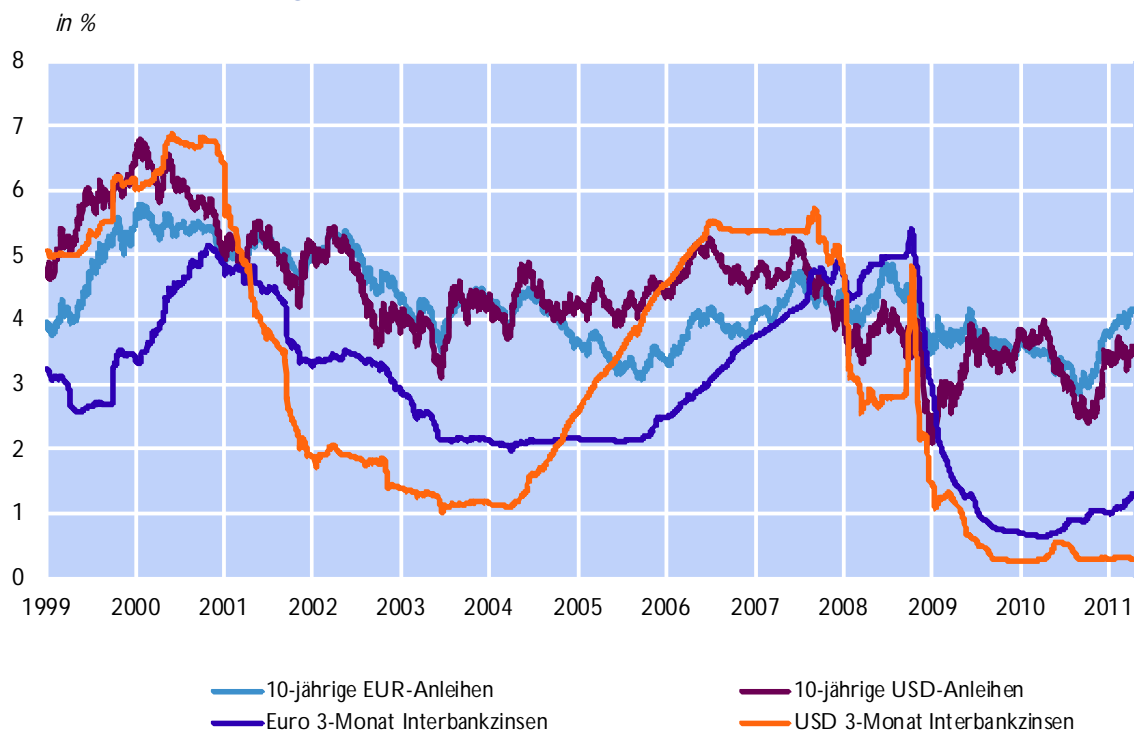


1) Renditen langfristiger Staatsanleihen (Benchmark 10 Jahre), Monatsdurchschnitte.

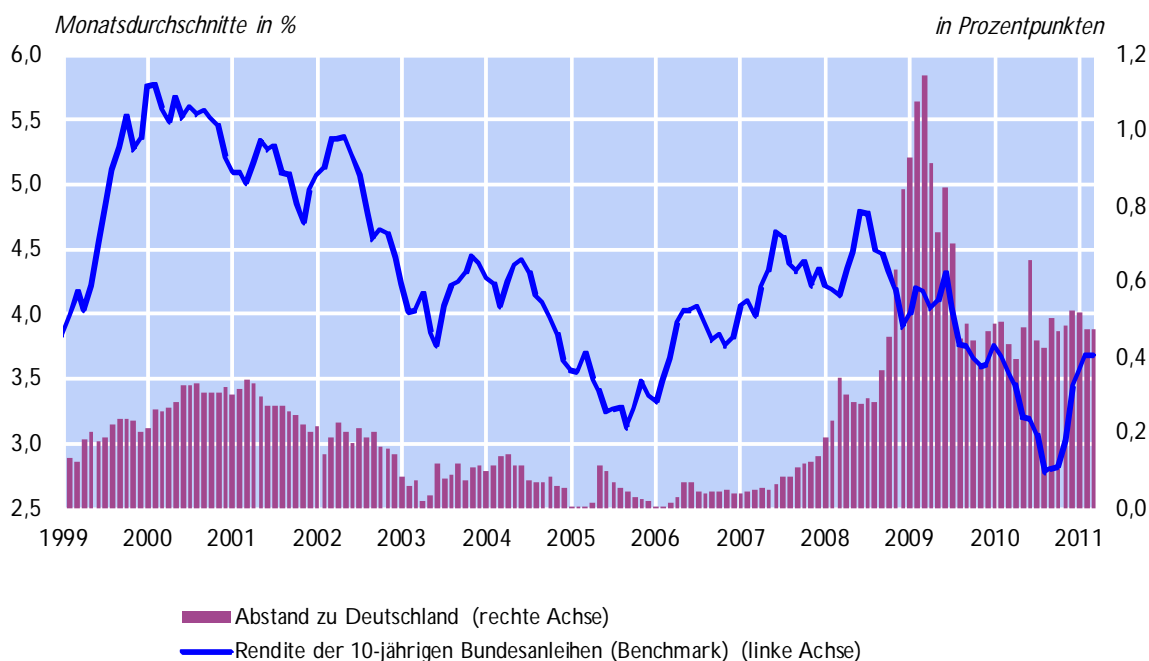
2) Benchmarkrenditen abzüglich HVPI-Inflation.

Quelle: BIZ.

## Zinsentwicklung im Euroraum und in den USA



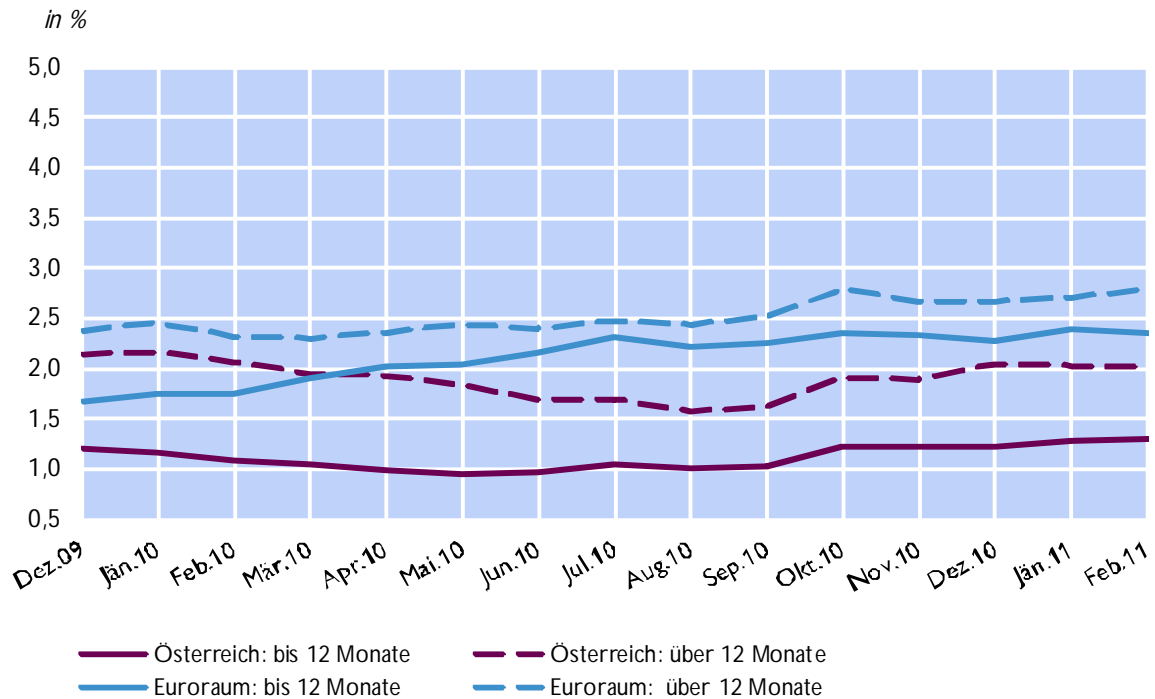
## Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen (Benchmark)



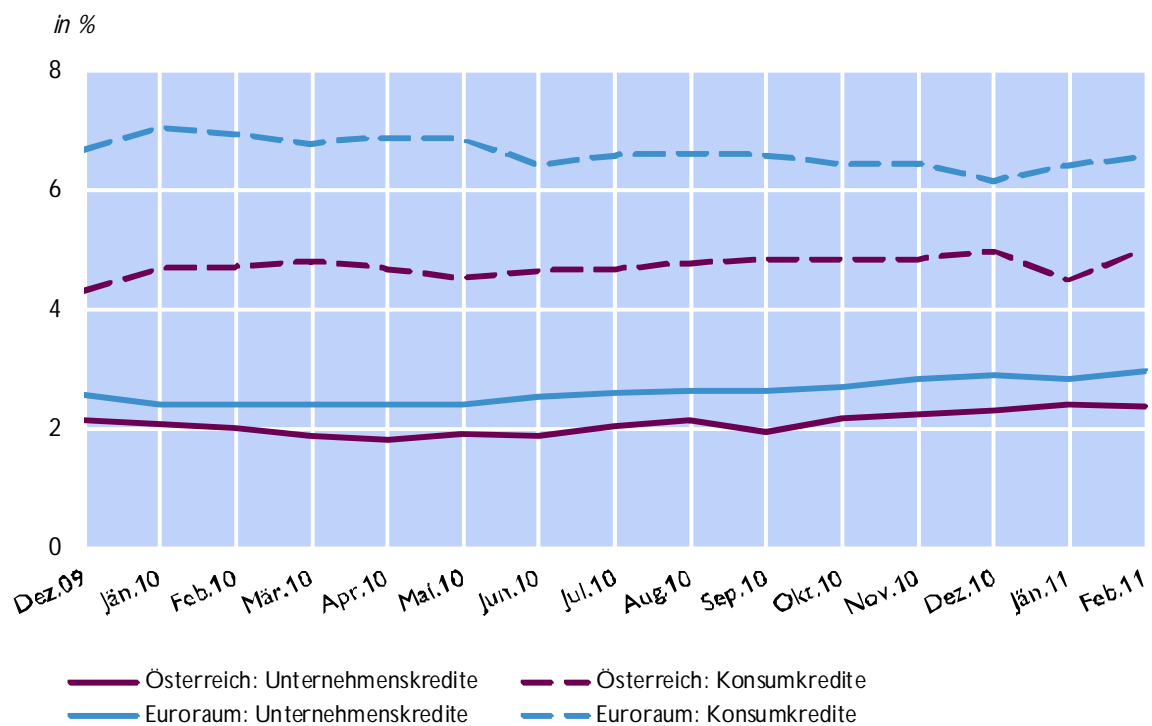
Quelle: OeNB, OeKB, BIZ.

## Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft

### Einlagenzinsen - private Haushalte



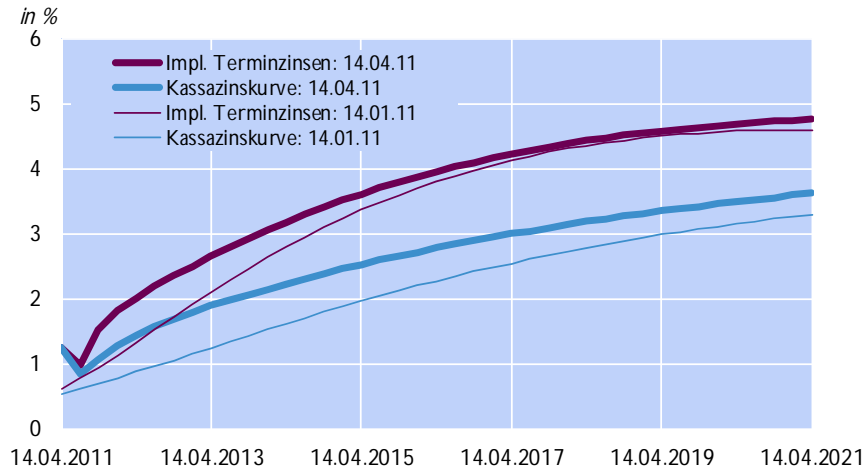
### Kreditzinsen



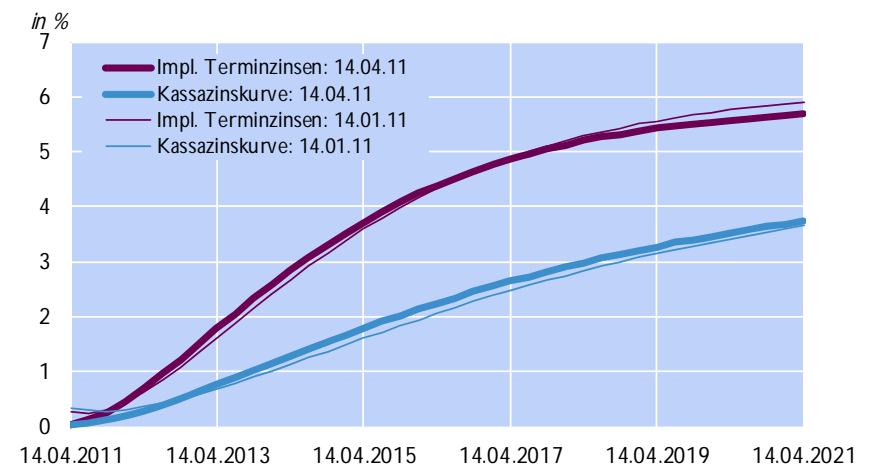
Quelle: OeNB, EZB.

### 3-Monatsvergleich der Zinsstruktur: 14. Jänner 2011 mit 14. April 2011

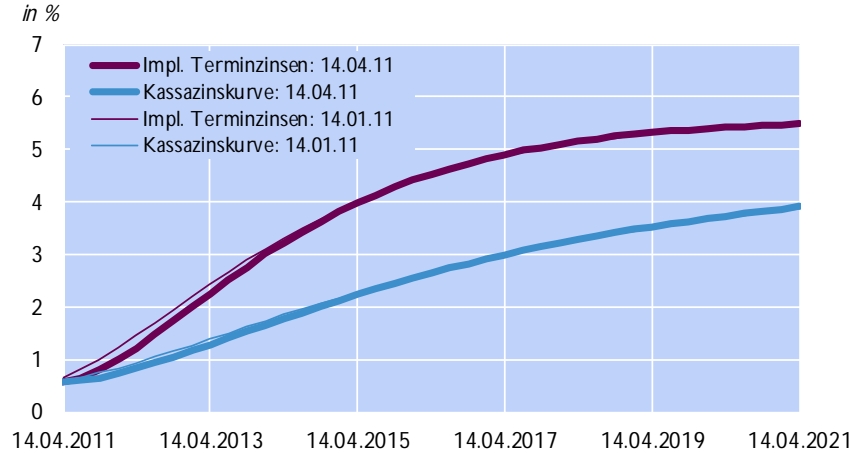
#### Deutschland



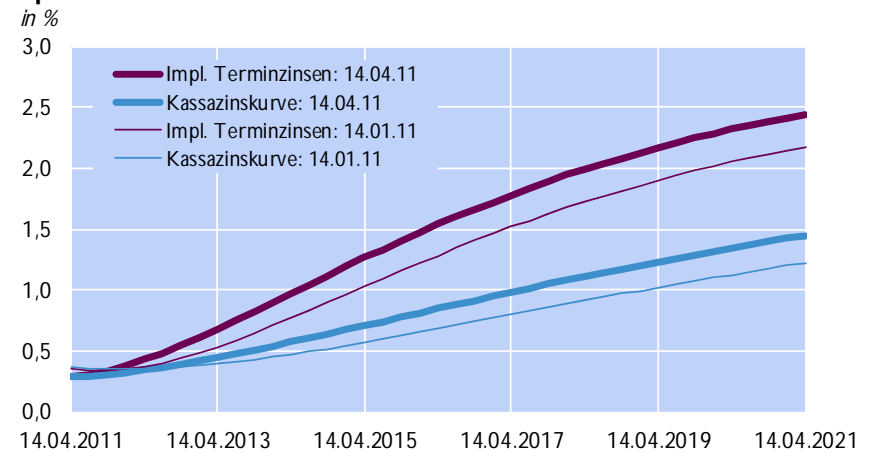
#### USA



#### UK

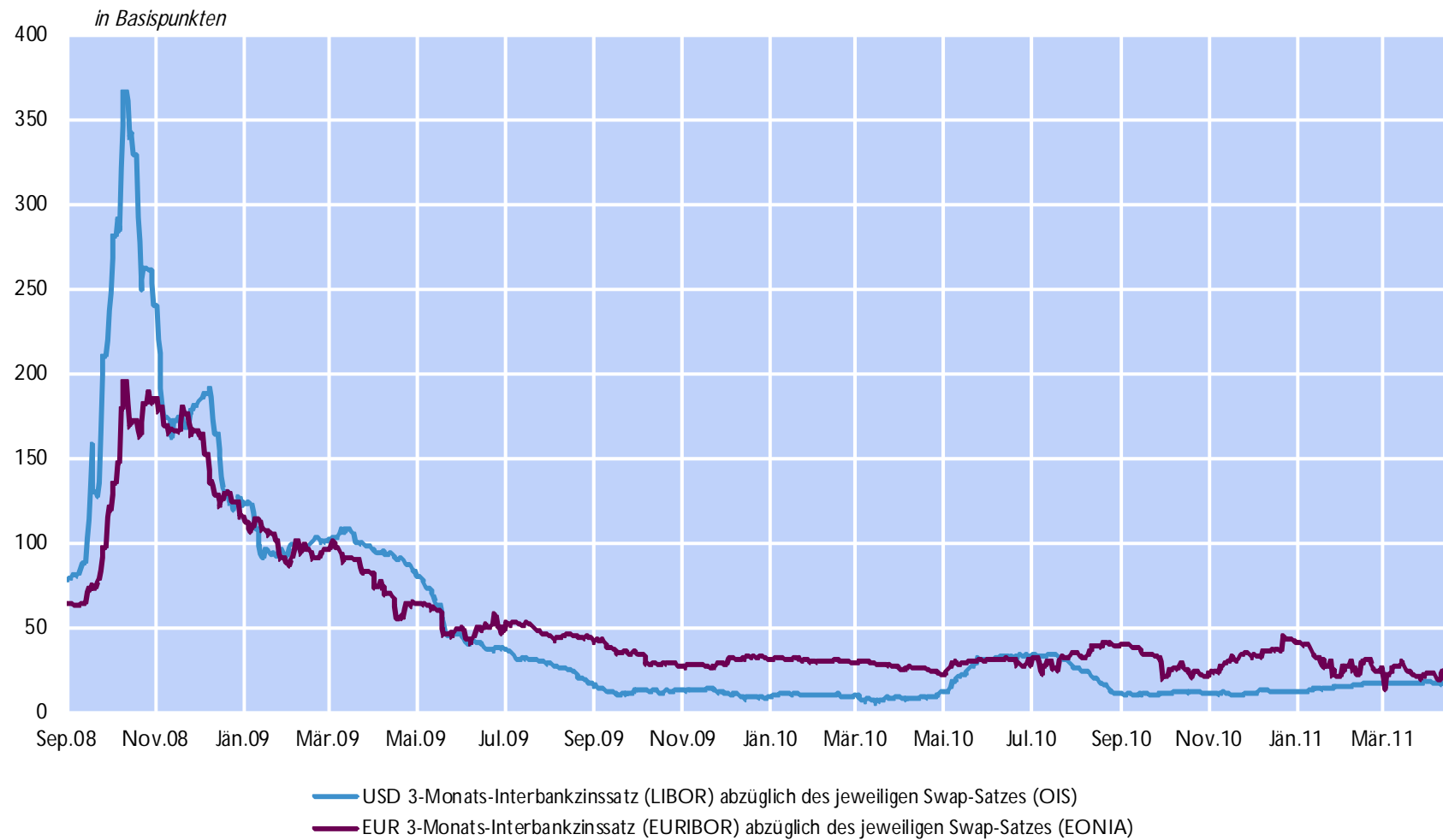


#### Japan



Quelle: OeNB.

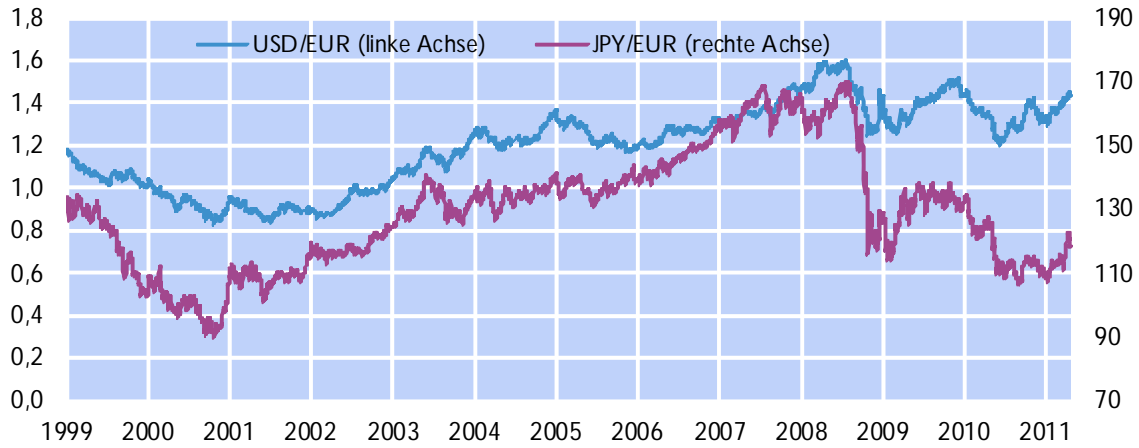
## Zins-Aufschläge auf dem Interbankenmarkt



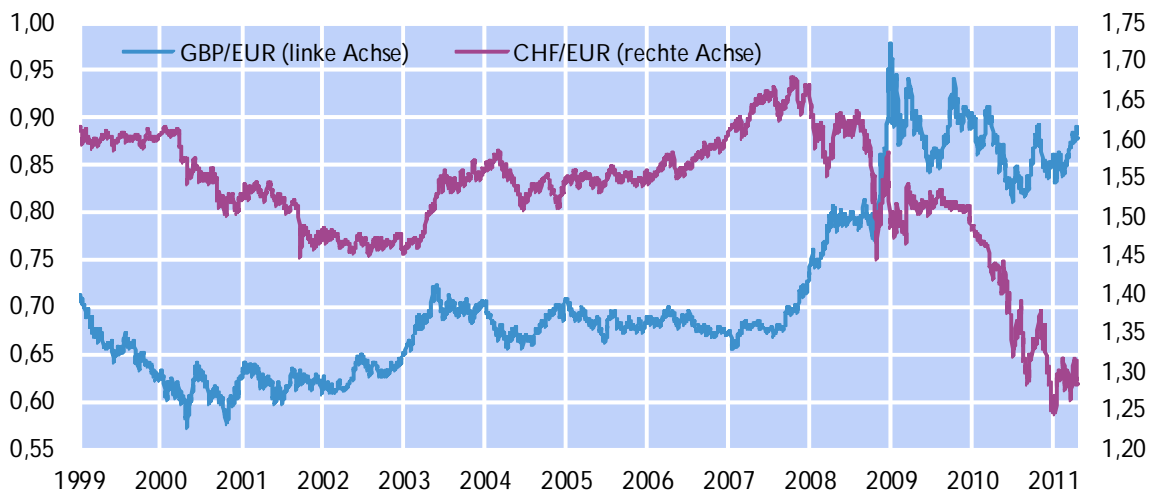
Quelle: Bloomberg.

Ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro

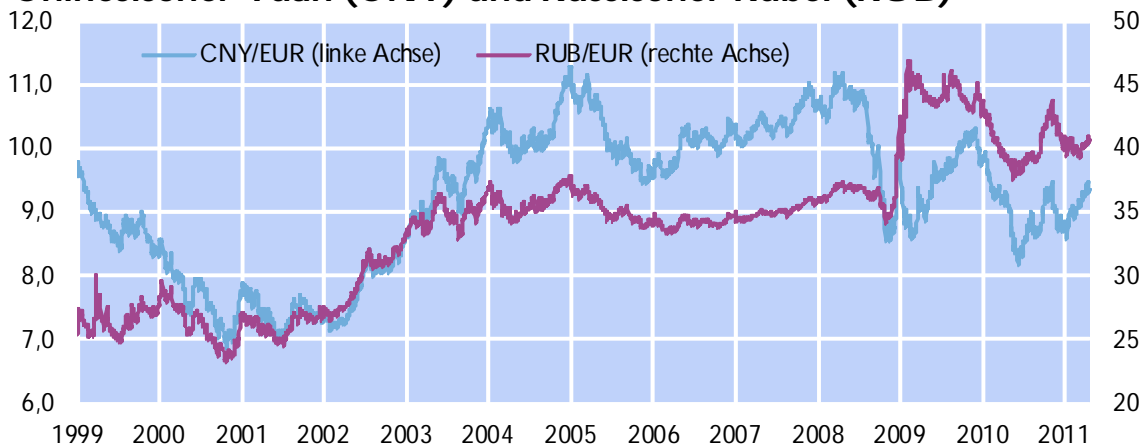
US Dollar (USD) und Japanischer Yen (JPY)



Britisches Pfund (GBP) und Schweizer Franken (CHF)



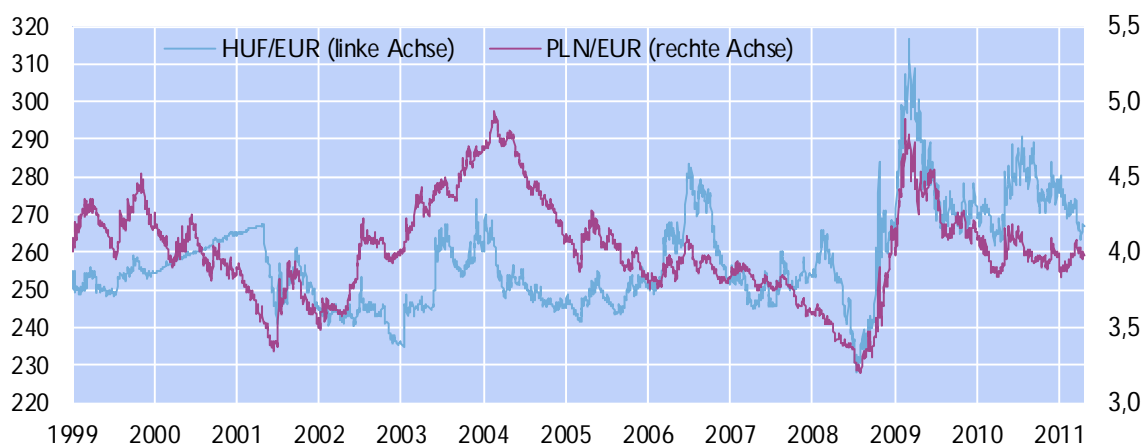
Chinesischer Yuan (CNY) und Russischer Rubel (RUB)



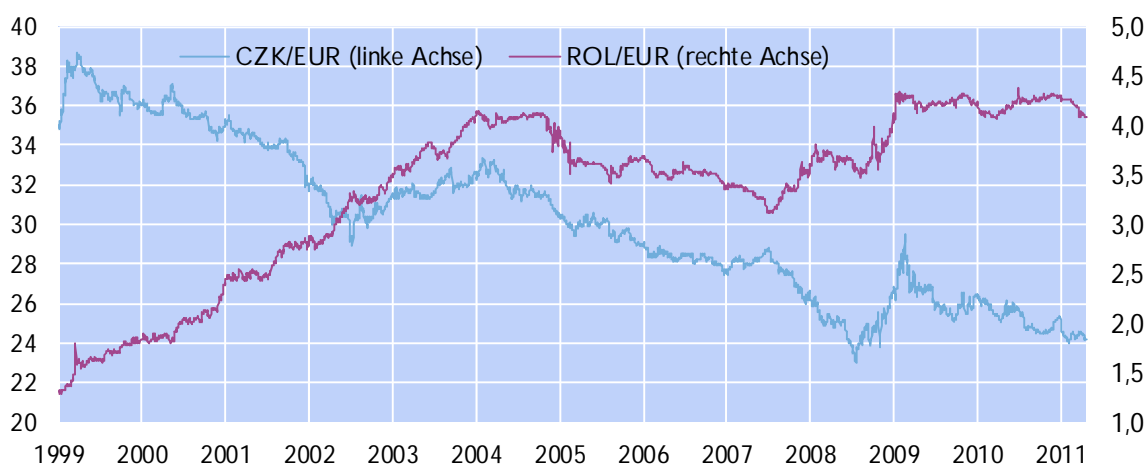
Quelle: Thomson Reuters.

## Weitere ausgewählte Währungen gegenüber dem Euro

### Ungarischer Forint (HUF) und Polnischer Zloty (PLN)

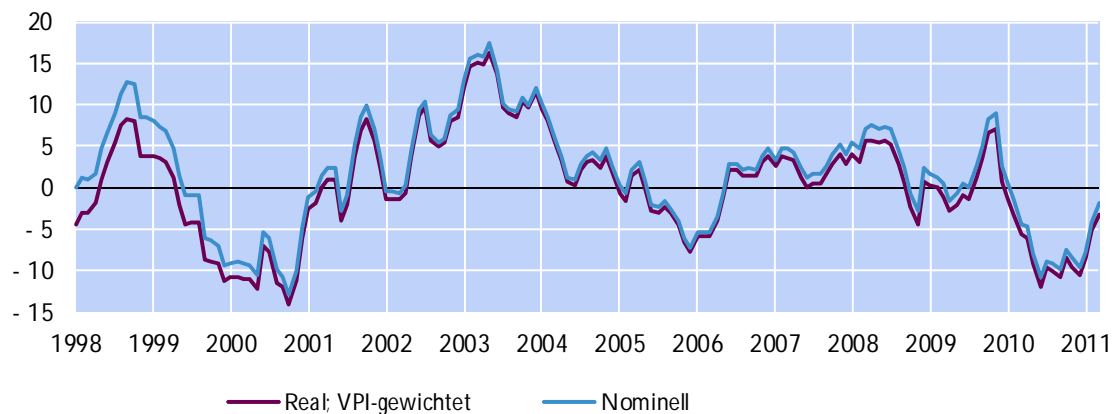


### Tschechische Koruna (CZK) und Rumänischer Leu (ROL)



### Effektive Wechselkursindizes des Euro<sup>1)</sup>

Veränderung zum Vorjahr in %



<sup>1)</sup> weiter Länderkreis (16 Euroraumländer sowie 40 weitere Handelspartner).

Quelle: EZB, Thomson Reuters.

### Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems

Referenznummer	Laufzeit	Zinssatz				Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Fixrate in %	Mindestreserveerfüllungsperiode	Kennzahlen	Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Fixrate in %	
		Mengen-tender	Zinstender													
			Mindest-bietungs-satz	Marginaler Zuteilungs-satz	Gewichteter Durchschnitts-satz											
			in %													
20100083	15.09. - 22.09.2010	1,00	-	-	-	151,6	105	151,6	100,00	08.09.10-12.10.10	Maximum	197,0	148,0	197,0	100,0	
20100086	22.09. - 29.09.2010	1,00	-	-	-	153,8	109	153,8	100,00		Minimum	151,6	105,0	151,6	100,0	
20100088	29.09. - 06.10.2010	1,00	-	-	-	166,4	129	166,4	100,00							
20100092	06.10. - 13.10.2010	1,00	-	-	-	197,0	148	197,0	100,00							
20100094	13.10. - 20.10.2010	1,00	-	-	-	186,0	145	186,0	100,00		141.Periode	Durchschnitt	183,0	157,5	183,0	100,0
20100098	20.10. - 27.10.2010	1,00	-	-	-	184,0	151	184,0	100,00	13.10.10-09.11.10	Maximum	186,0	190,0	186,0	100,0	
20100100	27.10. - 03.11.2010	1,00	-	-	-	183,4	190	183,4	100,00		Minimum	178,4	144,0	178,4	100,0	
20100103	03.11. - 10.11.2010	1,00	-	-	-	178,4	144	178,4	100,00							
20100105	10.11. - 17.11.2010	1,00	-	-	-	175,0	146	175,0	100,00	142.Periode	Durchschnitt	179,5	162,8	179,5	100,0	
20100110	17.11. - 24.11.2010	1,00	-	-	-	186,0	177	186,0	100,00		Maximum	186,0	177,0	186,0	100,0	
20100112	24.11. - 01.12.2010	1,00	-	-	-	177,1	165	177,1	100,00		Minimum	175,0	146,0	175,0	100,0	
20100115	01.12. - 08.12.2010	1,00	-	-	-	179,7	163	179,7	100,00	143.Periode	Durchschnitt	197,0	175,8	197,0	100,0	
20100117	08.12. - 15.12.2010	1,00	-	-	-	197,3	155	197,3	100,00		Maximum	227,9	233,0	227,9	100,0	
20100121	15.12. - 22.12.2010	1,00	-	-	-	187,8	159	187,8	100,00		Minimum	180,1	155,0	180,1	100,0	
20100123	22.12. - 29.12.2010	1,00	-	-	-	193,5	160	193,5	100,00							
20100127	29.12. - 05.01.2011	1,00	-	-	-	227,9	233	227,9	100,00							
20110001	05.01. - 12.01.2011	1,00	-	-	-	195,7	179	195,7	100,00	144.Periode	Durchschnitt	185,4	250,3	185,4	100,0	
20110003	12.01. - 19.01.2011	1,00	-	-	-	180,1	169	180,1	100,00		Maximum	213,7	371,0	213,7	100,0	
20110005	19.01. - 26.01.2011	1,00	-	-	-	176,9	171	176,9	100,00		Minimum	165,6	171,0	165,6	100,0	
20110009	26.01. - 02.02.2011	1,00	-	-	-	165,6	209	165,6	100,00							
20110012	02.02. - 09.02.2011	1,00	-	-	-	213,7	371	213,7	100,00		145.Periode	Durchschnitt	134,4	211,0	134,4	100,0
20110015	09.02. - 16.02.2011	1,00	-	-	-	156,7	220	156,7	100,00	09.02.11-08.03.11	Maximum	156,7	253,0	156,7	100,0	
20110018	16.02. - 23.02.2011	1,00	-	-	-	137,0	253	137,0	100,00		Minimum	119,5	182,0	119,5	100,0	
20110020	23.02. - 02.03.2011	1,00	-	-	-	119,5	189	119,5	100,00							
20110023	02.03. - 09.03.2011	1,00	-	-	-	124,4	182	124,4	100,00	146.Periode	Durchschnitt	97,3	174,0	97,3	100,0	
20110025	09.03. - 16.03.2011	1,00	-	-	-	111,3	185	111,3	100,00		Maximum	111,3	185,0	111,3	100,0	
20110029	16.03. - 23.03.2011	1,00	-	-	-	100,5	177	100,5	100,00		Minimum	84,5	161,0	84,5	100,0	
20110031	23.03. - 30.03.2011	1,00	-	-	-	89,4	173	89,4	100,00	09.03.11-12.04.11	Maximum	97,3	174,0	97,3	100,0	
20110033	30.03. - 06.04.2011	1,00	-	-	-	100,4	174	100,4	100,00		Minimum	84,5	161,0	84,5	100,0	
20110036	06.04. - 13.04.2011	1,00	-	-	-	84,5	161	84,5	100,00							
20110038	13.04. - 20.04.2011	1,25	-	-	-	94,1	161	94,1	100,00	147.Periode	Durchschnitt	95,8	171,0	95,8	100,0	
20110042	20.04. - 27.04.2011	1,25	-	-	-	97,4	181	97,4	100,00		Maximum	97,4	181,0	97,4	100,0	
										Minimum	94,1	161,0	94,1	100,0		

Quelle: EZB.

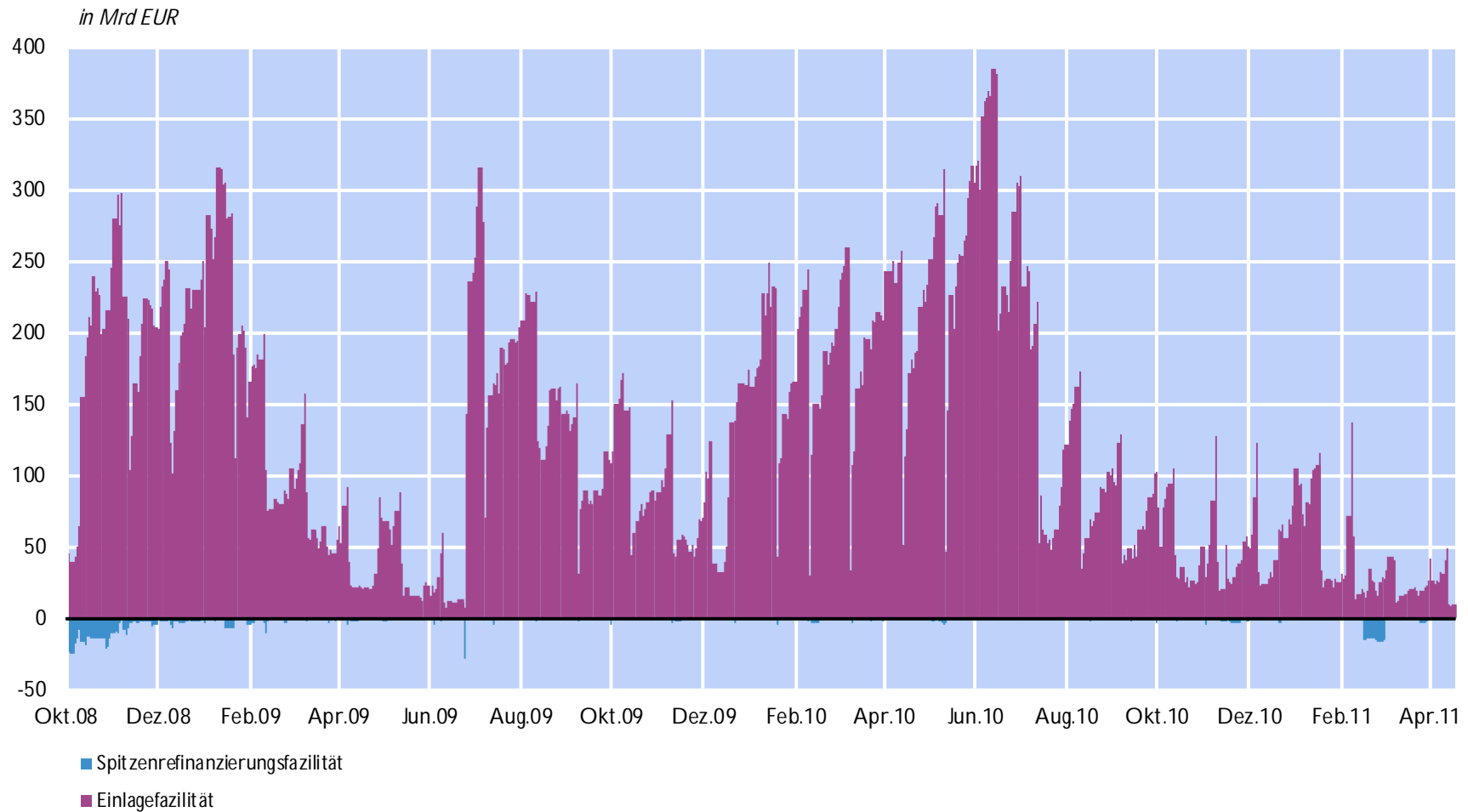
## Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems

Referenznummer	Laufzeit	Mengentender Festsatz	Zinstender		Gebote in Mrd EUR	Bieter	Zuteilung in Mrd EUR	Zuteilung zur Grenzrate in %	Mindestreserveerfüllungs- periode
			Marginaler Zuteilungs- satz	Gewichteter Durchschnitts- satz					
			in %						
20100003	20.01. - 10.02.2010	1,00	-	-	5,7	7	5,7	100,00	132. Periode
20100007	28.01. - 29.04.2010	1,00	-	-	3,3	22	3,3	100,00	132. Periode
20100010	10.02. - 10.03.2010	1,00	-	-	2,8	14	2,8	100,00	133. Periode
20100014	25.02. - 27.05.2010	1,00	-	-	10,2	23	10,2	100,00	133. Periode
20100017	10.03. - 14.04.2010	1,00	-	-	9,3	11	9,3	100,00	134. Periode
20100022	01.04. - 01.07.2010	1,00	-	-	2,0	11	2,0	100,00	134. Periode
20100023	01.04. - 30.09.2010	1,00	-	-	17,9	62	17,9	100,00	134. Periode
20100026	14.04. - 12.05.2010	1,00	-	-	15,7	12	15,7	100,00	135. Periode
20100030	29.04. - 29.07.2010	1,00	-	-	4,8	24	16,7	100,00	135. Periode
20100033	12.05. - 16.06.2010	1,00	-	-	20,5	18	20,5	100,00	136. Periode
20100035	13.05. - 11.11.2010	1,00	-	-	35,7	56	35,7	100,00	136. Periode
20100040	27.05. - 26.08.2010	1,00	-	-	12,2	35	12,2	100,00	136. Periode
20100046	16.06. - 14.07.2010	1,00	-	-	31,6	23	31,6	100,00	137. Periode
20100053	01.07. - 30.09.2010	1,00	-	-	131,9	171	131,9	100,00	137. Periode
20100058	14.07. - 11.08.2010	1,00	-	-	49,4	34	49,4	100,00	138. Periode
20100065	29.07. - 28.10.2010	1,00	-	-	23,2	70	23,2	100,00	138. Periode
20100068	11.08. - 08.09.2010	1,00	-	-	39,1	36	39,1	100,00	139. Periode
20100076	26.08. - 25.11.2010	1,00	-	-	19,1	49	19,1	100,00	139. Periode
20100079	08.09. - 13.10.2010	1,00	-	-	37,9	27	37,9	100,00	140. Periode
20100090	30.09. - 23.12.2010	1,00	-	-	104,0	182	104,0	100,00	140. Periode
20100095	13.10. - 10.11.2010	1,00	-	-	52,2	34	52,2	100,00	141. Periode
20100102	28.10. - 27.01.2011	1,00	-	-	42,5	132	42,5	100,00	141. Periode
20100106	10.11. - 08.12.2010	1,00	-	-	63,6	44	63,6	100,00	142. Periode
20100114	25.11. - 24.02.2011	1,00	-	-	38,2	189	38,2	100,00	142. Periode
20100118	08.12. - 19.01.2011	1,00	-	-	68,1	56	68,1	100,00	143. Periode
20100125	23.12. - 31.03.2011	1,00	-	-	149,5	270	149,5	100,00	143. Periode
20110006	19.01. - 09.02.2011	1,00	-	-	70,4	45	70,4	100,00	144. Periode
20110011	27.01. - 28.04.2011	1,00	-	-	71,1	165	71,1	100,00	144. Periode
20110014	09.02. - 09.03.2011	1,00	-	-	61,5	42	61,5	100,00	145. Periode
20110022	24.02. - 26.05.2011	1,00	-	-	39,8	192	39,8	100,00	145. Periode
20110026	09.03. - 13.04.2011	1,00	-	-	82,5	52	82,5	100,00	146. Periode
20110035	31.03. - 30.06.2011	1,00	-	-	129,5	290	129,5	100,00	146. Periode
20110039	13.04. - 11.05.2011	1,25	-	-	83,7	40	83,7	100,00	147. Periode

Quelle: EZB.

Seite A10

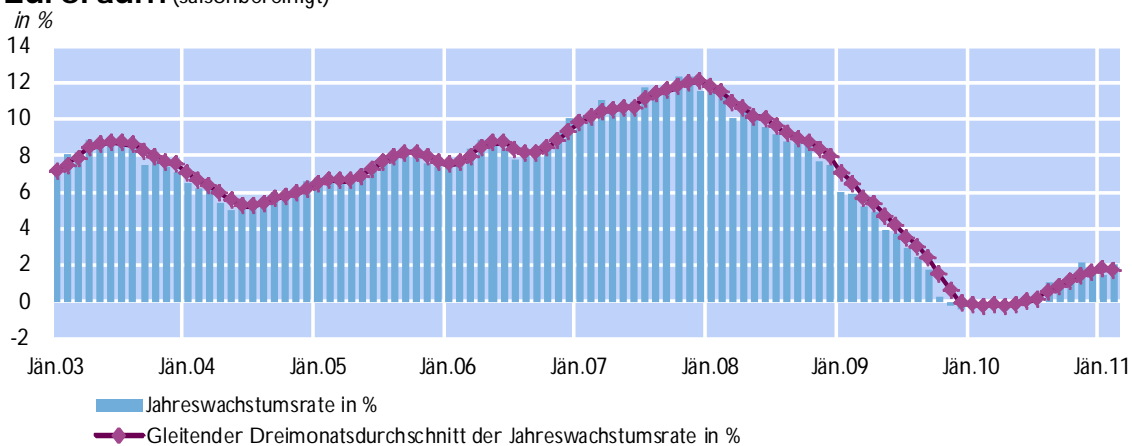
## Entwicklung der ständigen Fazilitäten des Eurosystems



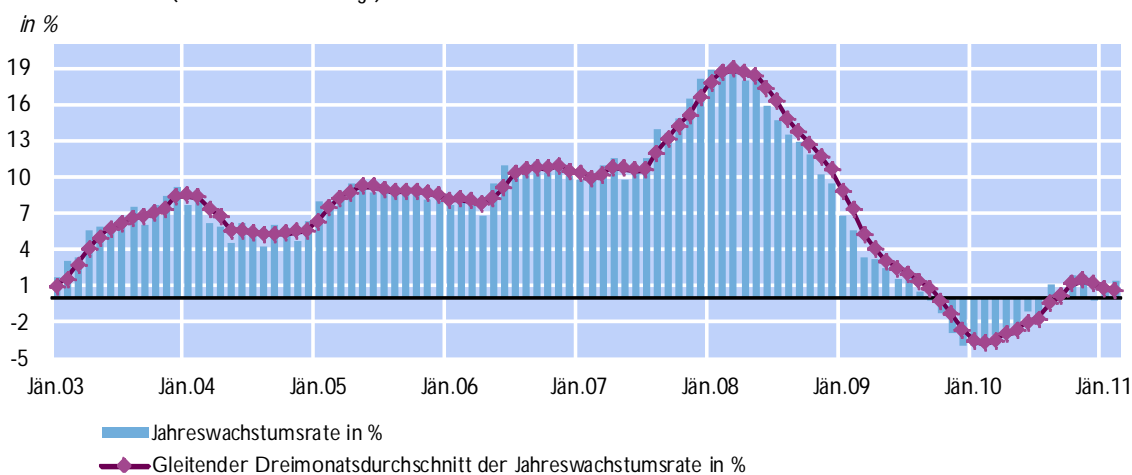
Quelle: EZB.

Entwicklung der Geldmenge M3

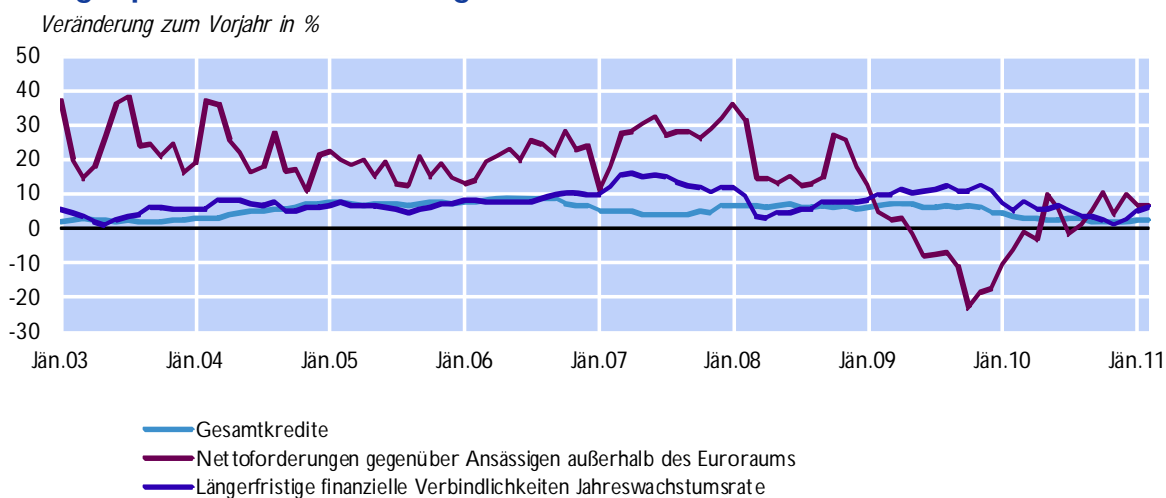
**Euroraum** (saisonbereinigt)



**Österreich** (nicht saisonbereinigt)



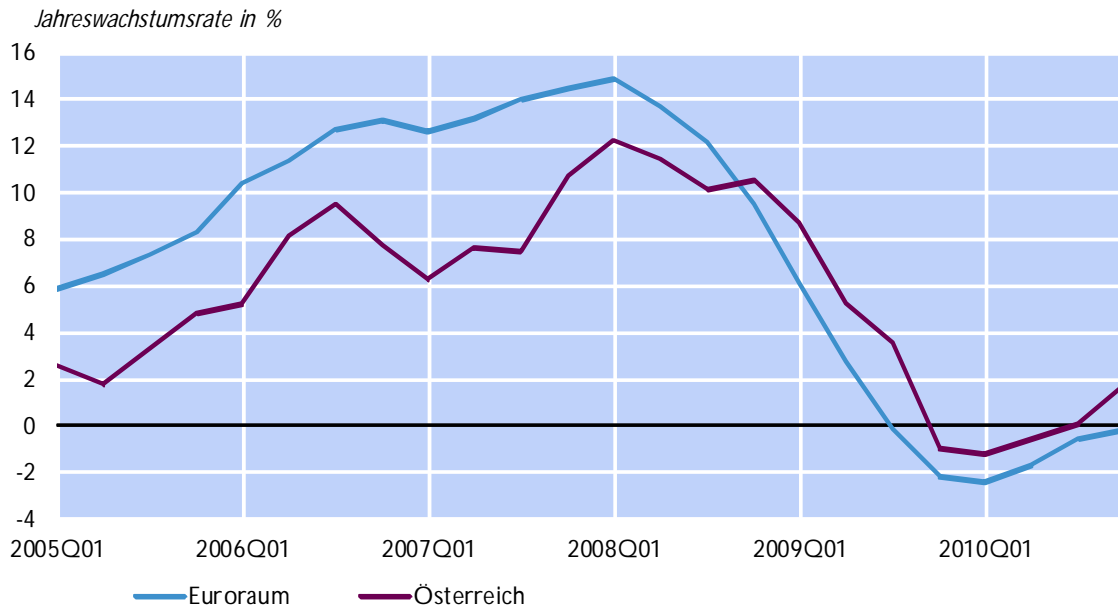
**Gegenposten zur Geldmenge M3 in Österreich**



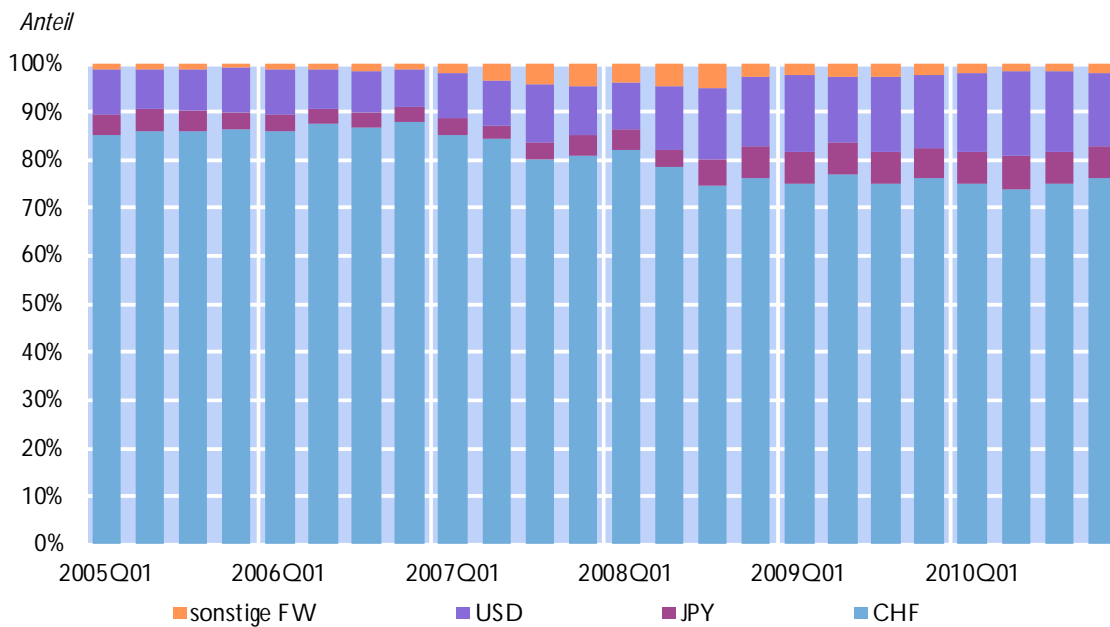
Quelle: OeNB, EZB.

Nichtfinanzielle Unternehmen

Kredite



Fremdwährungskredite in Österreich

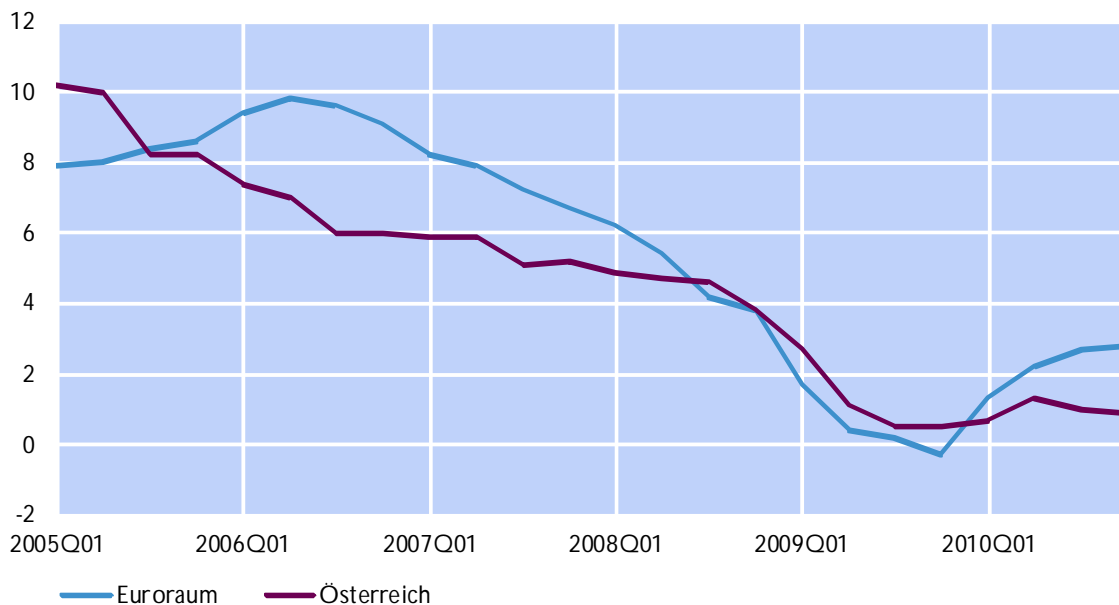


Quelle: OeNB, EZB.

## Private Haushalte

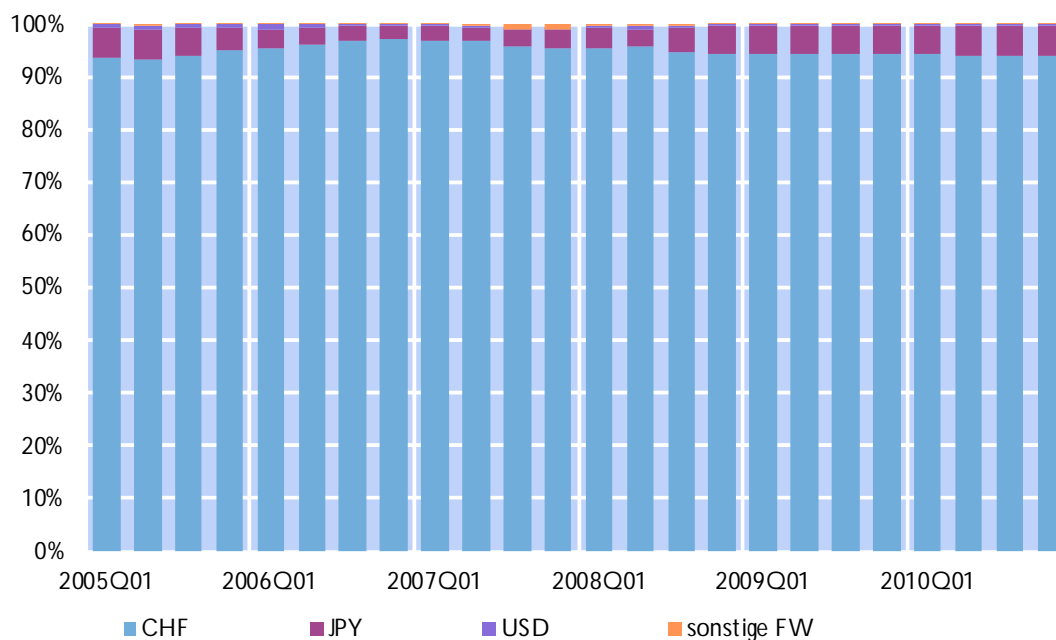
### Kredite

Jahreswachstumsrate in %



### Fremdwährungskredite in Österreich

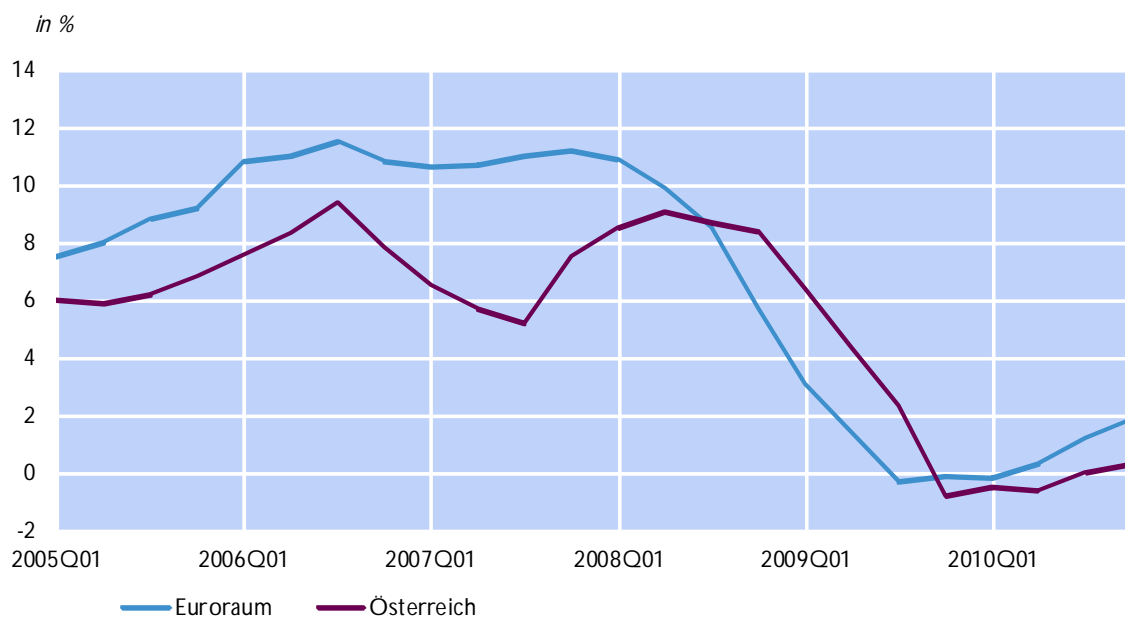
Anteil



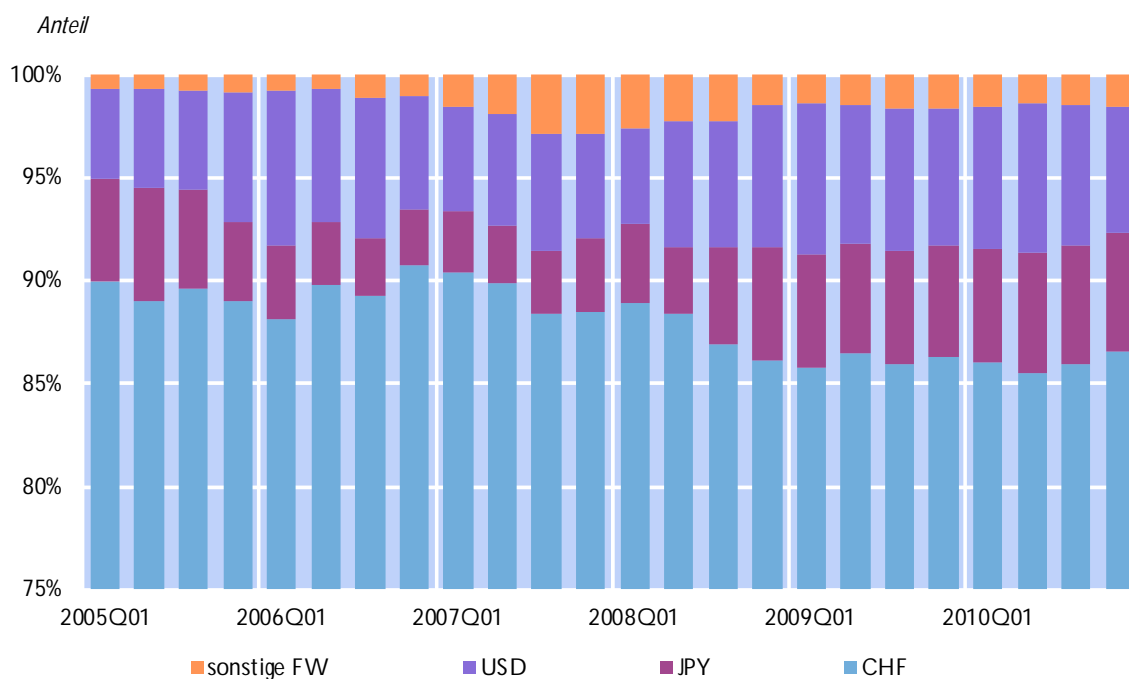
Quelle: OeNB, EZB.

## Nichtbanken (ohne Staat)<sup>1)</sup>

### Jahreswachstumsrate der Kredite von Nichtbanken ohne Staat



### Fremdwährungskredite in Österreich



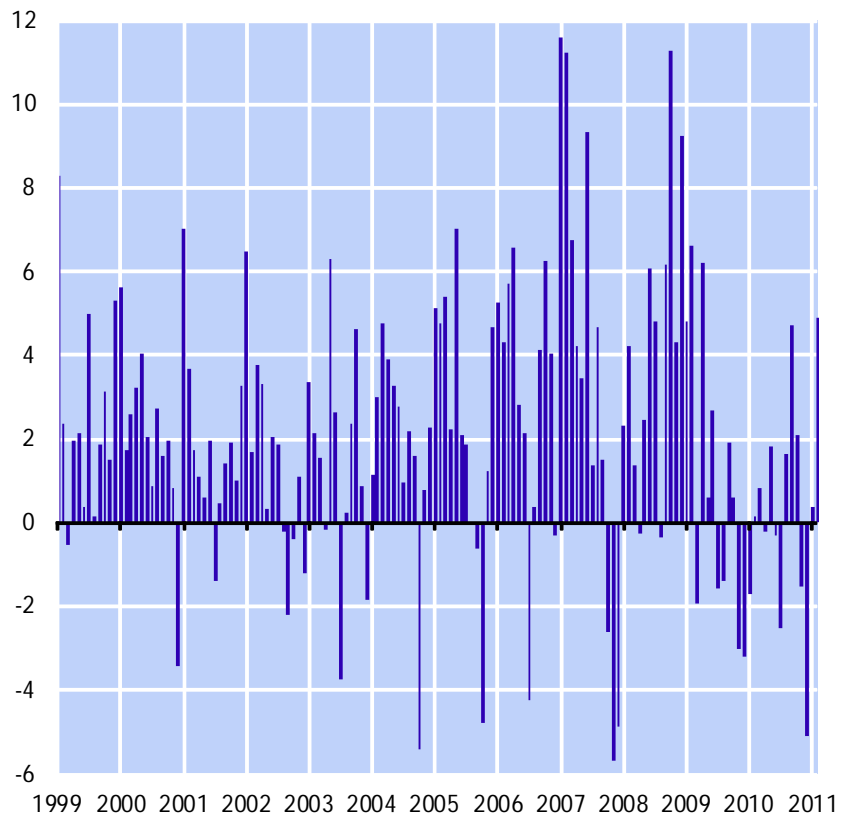
Quelle: OeNB, EZB.

1) Private Haushalte, nichtfinanzielle Unternehmen und Finanzinstitute, die keine MFIs sind.

# Schuldverschreibungen von in Österreich ansässigen Emittenten

## Nettoabsatz

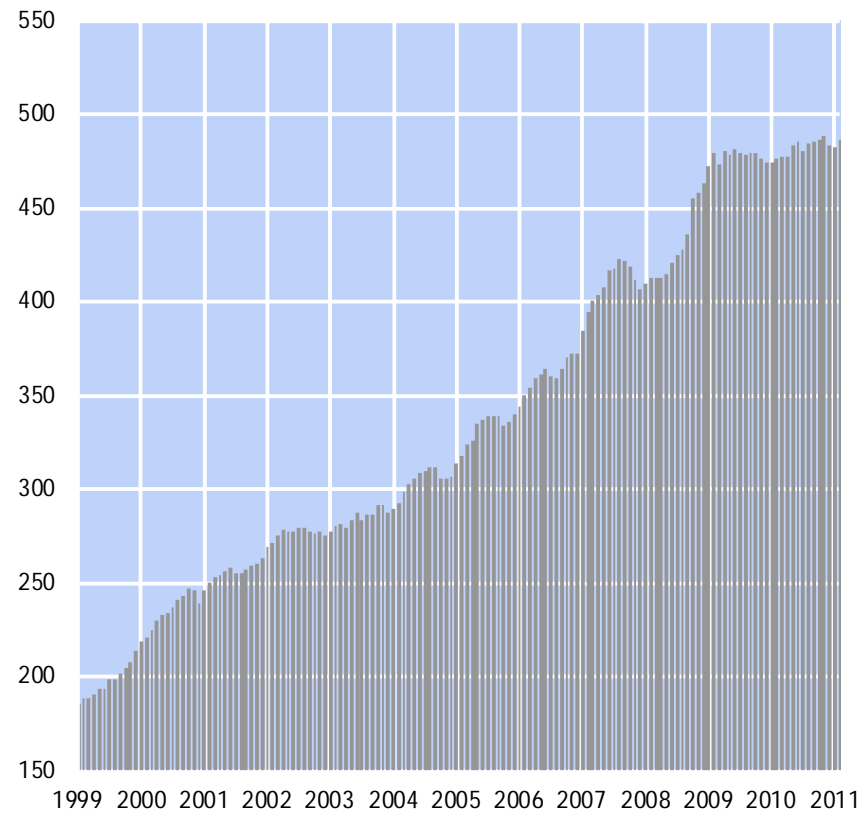
in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

## Umlauf

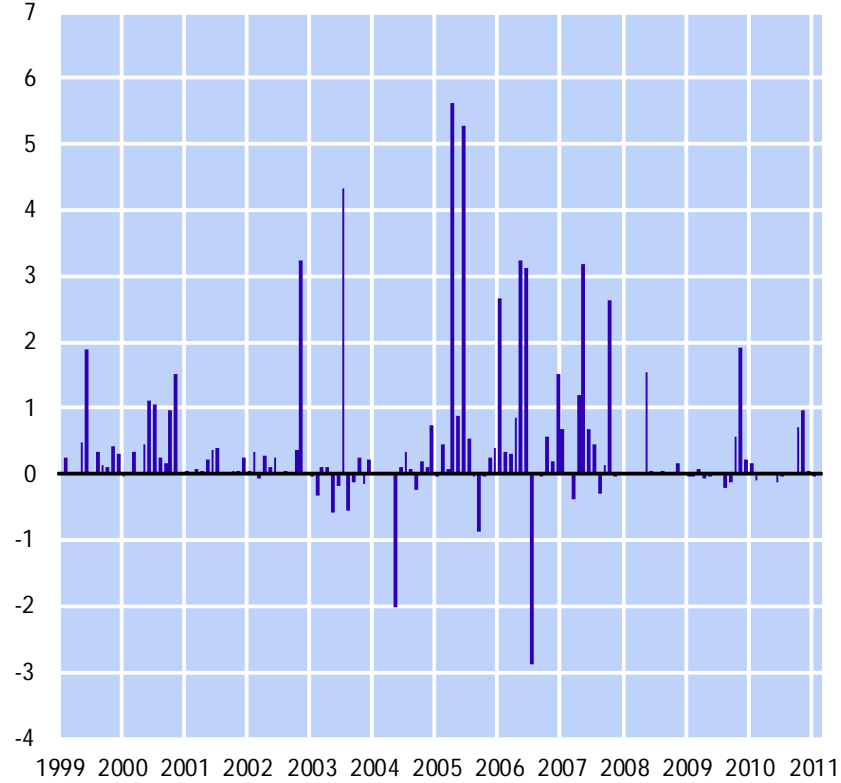
Monatsendstand in Mrd EUR



# Börsennotierte Aktien von in Österreich ansässigen Emittenten

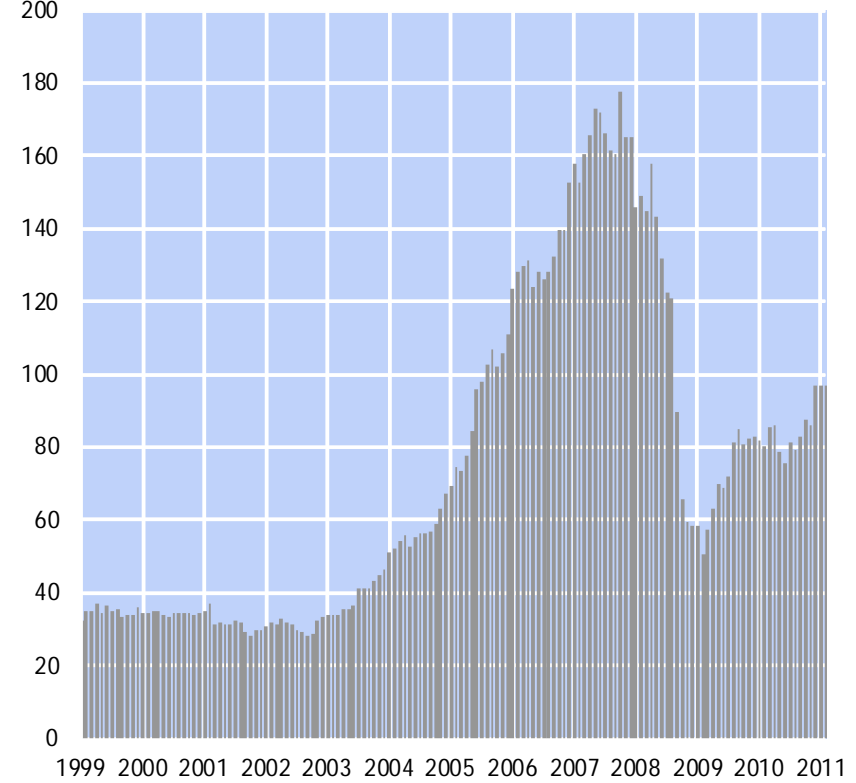
## Neuemissionen

in Mrd EUR



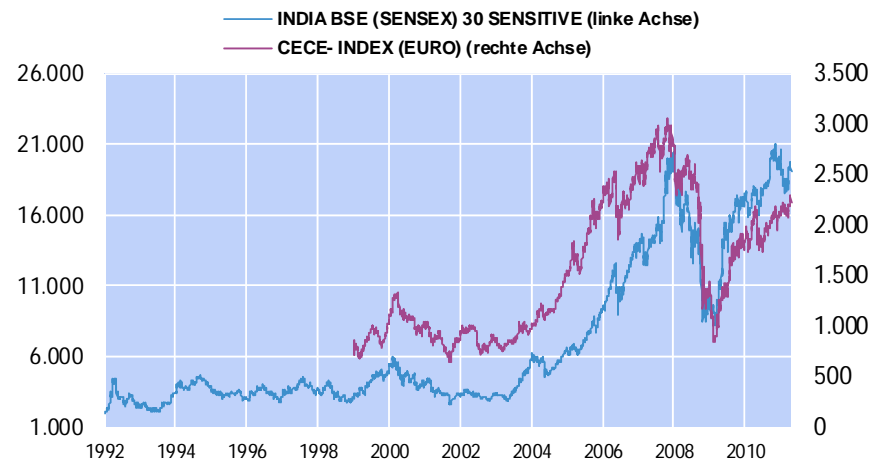
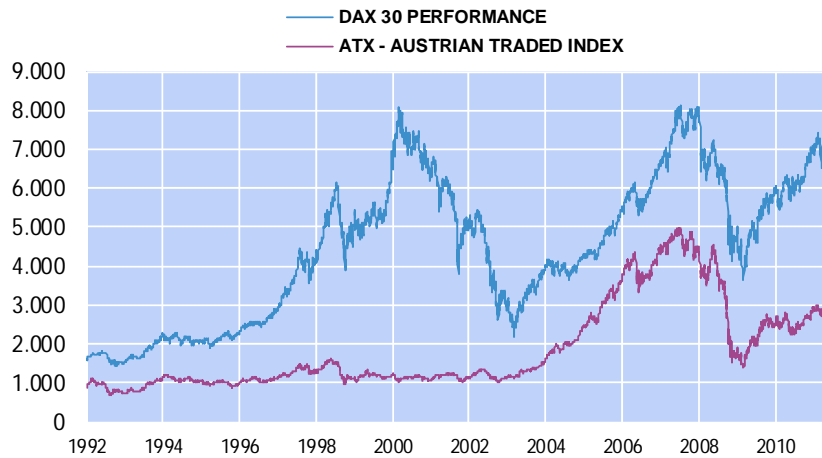
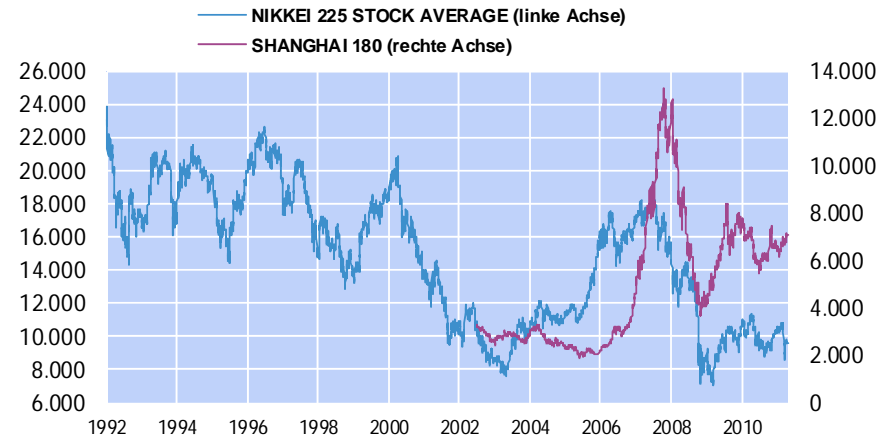
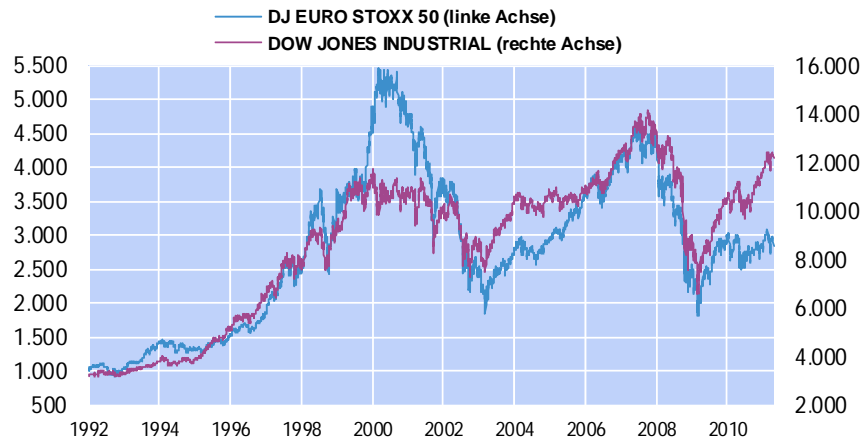
## Marktkapitalisierung

Monatsendstand in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

## Internationale Aktienindizes



Quelle: OeNB, Thomson Reuters.

**HVPI nach COICOP<sup>1)</sup> - Verbrauchsgruppen und Sondergliederungen**

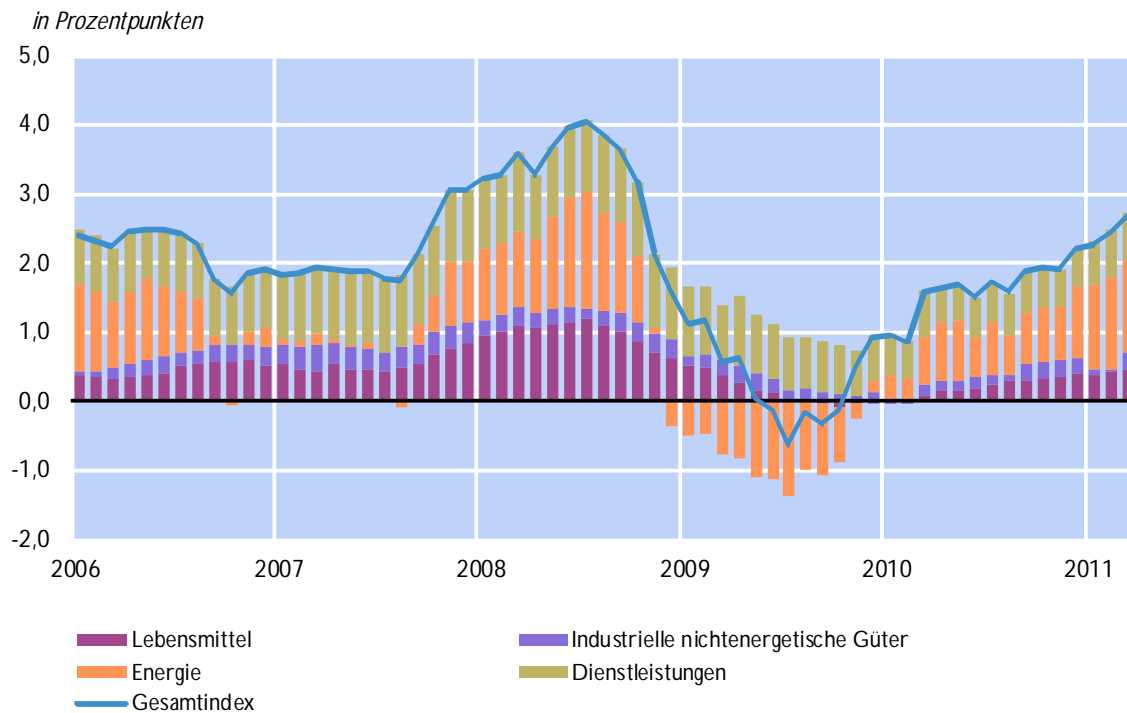
<b>Euroraum</b>	2011	2009	2010	Nov.10	Dez.10	Jän.11	Feb.11	Mär.11
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	<i>Gewicht in %</i>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
0 Gesamt-HVPI	100,00	0,3	1,6	1,9	2,2	2,3	2,4	2,7
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,35	0,0	0,4	1,4	1,8	1,5	2,0	2,0
2 Alkoholische Getränke und Tabak	3,95	4,0	3,8	3,4	3,6	3,7	3,5	3,6
3 Bekleidung und Schuhe	6,71	0,3	0,3	1,0	0,6	-0,5	-2,6	1,2
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	15,79	0,0	2,0	3,2	3,8	4,5	4,9	5,1
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,81	1,6	0,7	0,7	0,6	0,8	0,8	0,9
6 Gesundheitspflege	4,19	1,4	0,8	0,9	0,8	1,3	1,2	1,3
7 Verkehr	15,62	-2,8	4,6	3,8	5,2	5,1	5,7	5,6
8 Nachrichtenübermittlung	3,18	-1,0	-0,8	-0,8	-0,7	-0,2	-0,4	-0,6
9 Freizeit und Kultur	9,52	0,5	-0,2	0,0	-0,1	0,1	0,0	-0,3
10 Bildungswesen	1,15	1,0	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5	1,7
11 Hotels, Cafes und Restaurants	9,23	1,9	1,2	1,4	1,4	1,6	1,7	1,8
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,51	2,3	2,1	2,3	2,2	2,4	2,6	2,8
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	19,30	0,7	1,0	1,8	2,1	1,9	2,3	2,4
Unbearbeitete Lebensmittel	7,35	0,2	1,2	2,6	3,2	2,2	2,7	2,2
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm.	5,63	-16,1	15,3	11,6	17,1	16,5	18,3	17,9
Güter	58,57	-0,9	1,8	2,3	2,9	2,9	3,0	3,4
Industriegüter	39,27	-1,7	2,1	2,6	3,2	3,4	3,4	4,0
Industrielle nichtenergetische Güter	28,91	0,6	0,4	0,9	0,7	0,5	0,1	0,9
Energie	10,36	-8,1	7,4	7,9	11,0	12,0	13,1	13,0
Dienstleistungen	41,43	2,0	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	1,6
Gesamtindex ohne Energie	89,64	1,2	1,0	1,3	1,3	1,3	1,3	1,5
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	82,28	1,3	1,0	1,2	1,1	1,2	1,1	1,5
<b>Österreich</b>	2011	2009	2010	Nov.10	Dez.10	Jän.11	Feb.11	Mär.11
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	<i>Gewicht in %</i>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
0 Gesamt-HVPI	100,00	0,4	1,7	1,8	2,2	2,5	3,1	3,3
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,05	0,3	0,4	1,1	2,3	3,2	4,4	4,8
2 Alkoholische Getränke und Tabak	3,17	1,3	2,0	2,3	2,2	4,8	5,4	4,6
3 Bekleidung und Schuhe	6,31	1,5	1,1	1,9	1,8	0,5	2,6	4,1
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	14,65	1,5	2,8	2,5	2,7	2,8	3,3	3,4
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,02	2,4	1,2	0,2	0,1	0,6	1,1	0,8
6 Gesundheitspflege	5,27	2,6	1,9	1,8	1,5	1,7	2,1	2,3
7 Verkehr	14,94	-4,8	3,4	2,7	3,8	5,3	6,4	6,0
8 Nachrichtenübermittlung	2,12	-1,2	1,4	1,8	2,1	1,3	1,0	0,6
9 Freizeit und Kultur	12,78	0,2	0,9	1,1	1,5	1,1	1,4	1,3
10 Bildungswesen	1,26	-9,6	-4,2	3,3	3,3	2,9	3,0	3,3
11 Hotels, Cafes und Restaurants	12,30	2,2	0,9	1,5	1,3	2,4	2,5	2,6
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	7,13	3,4	3,1	2,8	3,5	3,3	2,9	3,3
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	15,22	0,4	0,7	1,4	2,3	3,5	4,6	4,8
Unbearbeitete Lebensmittel	4,94	0,6	1,8	1,6	3,6	5,3	5,7	5,7
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm.	5,04	-20,0	15,1	10,8	16,3	19,1	23,7	22,4
Güter	54,23	-0,9	2,0	1,9	2,8	3,2	4,2	4,5
Industriegüter	39,01	-1,4	2,6	2,2	3,0	3,2	4,1	4,3
Industrielle nichtenergetische Güter	30,13	1,5	1,2	1,1	1,4	1,1	1,7	2,0
Energie	8,89	-10,4	7,6	5,9	8,9	10,6	12,9	12,6
Dienstleistungen	45,77	1,8	1,4	1,6	1,5	1,8	2,0	2,1
Gesamtindex ohne Energie	91,11	1,5	1,2	1,4	1,6	1,8	2,3	2,5
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	86,18	1,5	1,2	1,4	1,5	1,6	2,1	2,3

Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

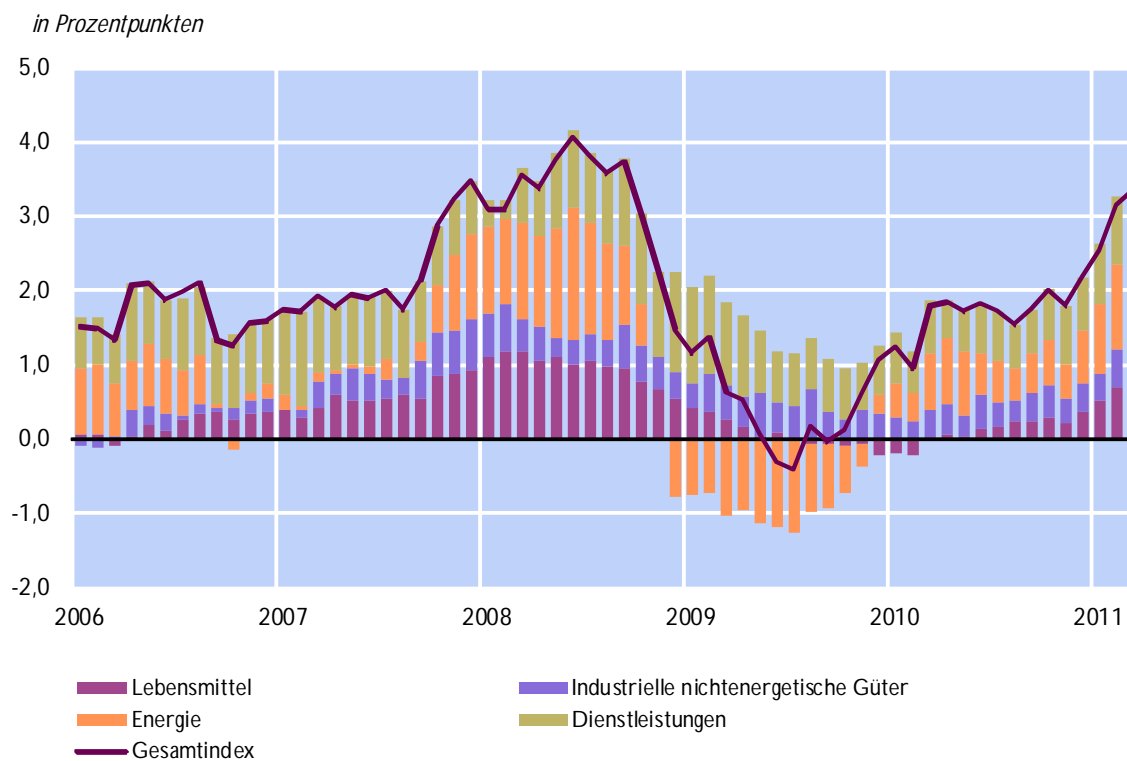
1) Classification of individual consumption of purposes.

## Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

### Euroraum: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation



### Österreich: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation



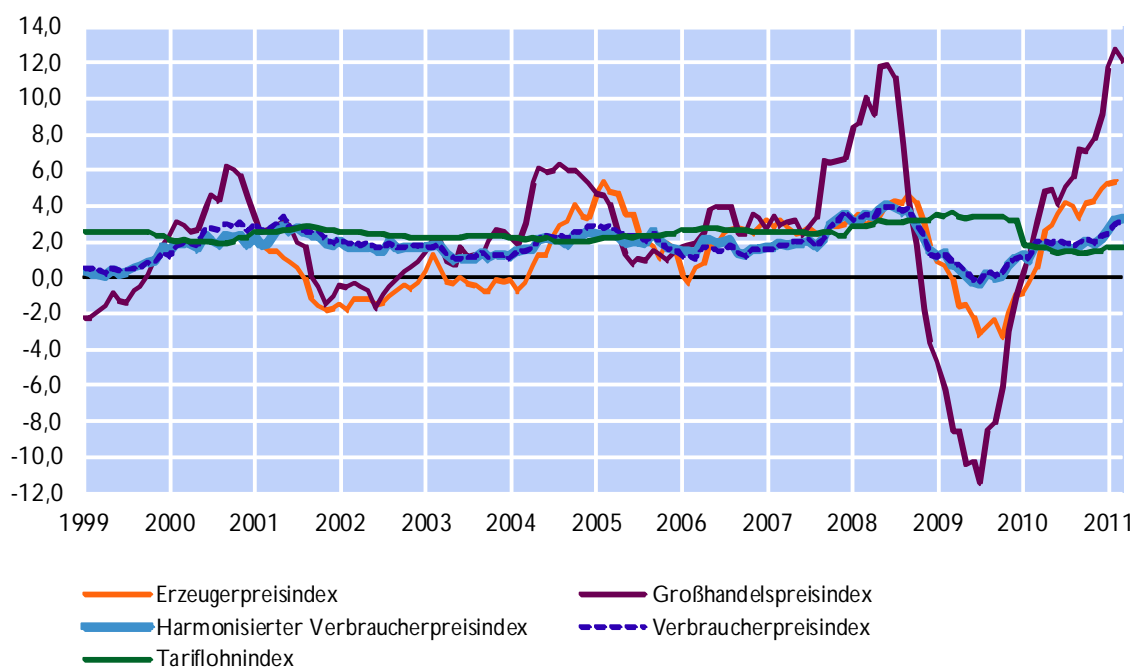
Quelle: Eurostat, Statistik Austria, OeNB.

## Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich

Periode	Erzeugerpreisindex (EPI)	Großhandelspreisindex (GHPI)	Verbraucherpreisindex (VPI)	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	Tariflohnindex (TLI)
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>					
2008	3,5	6,4	3,2	3,2	3,0
2009	-1,6	-7,5	0,5	0,4	3,4
2010	2,7	5,0	1,9	1,7	1,6
2011 <sup>1)</sup>	x	x	x	2,2	x
2012 <sup>1)</sup>	x	x	x	1,8	x
Jän.10	-0,8	0,3	1,2	1,2	1,8
Mär.10	0,5	3,1	2,0	1,8	1,7
Apr.10	2,6	4,8	2,0	1,8	1,7
Mai.10	2,9	4,9	1,9	1,7	1,5
Jun.10	3,5	4,0	2,0	1,8	1,4
Jul.10	4,2	5,0	1,9	1,7	1,5
Aug.10	4,0	5,6	1,7	1,6	1,5
Sep.10	3,3	7,1	1,9	1,7	1,4
Okt.10	4,1	7,0	2,1	2,0	1,4
Nov.10	4,2	7,7	1,9	1,8	1,5
Dez.10	4,9	9,1	2,3	2,2	1,5
Jän.11	5,2	11,6	2,4	2,5	1,7
Feb.11	5,3	12,7	3,0	3,1	1,7
Mär.11	..	12,1	3,1	3,3	1,7

### Inflationsindikatoren für Österreich

*Veränderung zum Vorjahr in %*

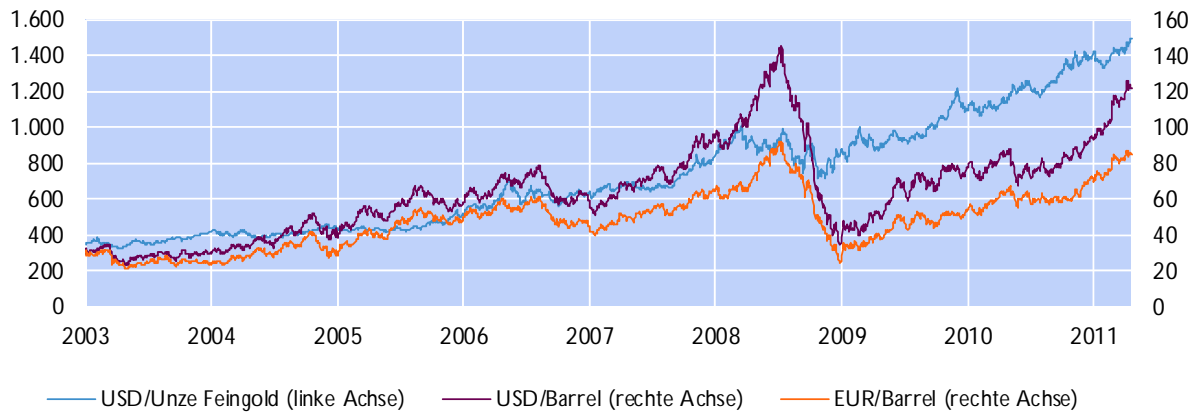


Quelle: Statistik Austria.

1) Prognose der OeNB vom Dezember 2010.

## Preisentwicklung bei Rohstoffen

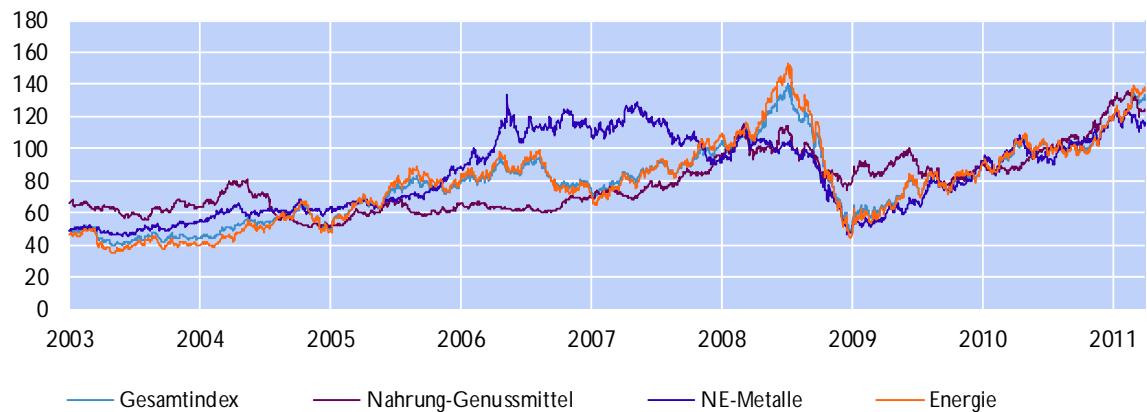
### Preisentwicklung von Gold und Rohöl



Quelle: Thomson Reuters.

### Weltmarktpreise für Rohstoffe

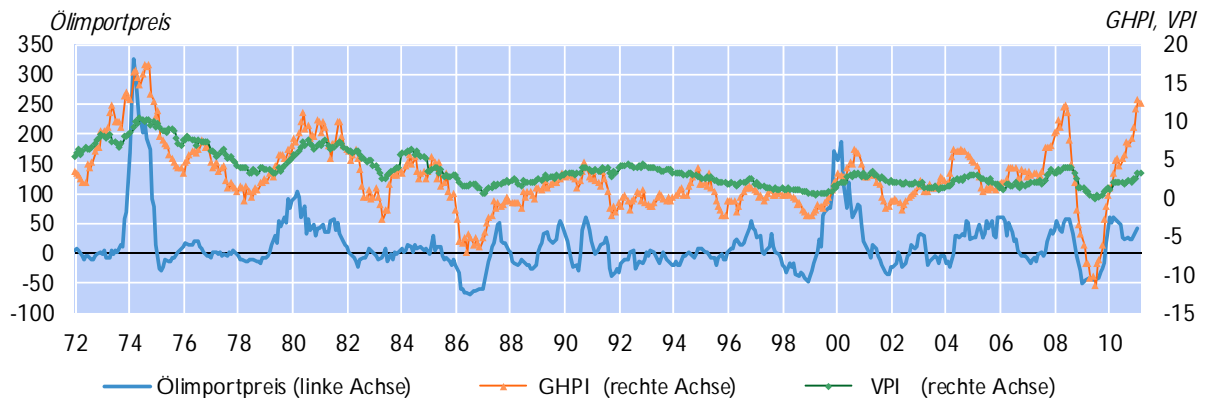
HWWI-Index 'Euroland' 2010=100, Euro-Basis; Tagesdaten



Quelle: HWWI.

### Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



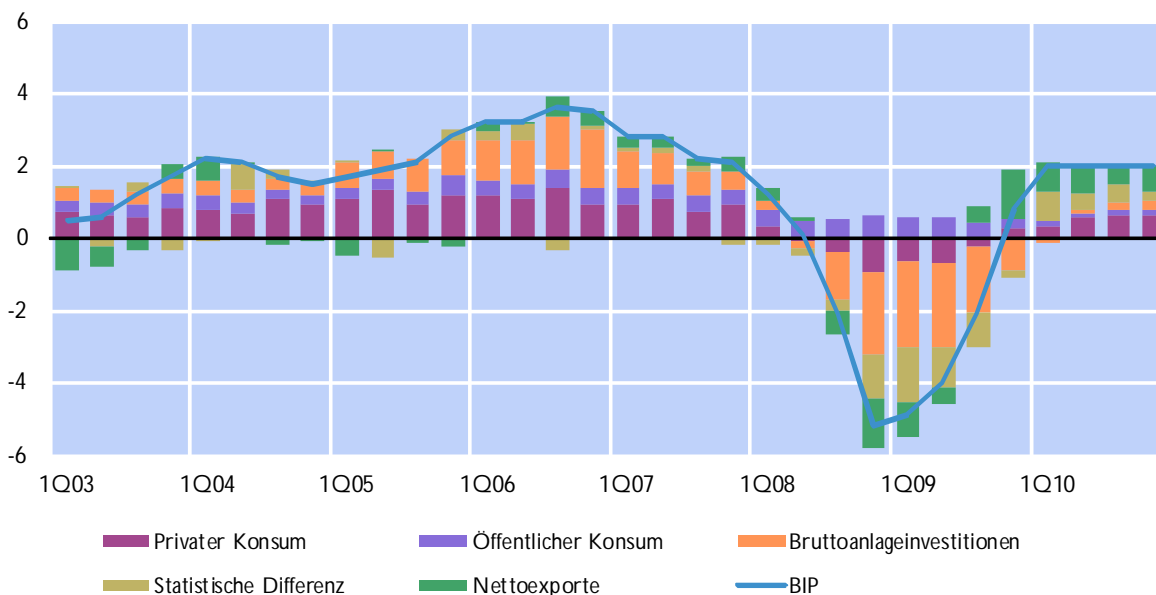
Quelle: Statistik Austria, WIFO.

## Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum

Periode	BIP	Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real)</i>					
2002	0,9	1,3	-1,5	2,0	0,5
2003	0,8	1,3	1,3	1,2	3,0
2004	2,2	1,6	2,3	7,4	7,1
2005	1,7	1,8	3,2	5,0	5,8
2006	3,1	2,1	5,4	8,6	8,5
2007	2,9	1,8	4,7	6,3	5,8
2008	0,4	0,9	-0,8	1,0	0,8
2009	-4,1	-0,2	-11,4	-13,2	-11,9
2010	1,7	0,8	-0,7	10,9	8,9
2011 <sup>1)</sup>	1,5	x	2,2	6,1	5,1
2012 <sup>1)</sup>	1,8	x	3,6	6,3	5,9
4Q08	-2,1	0,1	-6,1	-6,5	-5,0
1Q09	-5,2	-0,4	-11,4	-16,4	-12,8
2Q09	-4,9	-0,1	-12,1	-16,6	-14,4
3Q09	-4,0	-0,1	-11,9	-13,3	-12,5
4Q09	-2,1	0,2	-9,5	-5,2	-6,8
1Q10	0,8	0,6	-4,7	7,0	3,6
2Q10	2,0	0,6	-0,6	12,9	11,1
3Q10	2,0	0,9	0,5	12,3	10,8
4Q10	2,0	1,0	1,1	11,6	10,7

## Wachstumsbeiträge zum realen BIP im Euroraum

Beitrag zum saisonbereinigten BIP-Wachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, OeNB.

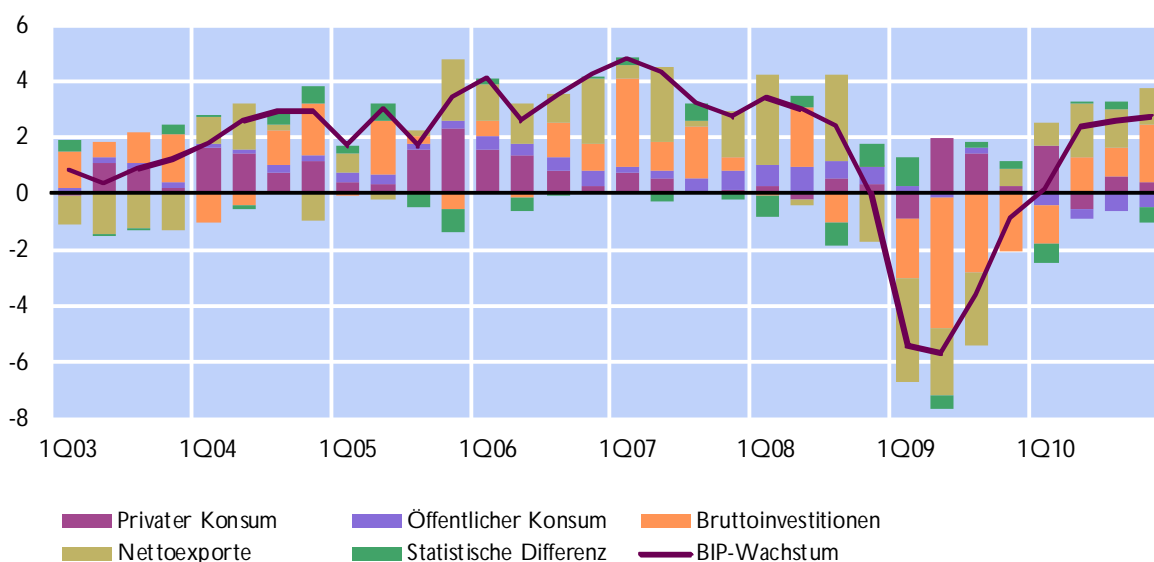
1) Prognose EU-Kommission vom November 2010.

## Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich

Periode	BIP	Konsumausgaben	Bruttoinvestitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
<i>Veränderung zum Vorjahr in % (real - auf Basis von Vorjahrespreisen, nicht saisonbereinigt)</i>					
2002	1,6	1,0	-5,0	3,9	-0,4
2003	0,8	1,0	5,3	1,5	4,5
2004	2,5	1,9	1,9	10,1	9,8
2005	2,5	2,0	1,6	7,4	6,4
2006	3,6	2,0	3,0	7,7	5,4
2007	3,7	1,1	7,0	8,6	7,0
2008	2,2	1,4	1,0	1,0	-0,9
2009	-3,9	1,1	-12,7	-16,1	-14,4
2010	2,0	0,1	3,8	10,8	9,2
2011 <sup>1)</sup>	2,1	0,8	2,5	7,3	6,0
2012 <sup>1)</sup>	2,3	1,0	3,0	6,9	6,2
4Q08	0,0	1,3	0,1	-8,2	-6,0
1Q09	-5,4	-0,9	-11,2	-19,6	-16,5
2Q09	-5,7	2,7	-18,6	-21,2	-19,0
3Q09	-3,6	2,3	-11,8	-15,6	-12,5
4Q09	-0,9	0,3	-8,5	-7,5	-9,6
1Q10	0,1	1,8	-7,8	4,3	3,2
2Q10	2,4	-1,2	6,1	13,6	10,7
3Q10	2,6	0,0	4,5	14,2	12,6
4Q10	2,7	-0,2	9,6	11,5	10,3

## Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich

in Prozentpunkten



Quelle: WIFO (Quartale), Statistik Austria (Jahre), OeNB.

1) Prognose der OeNB vom Dezember 2010 - erstellt auf Basis saison- und arbeitstägig bereinigter Daten.

## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

Indikatoren	Eurosystem <sup>1)</sup> März 2011		OECD November 2010		IWF April 2011		EU-Kommission <sup>2)</sup> Nov. 2010/März 2011	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
<b>Hauptergebnisse</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
BIP, real	1,3 bis 2,1	0,8 bis 2,8	1,7	2,0	1,6	1,8	1,6	1,8
Privater Konsum, real	0,6 bis 1,4	0,4 bis 2,2	1,0	1,7	1,1	1,3	0,9	1,4
Öffentlicher Konsum, real	-0,3 bis 0,5	-0,5 bis 0,9	0,0	-1,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,4 bis 3,4	0,7 bis 5,5	1,6	2,8	1,9	3,0	2,2	3,6
Exporte, real	4,9 bis 9,5	3,0 bis 9,2	x	x	x	x	6,1	6,3
Importe, real	3,5 bis 7,7	2,8 bis 8,4	x	x	x	x	5,1	6,0
BIP Deflator	x	x	1,0	1,1	1,2	1,5	1,5	1,5
HVPI	2,0 bis 2,6	1,0 bis 2,4	1,3	1,2	2,3	1,7	2,2	1,7
Lohnstückkosten	x	x	0,3	0,2	0,7	1,8	0,6	0,9
Beschäftigte	x	x	0,3	0,6	x	x	0,3	0,6
	<i>in %</i>							
Arbeitslosenquote	x	x	9,6	9,2	9,9	9,6	10,0	9,6
	<i>in % des nominellen BIP</i>							
Leistungsbilanz	x	x	0,3	0,9	0,0	0,0	0,0	0,1
Öffentliches Defizit	x	x	-4,6	-3,5	-4,4	-3,6	-4,6	-3,9
Erdölpreis in USD/Barrel	101,3	102,4	80,0	80,0	107,2	108,0	88,9	90,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	1,5	2,4	1,1	1,8	1,7	2,6	1,4	1,7
USD/EUR	1,37	1,37	1,39	1,39	1,37	1,36	1,39	1,39
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
BIP, real USA	x	x	2,2	3,1	2,8	2,9	2,1	2,5
BIP, real Welt								
(OECD: Wachstum von Gesamt OECD)	4,7	4,6	2,3	2,8	4,4	4,5	3,9	4,0
Welthandel (EU-Kommission: Weltimporte)	7,9	7,6	8,3	8,1	7,4	6,9	7,1	6,9

Quelle: Eurosystem, OECD, IWF, EU-Kommission.

1) Die von Experten der EZB erstellten Projektionen (März und September) ergänzen die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems, die halbjährlich (Juni und Dezember) von Experten der EZB und der nationalen Zentralbanken des Euroraums gemeinsam erarbeitet werden. Bandbreiten basieren auf dem Durchschnitt der absoluten Abweichungen von früheren Projektionen. BIP, real Welt: Welt ohne Euroraum. 2) EK-Interimsprognose März 2011 für BIP 2011 und HVPI 2011.

## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Indikator	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Dezember 2010		April 2011		April 2011		November 2010		April 2011		November 2010	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
<b>Hauptergebnisse</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real	2,1	2,3	2,5	2,0	2,3	2,1	2,0	2,0	2,4	2,3	1,7	2,1
Privater Konsum, real	1,0	1,3	1,1	1,1	0,8	1,1	1,1	1,5	x	x	0,8	0,9
Öffentlicher Konsum, real	0,3	0,3	1,0	1,0	0,2	0,5	-0,2	-0,5	x	x	0,0	0,5
Bruttoanlageinvestitionen, real <sup>1)</sup>	2,1	3,0	2,6	2,7	2,5	2,1	2,5	3,2	x	x	2,7	2,9
Exporte, real	7,3	6,9	7,4	6,5	7,4	5,9	7,6	5,8	x	x	6,3	6,5
Importe, real	6,0	6,2	6,1	6,0	5,7	4,8	6,6	5,3	x	x	5,6	5,5
BIP je Erwerbstätigen	1,2	1,5	1,1	1,3	1,2	1,2	x	x	x	x	1,0	1,3
BIP Deflator	1,8	1,6	2,0	2,1	2,0	2,0	1,1	1,2	x	x	1,6	1,3
VPI	x	x	2,8	2,4	2,7	2,3	x	x	2,5	2,0	x	x
HVPI	2,2	1,8	2,9	2,4	x	x	1,8	1,9	x	x	2,1	1,8
Lohnstückkosten	1,1	0,7	1,4	1,6	x	x	x	x	x	x	1,2	0,8
Beschäftigte	0,9	0,8	1,6	0,9	1,1	0,9	x	x	x	x	0,7	0,8
Arbeitslosenquote	<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>											
	4,4	4,3	4,1	4,0	4,3	4,3	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,0
Leistungsbilanz	<i>in % des nominellen BIP</i>											
	3,4	4,5	3,7	4,3	x	x	3,1	3,8	3,1	3,1	3,5	4,1
Finanzierungssaldo des Staates	-3,0	-2,6	-2,9	-2,6	-3,0	-2,5	-3,4	-3,0	-3,1	-2,9	-3,6	-3,3
Finanzierungssaldo des Staates <sup>2)</sup>	x	x	-3,4	-3,0	x	x	x	x	x	x	x	x
	<i>Prognoseannahmen</i>											
Erdölpreis in USD/Barrel	88,6	90,7	100,0	100,0	112,0	115,0	80,0	80,0	107,2	108,0	88,9	90,8
Kurzfristiger Zinssatz in %	1,4	1,7	1,3	2,3	1,6	2,2	1,1	1,8	1,7	2,6	1,4	1,7
USD/EUR	1,39	1,39	1,35	1,30	1,39	1,40	1,39	1,39	1,37	1,4	1,39	1,39
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real Euroraum <sup>3)</sup>	0,7 bis 2,1	0,6 bis 2,8	1,5	1,5	1,8	1,7	1,7	2,0	1,6	1,8	1,6	1,8
BIP, real USA	2,4	2,7	2,9	3,0	2,9	2,7	2,2	3,1	2,8	2,9	2,1	2,5
BIP, real Welt	3,8	4,2	4,2	4,4	x	x	x	x	4,4	4,5	3,9	4,0
Welthandel	7,2	7,5	8,0	8,5	8,0	7,0	8,3	8,1	7,4	6,9	7,1	6,9

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, EU-Kommission, IWF, OECD,

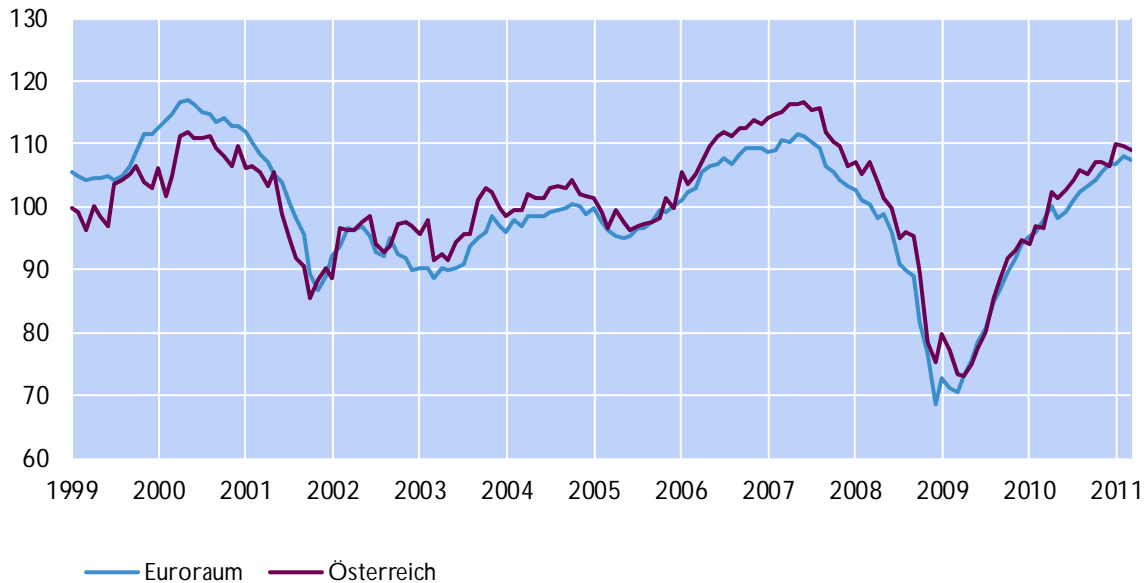
1) IHS: Bruttoinvestitionen. - 2) Unter Berücksichtigung der neuen Verbuchung der Finanzierungsvereinbarung des Bundes mit der ÖBB.

3) EU-Kommission BIP-Euroraum Jahr 2011: 1,6% - Prognose März 2011.

## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)

### Economic Sentiment Indicator

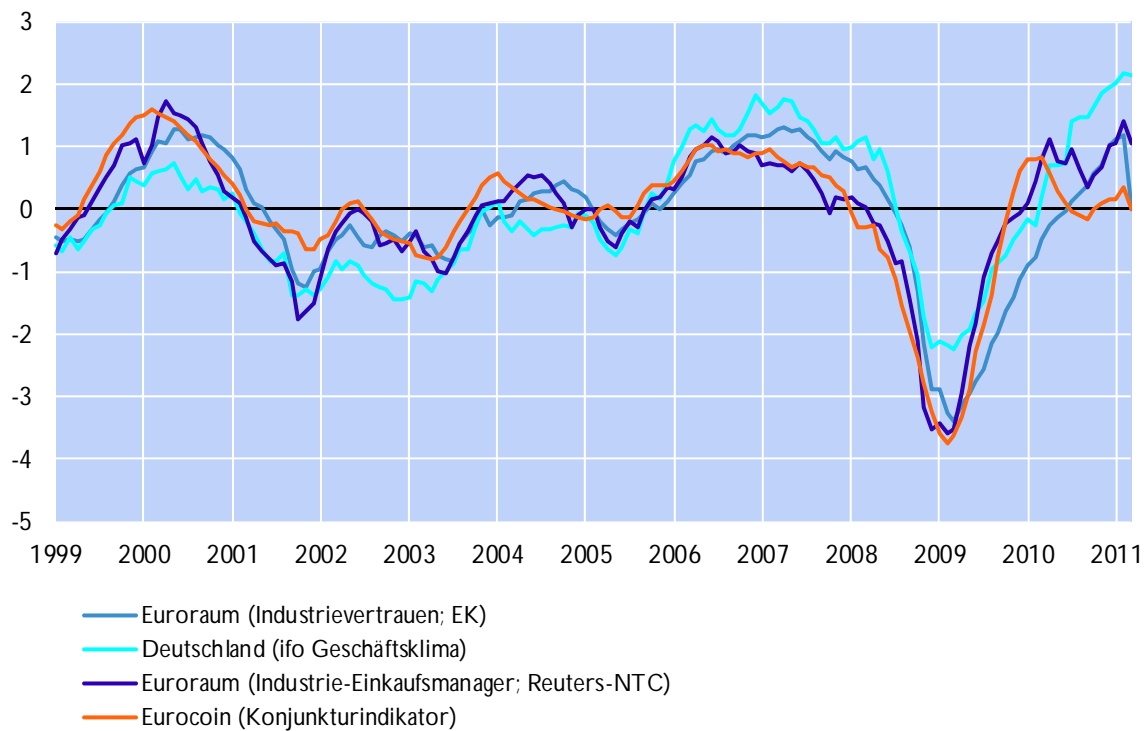
1995=100



Quelle: EU-Kommission.

### Geschäftsklima - Indikatoren

Abweichung vom Mittelwert des Indikators relativ zur Standardabweichung

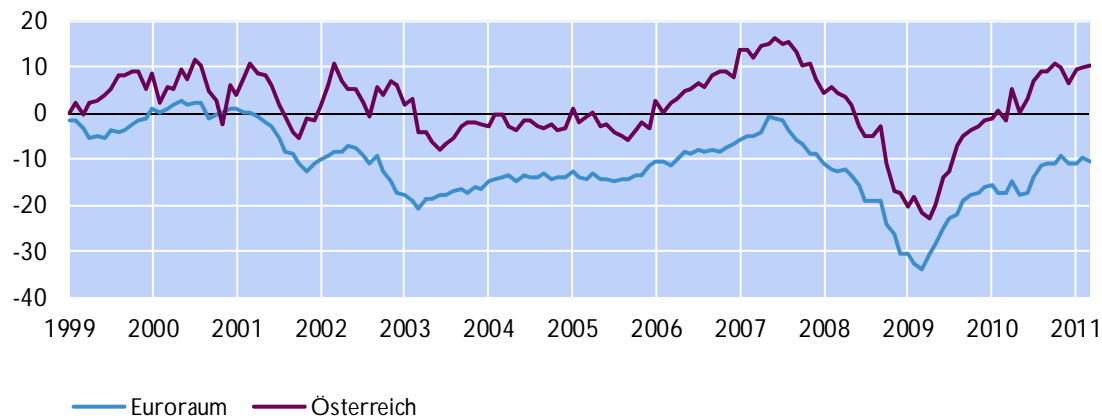


Quelle: EU-Kommission, Institut für Wirtschaftsforschung, NTC Research, CEPR, OeNB.

## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)

### Konsumentenvertrauen

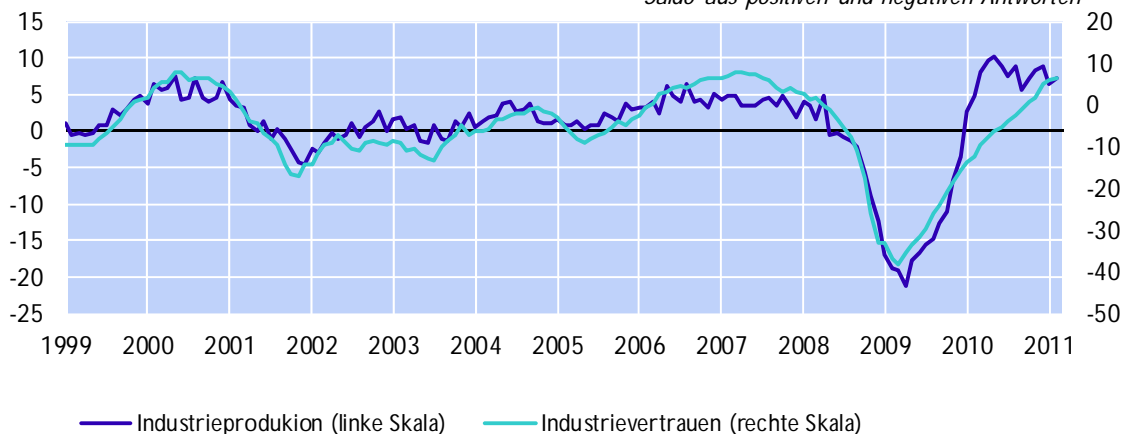
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in %

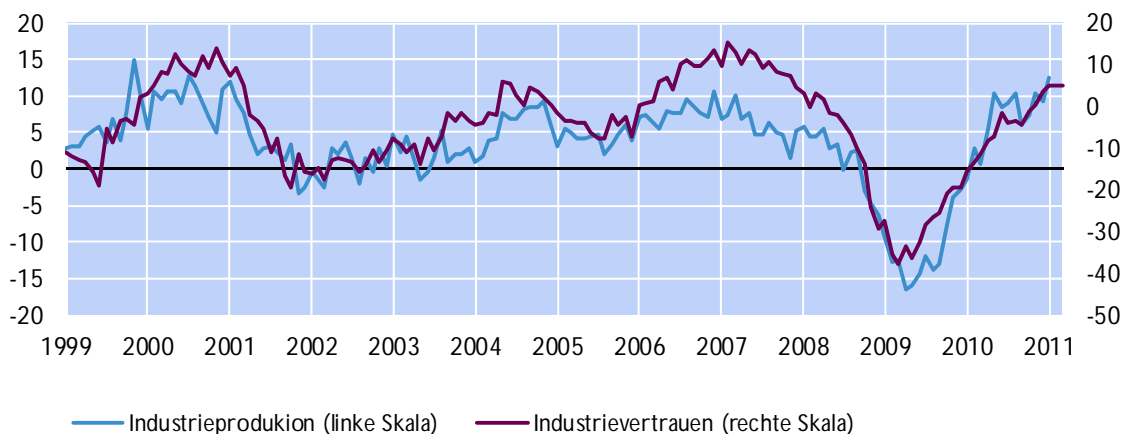
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: EU-Kommission, Eurostat.

## Produktionsindex in Österreich<sup>1)</sup>

Indikator	2009	2010	4Q09	1Q10	2Q10	3Q10	4Q10	Aug.10	Sep.10	Okt.10	Nov.10	Dez.10	Jän.11
	<i>Index 2005=100</i>												
<b>Insgesamt inkl Bau (B bis F)</b>	102,8	108,5	114,2	96,3	106,7	110,1	121,0	101,7	117,3	120,3	123,9	118,9	112,0
Industrie (B bis E)	102,1	110,0	110,5	102,1	108,0	109,3	120,5	100,2	116,7	119,8	124,1	117,5	104,7
EU Insgesamt inkl. Bau (B bis F) <sup>2)</sup>	102,5	107,9	113,6	95,3	106,2	109,9	120,3	101,5	117,0	120,0	123,3	117,5	93,0
EU Industrie (B bis E) <sup>2)</sup>	101,5	109,2	109,7	101,1	107,3	108,9	119,6	99,9	116,3	119,5	123,5	115,8	103,2
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>												
<b>Insgesamt inkl Bau (B bis F)</b>	-10,1	5,6	-4,3	-0,2	5,8	5,7	6,0	7,5	4,0	5,1	6,7	6,2	28,4
Industrie (B bis E)	-11,8	7,7	-5,3	1,0	8,4	8,4	9,0	10,6	6,2	7,1	10,4	9,6	12,7
EU Insgesamt inkl. Bau (B bis F) <sup>2)</sup>	-9,9	5,3	-3,9	-0,5	5,6	5,7	5,9	7,4	3,9	5,2	6,7	5,8	7,9
EU Industrie (B bis E) <sup>2)</sup>	-11,9	7,6	-4,9	0,6	8,1	8,4	9,1	10,4	6,1	7,4	10,5	9,3	12,4
<b>Verwendungskategorien (MIG)</b>													
Vorleistungen	-14,8	10,3	-5,4	4,4	13,9	11,0	10,6	14,5	8,2	9,5	11,2	11,1	10,4
Energie	-4,1	5,1	-2,8	-0,8	6,0	4,7	6,9	7,5	4,8	-2,8	6,3	16,5	15,0
Investitionsgüter	-18,3	8,0	-9,9	-1,6	7,4	11,5	11,1	13,7	8,7	11,6	11,8	9,9	22,3
Konsumgüter	-3,1	2,6	-1,0	-2,8	1,5	1,9	4,8	2,8	-0,3	2,7	8,9	2,7	4,1
Langlebige Konsumgüter	-3,3	0,8	-1,1	-7,4	-2,3	4,8	-0,8	3,7	8,3	0,9	-1,1	-2,2	3,5
Kurzlebige Konsumgüter	-2,9	3,0	-0,9	-1,5	2,3	1,1	6,1	2,3	-2,3	3,2	11,5	3,6	4,2
<b>ÖNACE 2008 - Abschnitte</b>													
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (B)	-7,7	2,2	-3,1	14,4	6,9	-3,3	-11,4	3,0	-5,4	-15,9	-9,8	-7,9	5,5
Herstellung von Waren (C)	-13,2	7,9	-6,0	0,5	8,4	9,0	9,6	11,4	6,7	8,5	11,2	9,0	12,6
Energieversorgung (D)	-3,6	8,1	-1,1	1,4	8,7	5,7	9,8	6,7	5,4	1,2	8,2	18,3	11,7
Wasserversorgung und - entsorgung; Abfallentsorgung (E)	8,1	11,5	0,2	6,8	10,4	8,6	10,4	9,4	9,3	11,7	12,7	6,6	27,8
Bau (F)	-2,5	-3,6	0,1	-6,0	-3,6	-3,6	-4,6	-2,7	-4,4	-2,8	-5,2	-5,6	-15,2
Hochbau (F41)	-0,6	-3,6	1,5	-5,6	-2,0	-2,3	-3,2	-1,9	-3,1	-2,0	-4,1	-3,6	-13,2
Tiefbau (F42)	-6,2	-10,7	-6,5	-9,2	-11,2	-8,4	-11,7	-5,5	-9,4	-6,3	-11,1	-18,7	-27,3

Quelle: Statistik Austria.

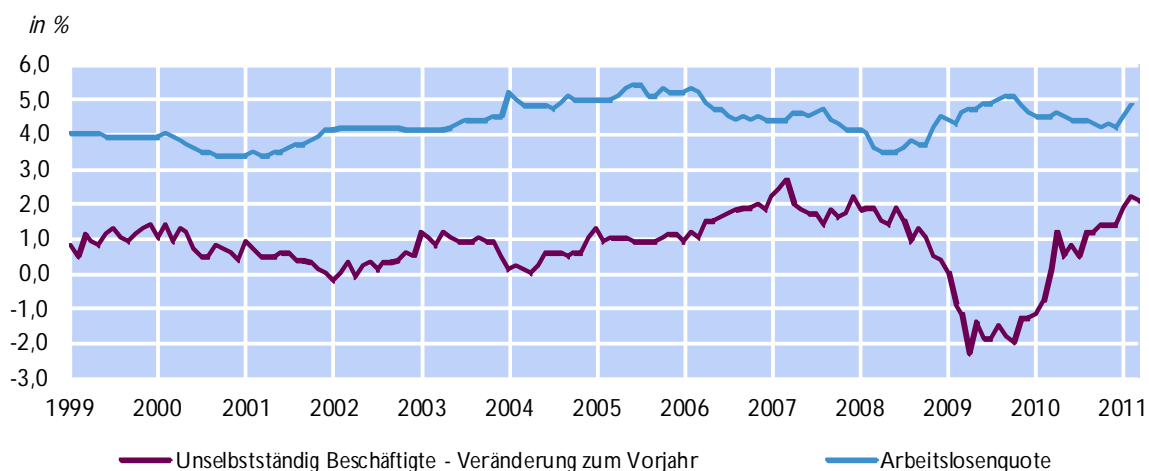
1) ÖNACE 2008, EU harmonisiert, arbeitstägig bereinigt.

2) EU-Definition: ohne Wärme- und Kälteversorgung (353) und Wasserversorgung und -entsorgung; Abfallentsorgung (Abschnitt E).

## Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich

Indikator	2008	2009	2010	Okt. 10	Nov. 10	Dez. 10	Jän. 11	Feb. 11
	Jahresdurchschnitt in %			in %				
<i>Arbeitslosenquote gesamt</i>								
<b>Euroraum</b>	7,5	9,4	10,0	10,1	10,0	10,0	10,0	9,9
<b>Österreich</b>	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,2	4,5	4,8
<i>Jugend-Arbeitslosenquote</i>								
<b>Euroraum</b>	15,5	19,5	20,2	19,9	20,0	19,7	19,6	19,4
<b>Österreich</b>	8,0	10,0	8,8	7,7	8,1	8,2	8,9	10,1

## Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes



Quelle: Eurostat.

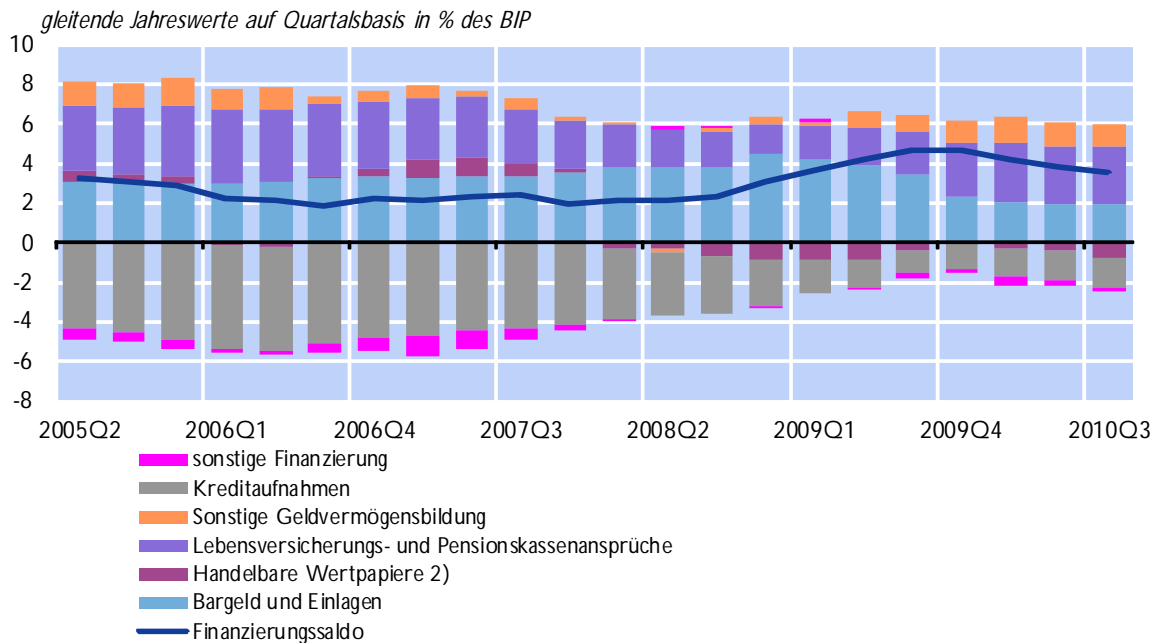
## Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

Periode	Unselbstständig Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Offene Stellen	
	in 1.000	Ver.z.Vj. in %	in 1.000	Ver.z.Vj. in %	laut AMS	laut EU-Konzept	in 1.000	Ver.z.Vj. in %
2008	3.388,6	1,3	212,3	-4,5	5,9	3,8	37,5	-1,9
2009	3.339,1	-1,5	260,3	22,6	7,2	4,8	27,2	-27,6
2010	3.360,2	0,6	250,8	-3,7	6,9	4,4	31,0	14,1
Mär.10	3.326,7	0,1	266,3	-1,8	7,4	4,5	28,1	2,3
Apr.10	3.324,4	1,2	249,7	-3,3	7,0	4,6	31,1	13,5
Mai.10	3.353,0	0,5	227,1	-5,3	6,3	4,5	33,1	19,0
Jun.10	3.387,1	0,8	212,8	-7,3	5,9	4,4	34,0	26,1
Jul.10	3.439,6	0,5	211,7	-8,9	5,8	4,4	35,2	30,2
Aug.10	3.433,6	1,2	218,4	-8,5	6,0	4,4	34,4	15,0
Sep.10	3.419,7	1,2	214,2	-8,7	5,9	4,3	35,1	20,3
Okt.10	3.386,6	1,4	226,1	-7,9	6,3	4,2	32,9	18,5
Nov.10	3.375,9	1,4	244,3	-5,2	6,7	4,3	29,7	15,9
Dez.10	3.343,8	1,4	302,3	-3,4	8,3	4,2	28,9	22,0
Jän.11	3.322,9	1,9	309,6	-4,3	8,5	4,5	29,2	25,2
Feb.11	3.343,0	2,2	292,3	-6,6	8,0	4,8	31,7	20,7
Mär.11	3.395,0	2,1	252,6	-5,2	6,9	..	32,7	16,4

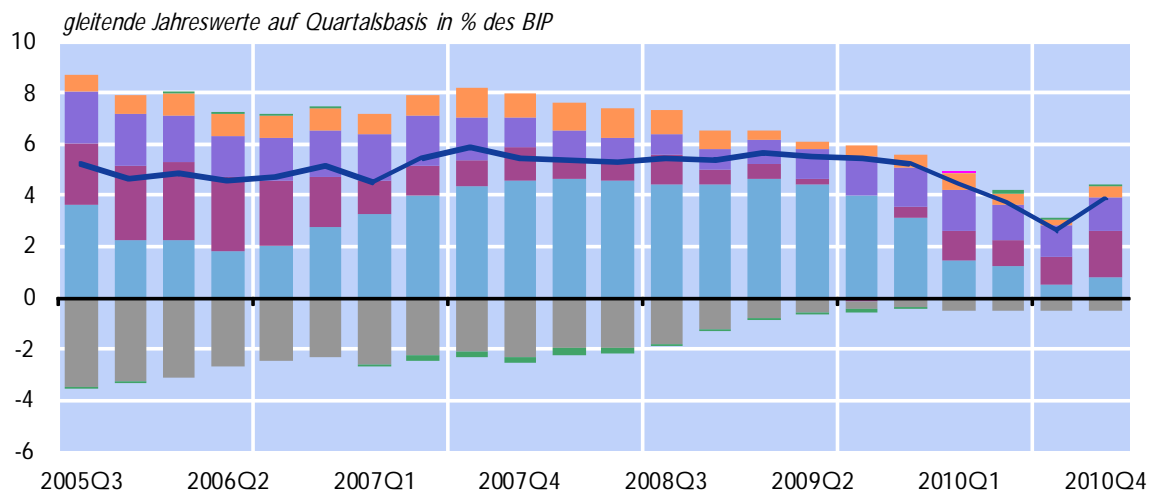
Quelle: Eurostat, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

## Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung des privaten Haushaltssektors<sup>1)</sup>

### Euroraum



### Österreich



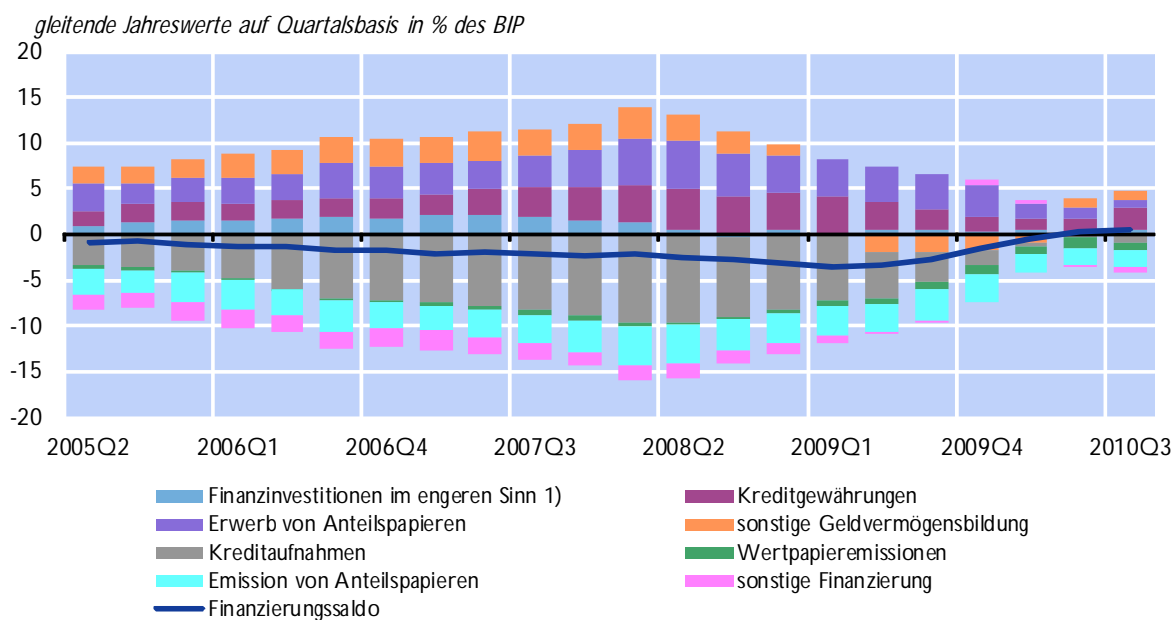
Quelle: EZB, OeNB.

1) inklusive Private Organisationen ohne Erwerbszweck.

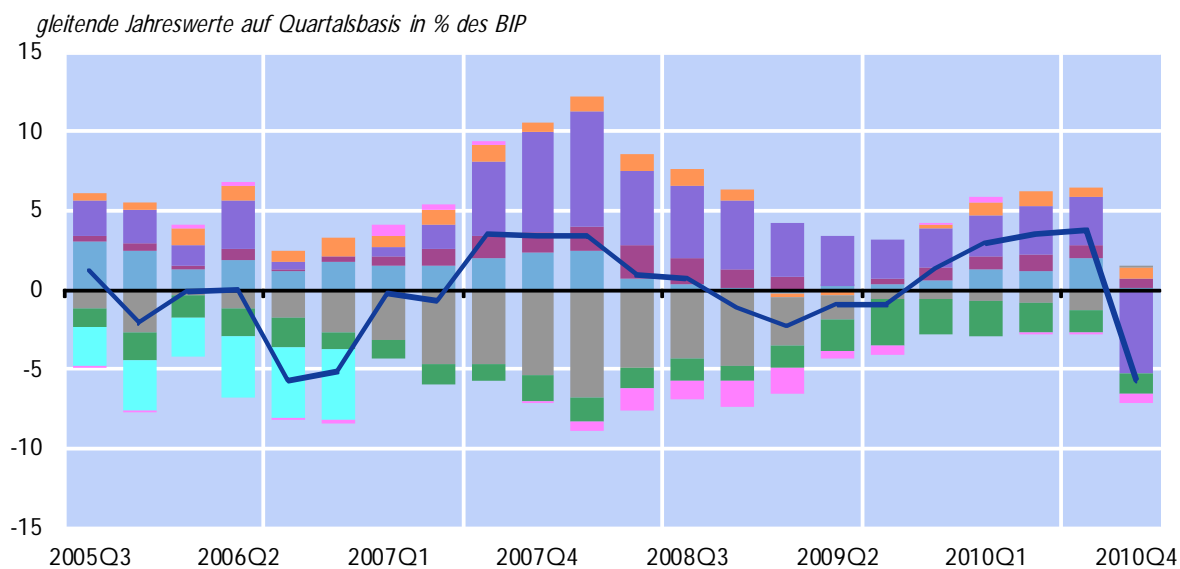
2) verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate.

## Finanzielle Investitionen und Außenfinanzierung nichtfinanzieller Unternehmen

### Euroraum



### Österreich



Quelle: EZB, OeNB.

1) Bargeld, Einlagen, verzinsliche Wertpapiere und Investmentzertifikate.

Euroraum<sup>1)</sup>

Salden	2007	2008	2009	2009		2010			
				Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
<i>in Mrd EUR</i>									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>10,7</b>	<b>-133,9</b>	<b>-49,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,7</b>	<b>-21,8</b>	<b>-20,4</b>	<b>-8,3</b>	<b>-7,6</b>
Güter	45,6	-18,3	39,4	13,9	19,9	2,7	3,4	8,3	9,8
Dienstleistungen	46,9	42,1	32,2	11,9	9,1	3,7	11,8	13,9	3,4
Einkommen	6,3	-58,3	-28,7	-3,4	2,3	7,1	-16,5	0,6	-1,1
Laufende Transfers	-88,2	-99,4	-92,6	-22,7	-19,6	-35,3	-19,0	-31,1	-19,7
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>4,6</b>	<b>9,8</b>	<b>6,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>3,4</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>-2,6</b>	<b>116,8</b>	<b>31,0</b>	<b>-22,2</b>	<b>-12,0</b>	<b>22,1</b>	<b>27,4</b>	<b>-7,9</b>	<b>26,1</b>
Direktinvestitionen	-90,1	-240,3	-74,5	-25,7	11,6	-40,3	-38,4	-37,4	30,3
Portfolioinvestitionen	127,1	303,8	264,8	57,3	30,7	16,6	110,7	-14,0	83,7
Finanzderivate	-66,9	-75,0	51,5	2,0	8,6	3,9	1,9	0,3	-4,2
Sonstige Investitionen	32,3	131,7	-215,4	-56,1	-62,9	46,5	-47,8	48,2	-82,1
Währungsreserven	-5,1	-3,4	4,6	0,3	0,0	-4,6	1,0	-5,0	-1,5
<b>Statistische Differenz</b>	<b>-12,6</b>	<b>7,3</b>	<b>12,6</b>	<b>21,4</b>	<b>-0,7</b>	<b>-2,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>14,7</b>	<b>-21,9</b>

Quelle: EZB.

1) Zuflüsse (+); Abflüsse (-). Währungsreserven: Zunahme (-); Abnahme (+).

## Österreich

Salden	2007	2008	2009 <sup>1)</sup>	2009 <sup>1)</sup>			2010 <sup>2)</sup>		
				Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
<i>in Mrd EUR</i>									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>9,6</b>	<b>13,8</b>	<b>8,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,7</b>	<b>2,9</b>	<b>3,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>
Güter	1,3	-0,6	-2,3	-0,3	-0,5	-0,8	-1,3	-0,4	-0,7
Dienstleistungen	11,2	14,2	12,9	1,7	1,9	3,6	5,9	1,9	2,0
Einkommen	-1,6	1,7	-0,8	-0,4	0,0	-0,3	-0,1	-0,5	0,1
Laufende Transfers	-1,2	-1,6	-1,7	-0,5	-0,6	0,3	-1,0	-0,6	-0,7
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>-11,5</b>	<b>-15,0</b>	<b>-4,7</b>	<b>0,2</b>	<b>-2,9</b>	<b>1,3</b>	<b>-2,7</b>	<b>5,1</b>	<b>1,6</b>
Direktinvestitionen	-5,5	-15,4	2,4	4,1	0,3	-0,3	-0,1	5,2	-4,6
Portfolioinvestitionen	22,7	26,5	-6,7	4,6	-6,3	-5,1	-8,2	4,6	-2,4
Finanzderivate	-0,7	0,3	0,5	-0,4	1,2	-0,3	0,7	-0,7	0,5
Sonstige Investitionen	-26,1	-27,0	-3,3	-8,5	1,9	6,8	4,9	-3,7	8,5
Währungsreserven <sup>3)</sup>	-1,9	0,6	2,4	0,4	0,1	0,2	-0,1	-0,3	-0,4
<b>Statistische Differenz</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>-3,5</b>	<b>-0,6</b>	<b>2,2</b>	<b>-4,5</b>	<b>-1,3</b>	<b>-5,5</b>	<b>-2,3</b>

Quelle: OeNB; Transaktionen.

1) Revidierte Daten.

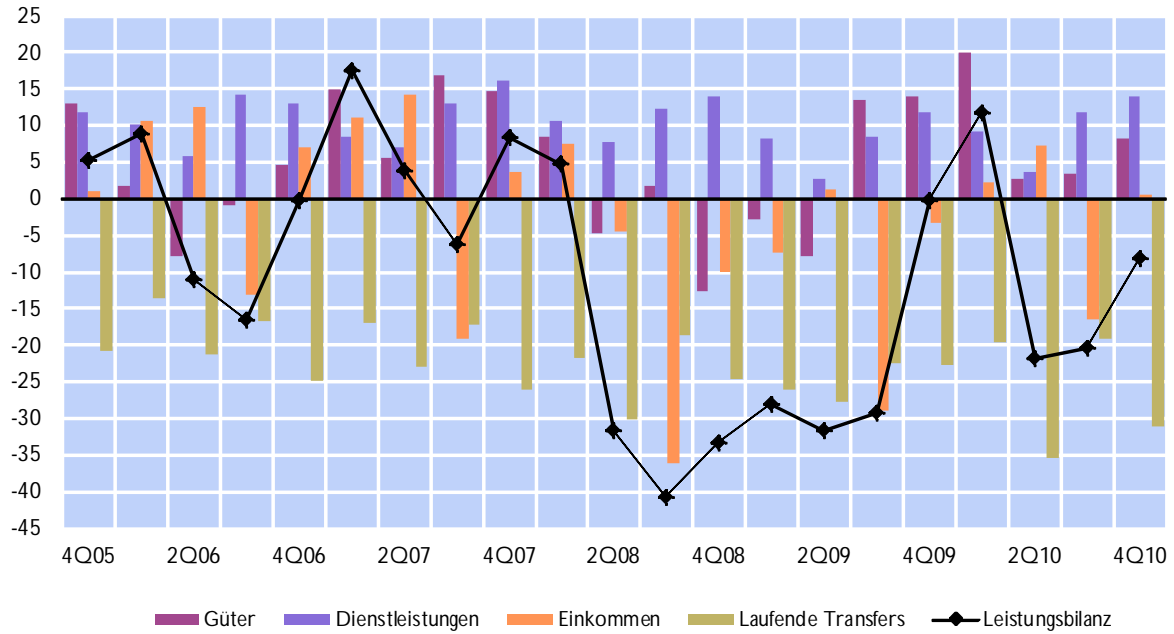
2) Vorläufige Daten.

3) OeNB: Gold, Devisen, IWF-Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

## Leistungsbilanz - Euroraum

### Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo

in Mrd EUR

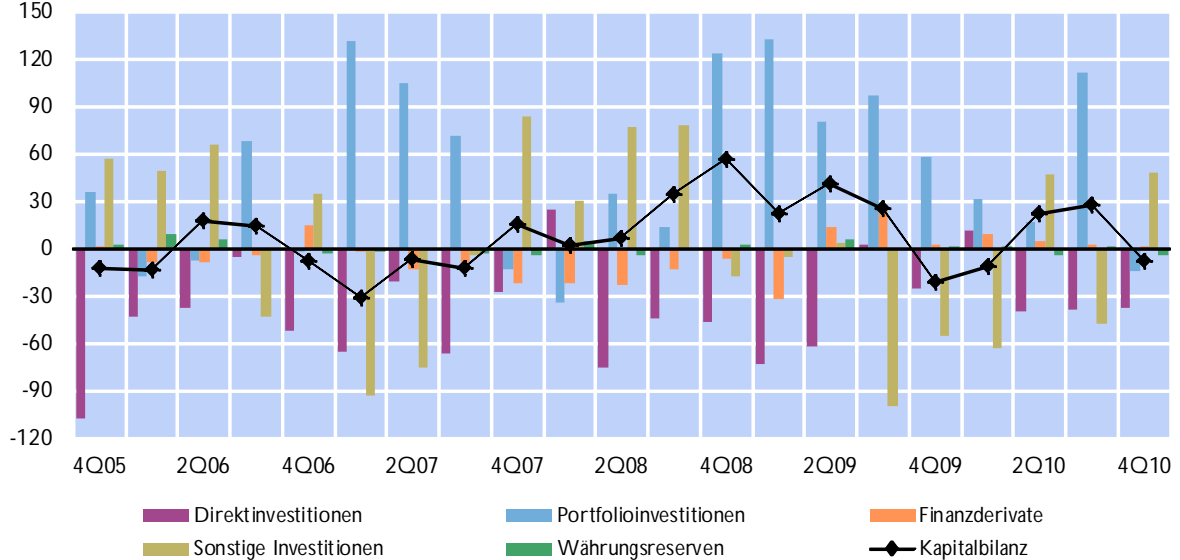


Quelle: EZB.

## Kapitalbilanz - Euroraum

### Teilkomponenten der Kapitalbilanz

in Mrd EUR

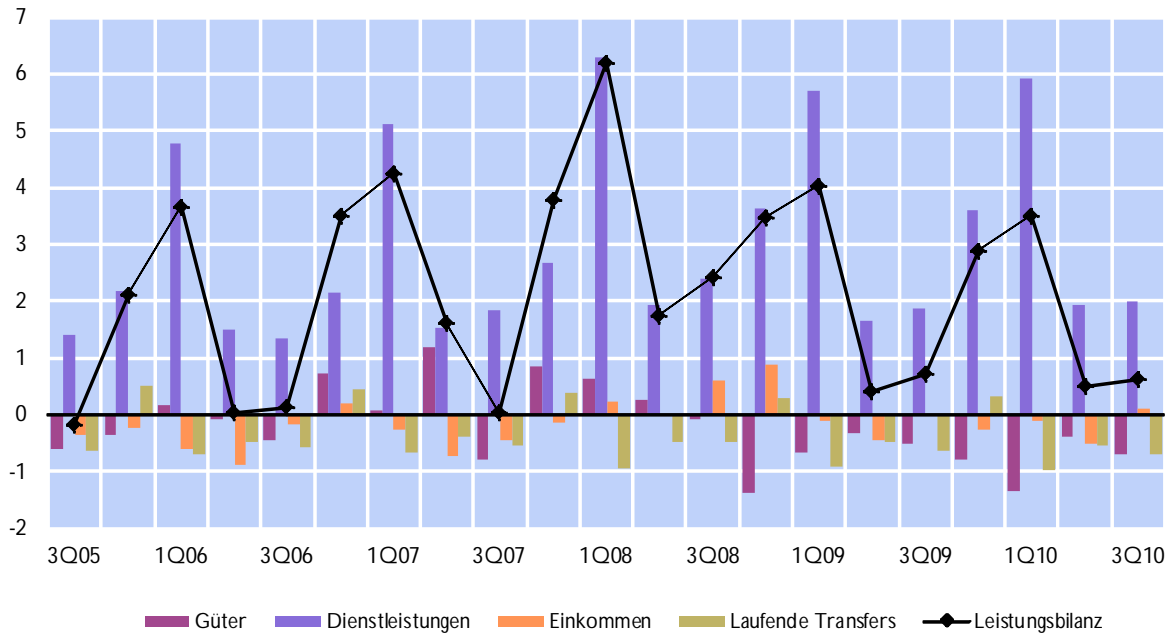


Quelle: EZB.

## Leistungsbilanz - Österreich

### Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo

in Mrd EUR

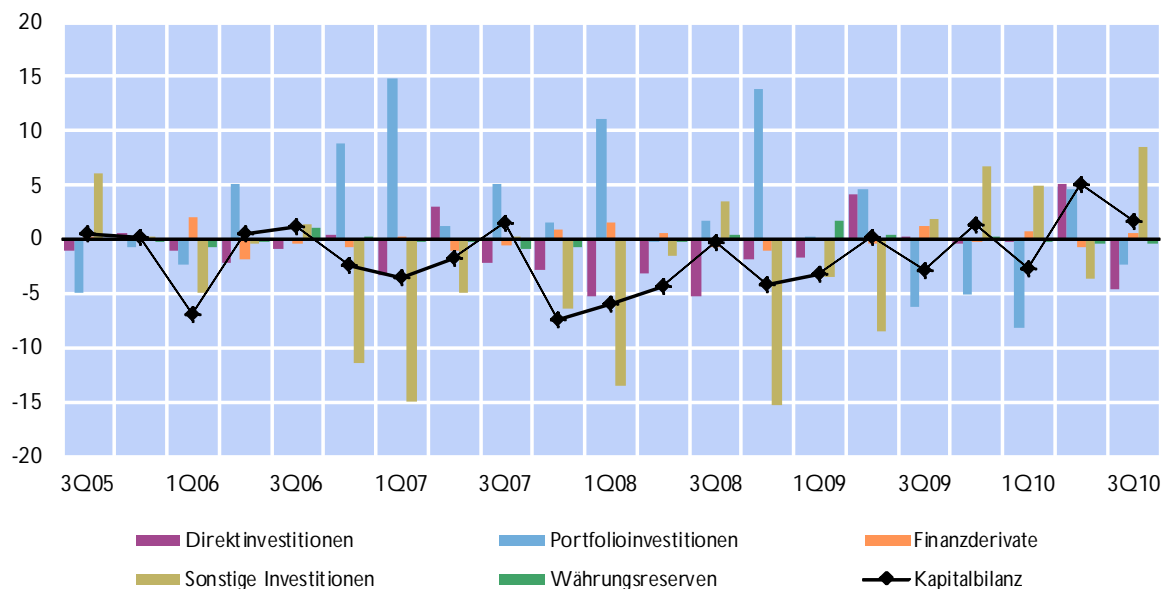


Quelle: OeNB, Statistik Austria.

## Kapitalbilanz - Österreich

### Teilkomponenten der Kapitalbilanz

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

## Budgetäre Notifikation (Maastricht) vom März 2011

<i>in Mrd EUR</i>	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-2,4</b>	<b>-2,6</b>	<b>-11,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>-11,5</b>
Bundessektor	-2,4	-3,0	-8,8	-10,4	-9,2
Länder (ohne Wien)	0,1	0,1	-1,9	-1,9	-1,7
Gemeinden (mit Wien)	0,2	0,1	-0,8	-1,4	-0,6
Sozialversicherungsträger	-0,3	0,1	0,2	0,5	0,0
<b>Zinszahlungen</b>	<b>7,5</b>	<b>7,3</b>	<b>7,6</b>	<b>7,6</b>	<b>8,4</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>5,2</b>	<b>4,7</b>	<b>-3,7</b>	<b>-5,6</b>	<b>-3,1</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>165,0</b>	<b>180,5</b>	<b>191,0</b>	<b>205,2</b>	<b>218,6</b>

<i>in % des BIP</i>	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-0,9</b>	<b>-0,9</b>	<b>-4,1</b>	<b>-4,6</b>	<b>-3,9</b>
Bundessektor	-0,9	-1,1	-3,2	-3,7	-3,1
Länder (ohne Wien)	0,0	0,0	-0,7	-0,7	-0,6
Gemeinden (mit Wien)	0,1	0,0	-0,3	-0,5	-0,2
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,0
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>-1,3</b>	<b>-2,0</b>	<b>-1,0</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>60,7</b>	<b>63,8</b>	<b>69,6</b>	<b>72,3</b>	<b>73,6</b>

Quelle: Statistik Austria, BMF (2011).

## Budgetbericht 2011 vom November 2010

<i>in % des BIP</i>	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,5</b>	<b>-3,5</b>	<b>-4,5</b>	<b>-3,2</b>
Bundessektor	-0,5	-0,7	-2,7	-3,6	-2,6
Länder und Gemeinden	0,2	0,1	-0,9	-1,0	-0,6
Sozialversicherungsträger	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Staat:</b>					
Gesamteinnahmen	47,9	48,2	48,8	48,3	48,7
Gesamtausgaben	48,3	48,7	52,3	52,7	51,9
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,7</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>2,3</b>	<b>2,1</b>	<b>-0,8</b>	<b>-1,8</b>	<b>-0,5</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>59,3</b>	<b>62,5</b>	<b>67,5</b>	<b>70,2</b>	<b>71,3</b>

Quelle: BMF.

## Gebarungserfolg des Bundes im Februar 2011

Indikator	Februar	Jänner bis Februar	Bundesvoranschlag
	2011	2011	2011
<i>in Mio EUR</i>			
Allgemeiner Haushalt			
Ausgaben	5.690	12.557	70.162
Personalausgaben	1.032	2.339	10.850
Sachausgaben	4.658	10.218	59.312
Einnahmen	7.372	10.340	62.540
Saldo <sup>1)</sup>	1.682	-2.217	-7.622

Quelle: BMF.

## Abgabenerfolg des Bundes im Februar 2011

Indikator	Februar	Jänner bis Februar	Bundesvoranschlag
	2011	2011	2011
<i>in Mio EUR</i>			
Einkommen- und Vermögensteuern	3.486	5.386	33.106
davon:			
veranlagte Einkommensteuer	625	558	2.500
Körperschaftsteuer	867	842	4.500
Lohnsteuer	1.670	3.440	21.600
Kapitalertragsteuer	52	140	1.300
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	63	123	1.730
Umsatzsteuern	2.275	4.281	23.600
Verbrauchssteuern	257	539	6.236
Verkehrssteuern	455	728	5.251
Übrige Abgaben <sup>2)</sup>	217	320	787
<b>Öffentliche Abgaben brutto</b>	<b>6.689</b>	<b>11.255</b>	<b>68.980</b>
Überweisungen an andere öffentl. Rechtsträger (Länder, Gem., Fonds)	2.189	4.721	25.104
Überweisungen an die EU	688	908	2.400
<b>Öffentliche Abgaben netto<sup>3)</sup></b>	<b>3.812</b>	<b>5.626</b>	<b>41.476</b>

1) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.

2) Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben, Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben.

3) Steuereinnahmen des Bundes.

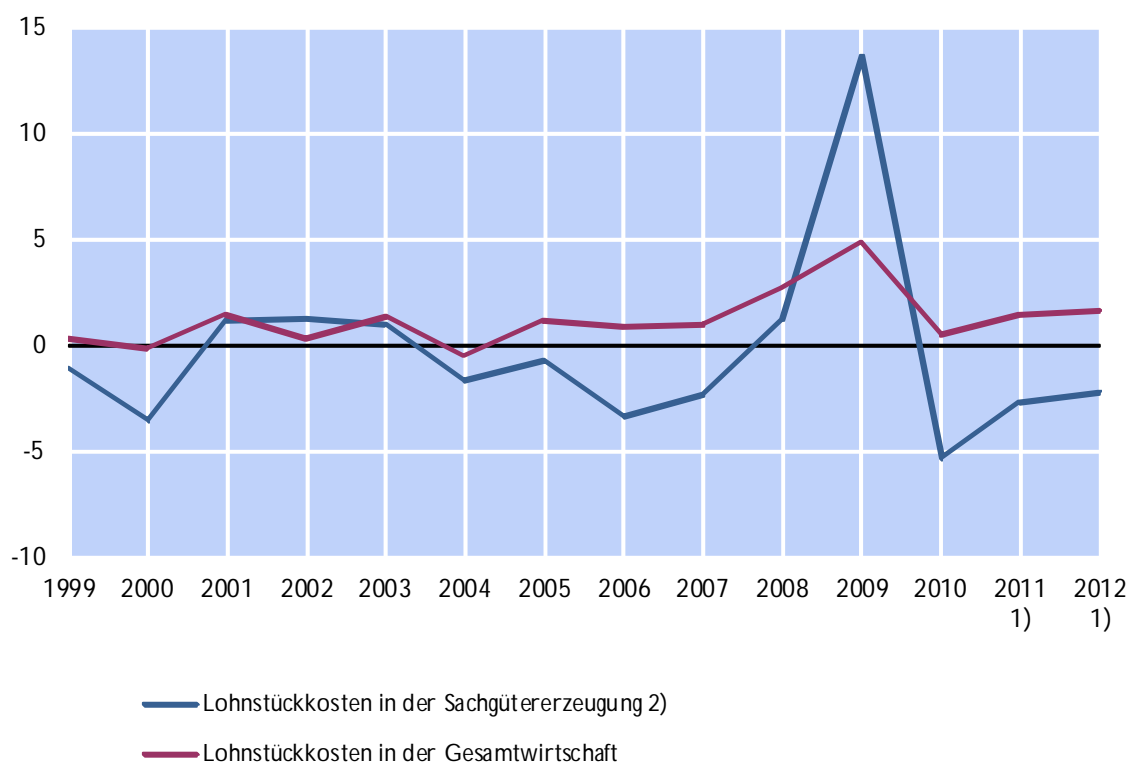
Quelle: BMF.

## Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit

Indikator	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011 <sup>1)</sup>	2012 <sup>1)</sup>
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Produktivität - Gesamtwirtschaft	2,2	1,3	2,1	2,0	0,0	-3,1	1,1	1,1	1,3
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,8	2,4	3,2	3,1	2,9	1,5	1,6	2,5	2,9
Lohnstückkosten - Gesamtwirtschaft	-0,6	1,1	0,9	0,9	2,7	4,8	0,4	1,4	1,6
Lohnstückkosten - Sachgütererzeugung <sup>2)</sup>	-1,7	-0,7	-3,4	-2,3	1,1	13,5	-5,4	-2,7	-2,3
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit <sup>3)</sup>	1,0	-1,0	-0,5	0,7	0,6	0,4	-2,7	-0,2	-0,4

### Entwicklung der Lohnstückkosten

*Veränderung zum Vorjahr in %*



Quelle: WIFO.

1) WIFO-Prognose vom April 2011.

2) Jahr 2010 - WIFO-Prognose vom April 2011.

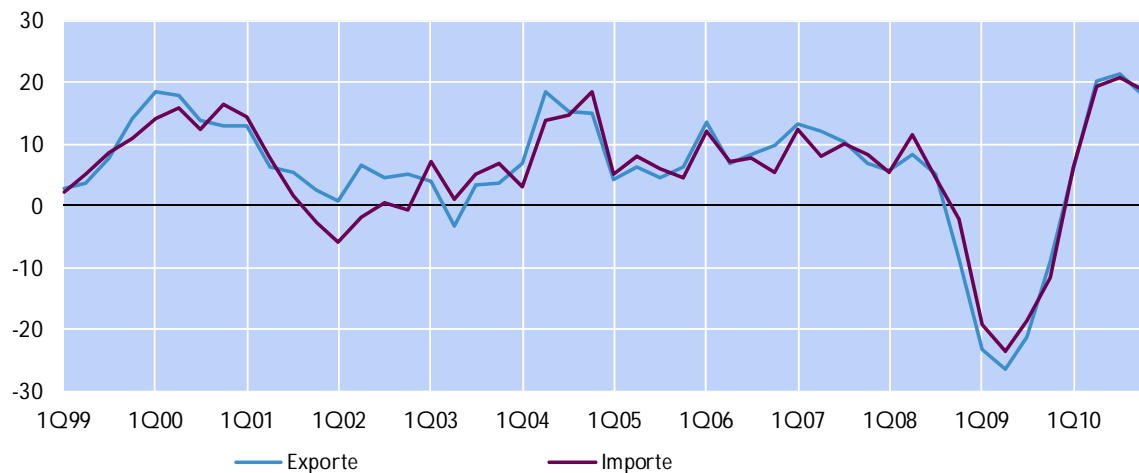
3) Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

## Österreichischer Außenhandel

Periode	Export	Import	Kumulativ					
			Veränderung zum Vorjahr in %		Export		Import	Saldo
			Mio EUR	% VJP	Mio EUR	% VJP	Mio EUR	
2006	9,5	8,0	103.742	9,5	104.201	8,0	-459	
2007	10,5	9,6	114.680	10,5	114.255	9,6	425	
2008	2,5	4,7	117.525	2,5	119.568	4,7	-2.043	
2009	-20,2	-18,4	93.739	-20,2	97.574	-18,4	-3.835	
2010	16,5	16,3	109.193	16,5	113.452	16,3	-4.260	
4Q09	-9,0	-11,8	93.739	-20,2	97.574	-18,4	-3.835	
1Q10	6,1	6,2	24.169	6,1	25.327	6,2	-1.157	
2Q10	20,3	19,2	51.678	13,2	53.637	12,7	-1.960	
3Q10	21,4	20,7	79.799	16,0	82.854	15,4	-3.055	
4Q10	17,9	18,8	109.193	16,5	113.452	16,3	-4.260	
Jän.10	-2,7	-2,1	6.864	-2,7	7.251	-2,1	-388	
Feb.10	6,3	5,6	14.717	1,9	15.471	1,9	-754	
Mär.10	13,4	13,6	24.169	6,1	25.327	6,2	-1.157	
Apr.10	17,0	10,1	33.045	8,8	34.480	7,2	-1.435	
Mai.10	18,9	22,1	41.943	10,8	43.685	10,0	-1.742	
Jun.10	24,8	26,1	51.678	13,2	53.637	12,7	-1.960	
Jul.10	18,0	15,8	61.331	13,9	63.198	13,1	-1.868	
Aug.10	28,8	27,4	69.723	15,5	72.163	14,7	-2.440	
Sep.10	18,9	19,9	79.799	16,0	82.854	15,4	-3.055	
Okt.10	12,8	17,9	89.626	15,6	93.188	15,6	-3.562	
Nov.10	20,4	21,5	100.091	16,1	103.762	16,2	-3.671	
Dez.10	21,0	16,9	109.193	16,5	113.452	16,3	-4.260	
Jän.11	26,3	27,3	8.667	26,3	9.230	27,3	-564	

### Exporte und Importe

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

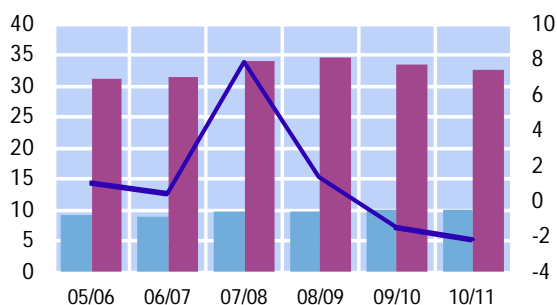
## Tourismus: Übernachtungen in Österreich

Periode	Insgesamt		davon Inländer		davon Ausländer	
	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %
2008	126.719	4,3	33.879	2,6	92.840	5,0
2009	124.307	-1,9	34.443	1,7	89.864	-3,2
2010	124.829	0,4	35.007	1,6	89.821	0,0
Feb.10	15.901	-1,2	3.217	-0,4	12.684	-1,4
Mär.10	12.614	12,9	2.854	6,8	9.760	14,8
Apr.10	6.599	-12,7	2.038	-5,2	4.561	-15,7
Mai.10	6.509	3,4	2.560	-2,2	3.949	7,4
Jun.10	8.408	-2,0	3.059	4,9	5.349	-5,5
Jul.10	14.946	2,9	4.337	3,4	10.609	2,8
Aug.10	16.774	0,5	4.690	-1,8	12.083	1,4
Sep.10	9.573	0,8	3.075	1,7	6.499	0,4
Okt.10	6.266	2,9	2.441	4,2	3.825	2,0
Nov.10	3.841	7,9	1.849	5,2	1.992	10,5
Dez.10	9.524	-6,1	2.050	-4,3	7.474	-6,6
Jän.11	14.411	3,9	2.696	-5,0	11.715	6,1
Feb.11	14.768	-7,1	3.472	7,9	11.296	-10,9
Jänner bis Februar						
2010	29.774	-1,4	6.054	3,4	23.720	-2,5
2011	29.179	-2,0	6.168	1,9	23.010	-3,0
Sommerseason						
Mai bis Oktober						
2009	61.674	-1,2	19.868	2,0	41.806	-2,6
2010	62.476	1,3	20.162	1,5	42.314	1,2
Wintersaison						
November bis Februar						
2009/2010	43.483	-1,5	9.954	2,4	33.529	-2,7
2010/2011	42.544	-2,2	10.067	1,1	32.477	-3,1

### Wintersaison

#### November bis Februar

in Mio Übernachtungen      Veränderung zum Vorjahr in %



■ Inländer (linke Achse)  
■ Ausländer (linke Achse)  
— Insgesamt (rechte Achse)

### Sommersaison

#### Mai bis Oktober

in Mio Übernachtungen      Veränderung zum Vorjahr in %



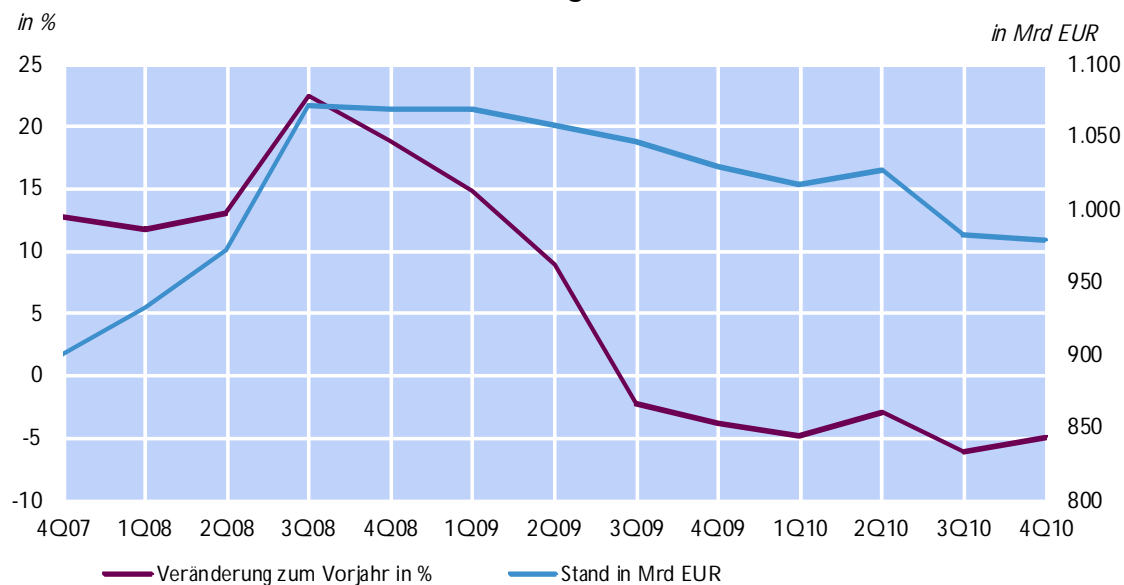
■ Inländer (linke Achse)  
■ Ausländer (linke Achse)  
— Insgesamt (rechte Achse)

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute

Bilanzpositionen	4. Quartal 2010						
	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		seit Jänner		zum Vorjahr (Jahresabstand)	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %
<b>1. Aktiva</b>							
Kassenliquidität	12.270	5.265	75,2	-699	-5,4	-699	-5,4
Forderungen an inl. Kreditinstitute	210.771	428	0,2	-31.208	-12,9	-31.208	-12,9
Direktkredite an inl. Nichtbanken	311.092	2.105	0,7	8.829	2,9	8.829	2,9
<i>in EUR</i>	253.767	223	0,1	3.819	1,5	3.819	1,5
<i>in Fremdwährung</i>	57.325	1.883	3,4	5.010	9,6	5.010	9,6
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	30.697	955	3,2	5.162	20,2	5.162	20,2
<i>in EUR</i>	30.488	967	3,3	4.995	19,6	4.995	19,6
<i>in Fremdwährung</i>	209	-12	-5,5	167	403,6	167	403,6
Sonstige Inlandsforderungen	88.884	1.169	1,3	-12.103	-12,0	-12.103	-12,0
Auslandsforderungen	319.082	-12.644	-3,8	-18.496	-5,5	-18.496	-5,5
<b>2. Passiva</b>							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	206.127	7.200	3,6	-36.242	-15,0	-36.242	-15,0
Einlagen von inländischen Nichtbanken	281.602	-5.111	-1,8	2.378	0,9	2.378	0,9
<i>in EUR</i>	277.407	-4.551	-1,6	1.547	0,6	1.547	0,6
<i>in Fremdwährung</i>	4.195	-561	-11,8	831	24,7	831	24,7
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	116.516	-1.150	-1,0	1.077	0,9	1.077	0,9
<i>in EUR</i>	109.360	-1.638	-1,5	-104	-0,1	-104	-0,1
<i>in Fremdwährung</i>	7.156	488	7,3	1.181	19,8	1.181	19,8
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	130.220	9.799	8,1	-4.741	-3,5	-4.741	-3,5
Auslandsverbindlichkeiten	238.445	-13.371	-5,3	-10.933	-4,4	-10.933	-4,4
<b>3. Bilanzsumme</b>	<b>978.635</b>	<b>-3.988</b>	<b>-0,4</b>	<b>-50.408</b>	<b>-4,9</b>	<b>-50.408</b>	<b>-4,9</b>

Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

## Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute

Ertragspositionen	1.-4. Quartal 2008		1.-4. Quartal 2009		1.-4. Quartal 2010	
	<i>in Mrd EUR</i>	<i>Ver.z.Vj. in %<sup>1)</sup></i>	<i>in Mrd EUR</i>	<i>Ver.z.Vj. in %<sup>1)</sup></i>	<i>in Mrd EUR</i>	<i>Ver.z.Vj. in %<sup>1)</sup></i>
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge	45,85	21,7	32,75	-28,6	26,87	-18,0
2. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	37,60	24,3	23,98	-36,2	17,75	-26,0
<b>I. Nettozinsertrag (1. - 2.)</b>	8,25	11,5	8,77	6,3	9,12	4,0
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	7,19	104,3	3,33	-53,7	4,03	21,0
4. Saldo Ertrag/Aufwand aus Provisionen	4,22	-10,5	3,61	-14,5	3,95	9,6
5. Saldo Ertrag/Aufwand aus Finanzgeschäften	-0,81	-380,1	0,49	-159,9	0,66	36,6
6. Sonstige betriebliche Erträge	1,70	7,0	1,66	-2,4	1,94	16,8
<b>II. Betriebserträge (I. + 3. + 4. + 5. + 6.)</b>	20,55	17,3	17,85	-13,1	19,71	10,4
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	9,73	6,1	9,46	-2,7	9,74	2,9
<i>davon Personalaufwand</i>	5,78	5,6	5,70	-1,4	5,80	1,8
<i>davon Sachaufwand</i>	3,95	6,7	3,77	-4,7	3,94	4,6
8. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	0,64	4,4	0,56	-12,8	0,55	-1,2
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1,05	-1,5	1,06	1,0	1,25	18,4
<b>III. Betriebsaufwendungen (7. + 8. + 9.)</b>	11,42	5,2	11,08	-2,9	11,55	4,2
<b>IV. Betriebsergebnis (II. - III.)</b>	9,13	37,1	6,77	-25,9	8,16	20,5
<b>Quartalsweise aktualisierte Vorschauwerte</b>						
<b>V. Erwartetes Jahresbetriebsergebnis</b>	9,12	35,3	6,73	-26,2	8,18	21,5
10. Saldo aus Wertberichtigung auf Forderungen u. Zuführungen zu Rückstellungen f. Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung (exkl. Wertpapiere)	4,20	108,8	4,42	5,3	2,80	-36,6
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung	2,80	-751,0	4,09	46,0	0,52	-87,3
<b>VI. Erwartetes Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit (IV. - 10. - 11.)</b>	2,12	-59,0	-1,78	-184,2	4,86	-372,5
12. Erwartetes a.o. Ergebnis (Ertrag + / Aufwand -)	0,03	92,5	2,23	8.595,9	-0,02	-100,8
13. Erwartete Steuern von Einkommen, Ertrag und sonstige Steuern	0,26	-33,3	0,40	57,0	0,61	50,7
<b>VII. Erwarteter Jahresüberschuss (+)/-Fehlbetrag (-) (V.+ 12. - 13.)</b>	1,89	-60,6	0,04	-97,7	4,23	9686,0

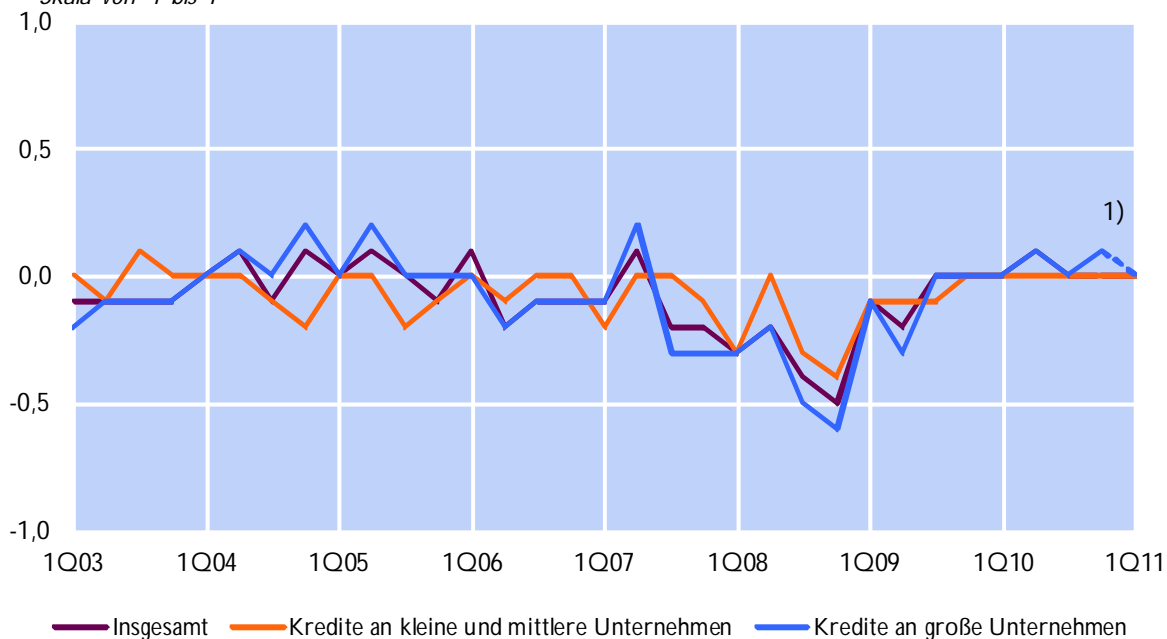
Quelle: OeNB.

1) Die Veränderungen wurden für die Basis "in Mio EUR" errechnet und anschließend gerundet.

## Umfrage über das Kreditgeschäft - Bank Lending Survey: Veränderung der Kreditrichtlinien in den letzten drei Monaten

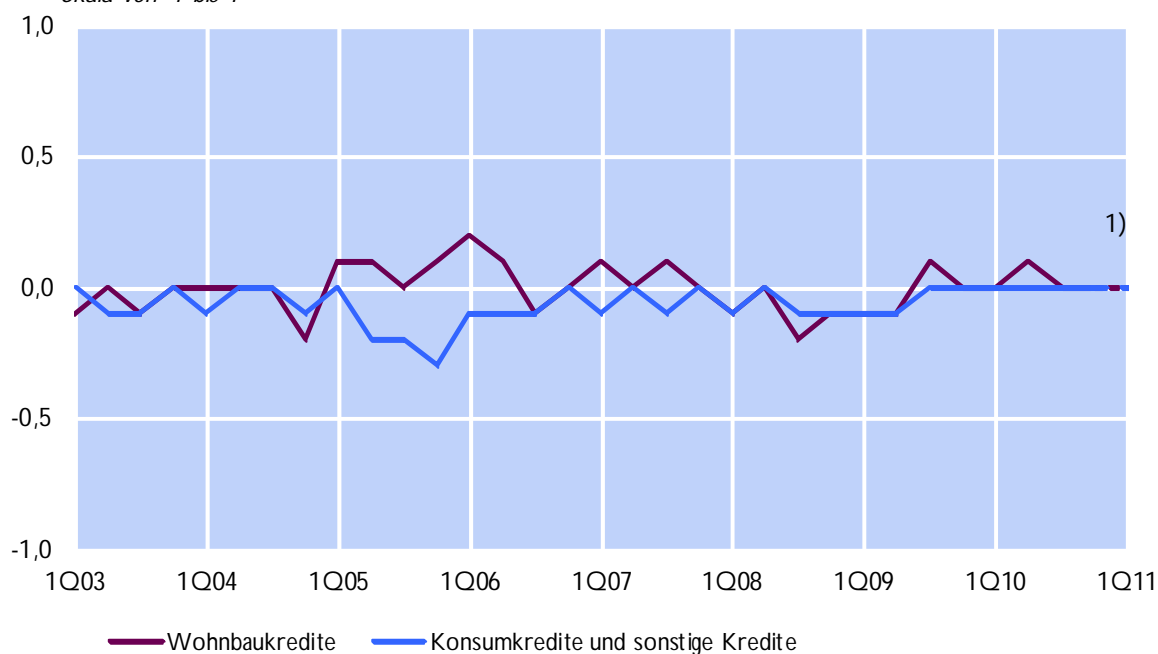
### an Unternehmen

Skala von -1 bis 1



### an Private Haushalte

Skala von -1 bis 1



Quelle: OeNB.

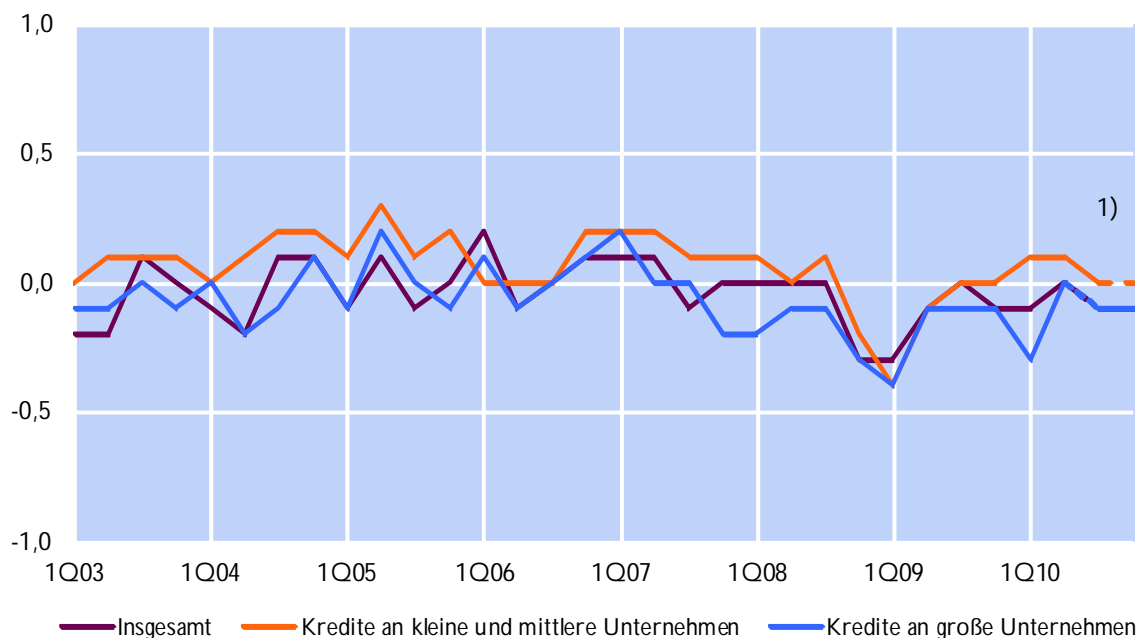
1) Strichlierte Linie: Einschätzung der Banken über die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

-1... Deutlich verschärft, -0,5 ... Leicht verschärft, 0 ... Nicht verändert, 0,5 ... Leicht gelockert, 1 ... Deutlich gelockert

## Umfrage über das Kreditgeschäft - Bank Lending Survey: Veränderung der Nachfrage nach Krediten in den letzten 3 Monaten

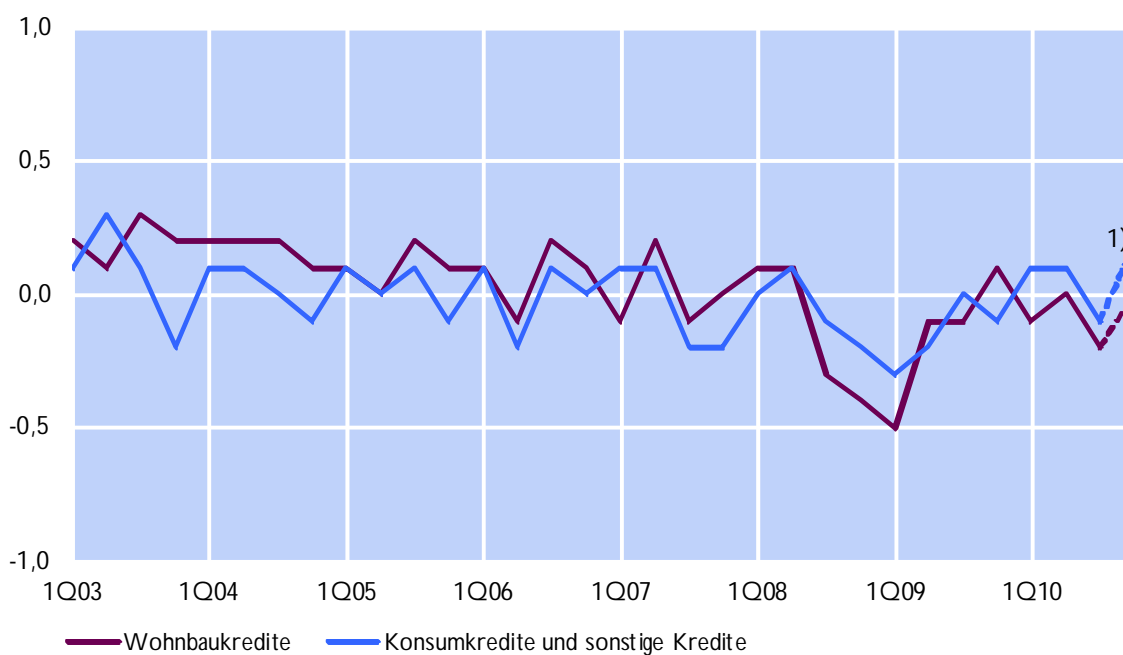
### an Unternehmen

Skala von -1 bis 1



### an Private Haushalte

Skala von -1 bis 1



Quelle: OeNB.

1) Strichlierte Linie: Einschätzung der Banken über die Entwicklung in den nächsten drei Monaten.

-1... Deutlich verschärft, -0,5 ... Leicht verschärft, 0 ... Nicht verändert, 0,5 ... Leicht gelockert, 1 ... Deutlich gelockert

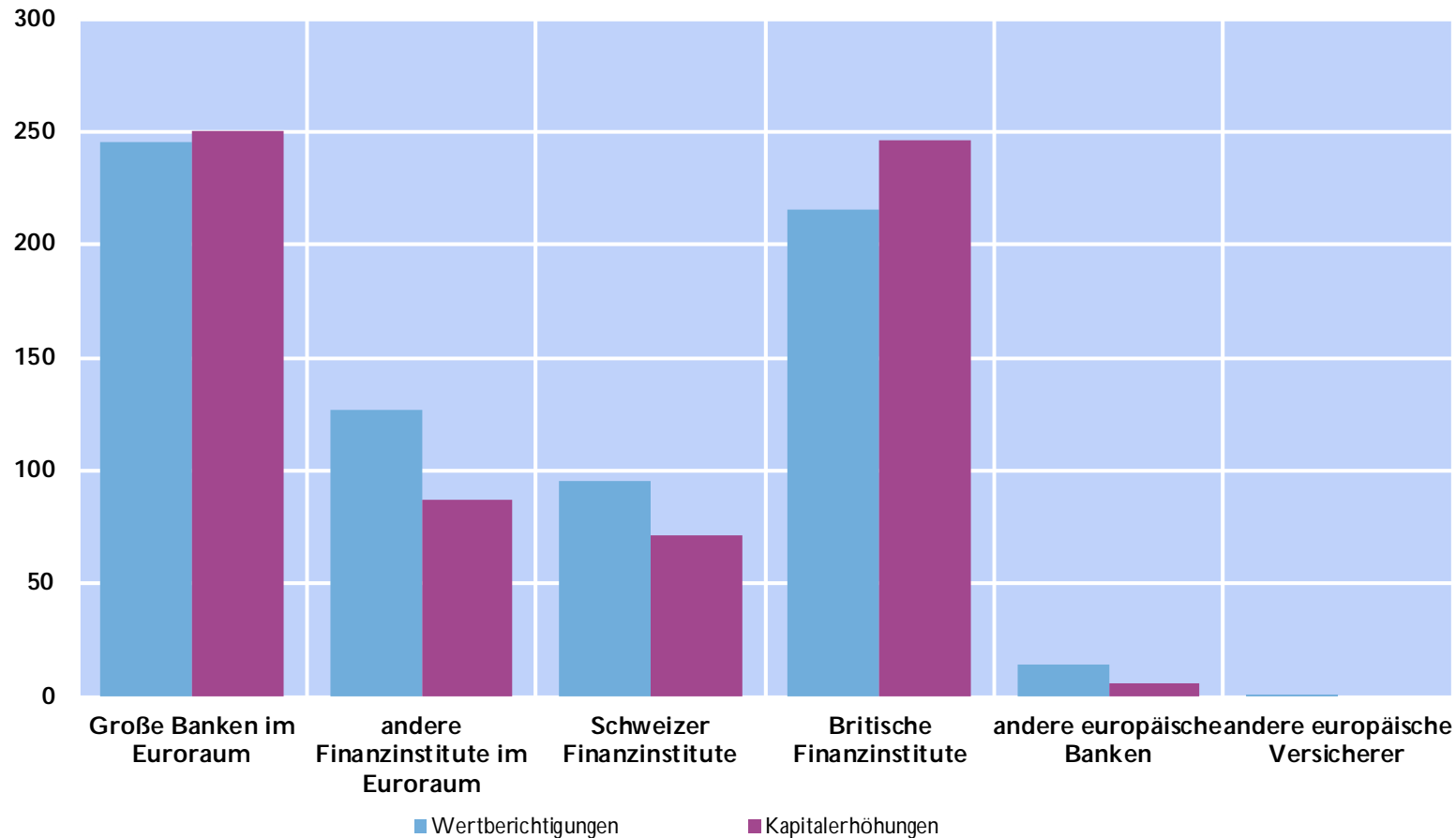
## Forderungen österreichischer Banken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Länder	2006	2007	2008	09Q01	09Q02	09Q03	09Q04	10Q01	10Q02	10Q03	10Q04
	<i>in Mio EUR</i>										
Tschechische Republik	27.562	33.137	39.023	39.318	40.058	43.310	42.622	45.283	45.383	46.181	46.032
Rumaenien	26.986	29.108	30.271	30.277	30.130	28.319	29.375	29.523	29.220	28.614	29.949
Ungarn	19.332	22.777	26.572	25.395	26.325	26.269	25.871	27.226	26.743	26.412	25.527
Kroatien	19.158	23.145	16.633	16.791	17.485	17.287	25.927	26.012	26.557	25.452	25.345
Slowakei	17.300	19.567	26.712	20.236	20.627	21.055	21.764	21.707	21.736	21.371	21.330
Slowenien	6.936	9.709	6.994	6.937	6.936	7.102	11.613	11.396	11.693	11.715	11.599
Russische Foederation	9.574	13.643	16.170	14.971	12.794	9.602	9.472	10.217	11.740	11.137	11.498
Polen	8.518	10.126	11.123	9.504	9.637	9.694	9.913	10.744	10.815	10.860	11.118
Ukraine	4.567	7.848	7.761	7.879	7.258	6.607	6.340	7.098	7.564	6.837	6.805
Republik Serbien	5.542	6.801	4.232	4.056	4.162	4.034	6.030	5.904	5.625	5.571	5.203
Bosnien und Herzegowina	3.286	4.596	2.931	2.966	2.868	2.862	5.113	5.094	5.065	4.944	4.887
Bulgarien	2.660	3.500	3.763	3.705	3.596	4.027	4.319	4.182	4.116	3.936	3.968
Albanien	1.564	1.721	1.923	1.780	1.836	1.810	1.739	1.761	1.843	1.829	1.873
Weissrussland	808	1.130	1.644	1.427	1.251	1.287	1.250	1.169	1.367	1.225	1.436
Tuerkei	796	1.624	1.901	773	724	665	625	688	821	888	962
Republik Montenegro	147	543	95	245	92	128	745	741	738	774	766
Lettland	311	490	287	435	407	395	469	426	395	370	359
Mazedonien	21	91	213	162	162	170	231	244	253	285	260
Kasachstan	362	642	456	451	320	335	247	250	268	230	240
Litauen	394	247	175	174	187	179	177	180	173	172	174
Moldawien	30	61	260	242	226	204	224	204	208	184	161
Estland	240	195	178	176	174	167	110	106	105	99	82
Aserbeidschan	27	58	158	142	92	45	42	42	43	30	53
Andere	10	15	17	20	16	11	11	21	28	32	37
<b>Gesamt</b>	<b>156.131</b>	<b>190.775</b>	<b>199.493</b>	<b>188.062</b>	<b>187.363</b>	<b>185.564</b>	<b>204.228</b>	<b>210.218</b>	<b>212.499</b>	<b>209.150</b>	<b>209.665</b>

Quelle: OeNB.

Seite A45

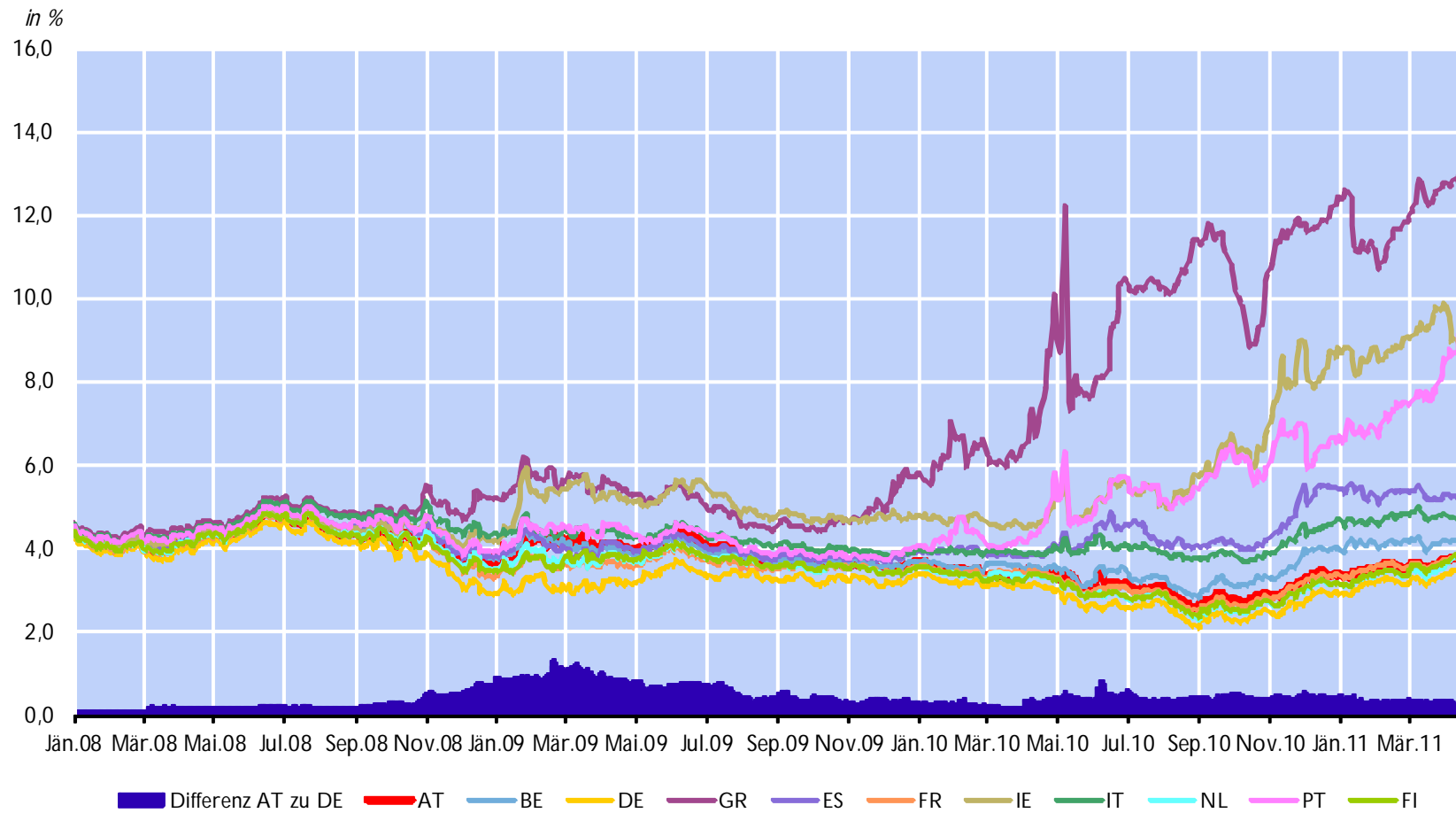
## Turbulenzen-bedingte Wertberichtigungen und Kapitalerhöhungen von Banken und Versicherungen ab dem 2. Halbjahr 2007



Quelle: Bloomberg.

keine Bereinigung um Wechselkurseffekte

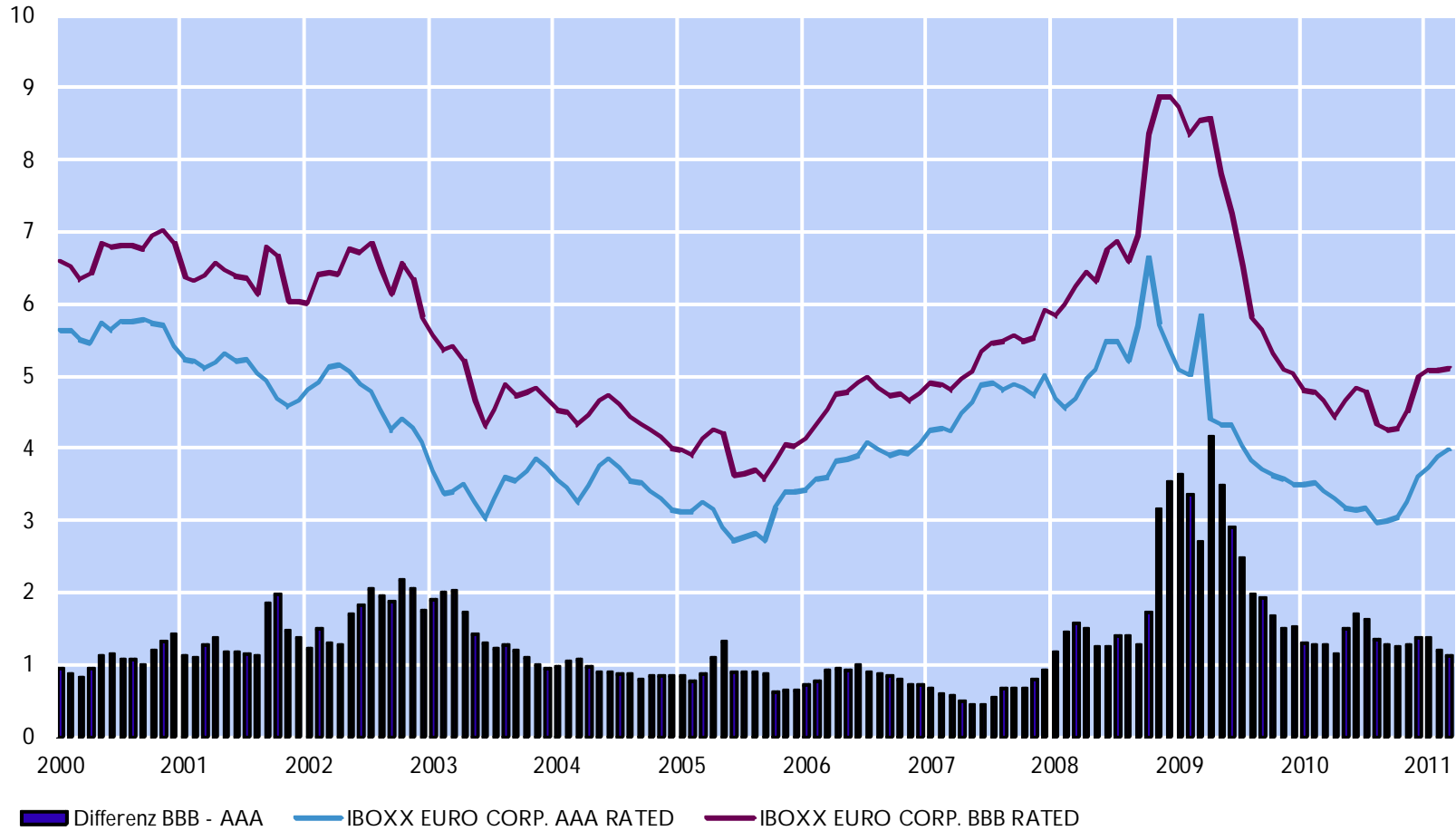
## Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Thomson Reuters, EZB.

## Renditen für Unternehmensanleihen im Euroraum AAA und BBB

in %



Quelle: Thomson Reuters.

## Entwicklung der Verbraucherpreise<sup>1)</sup>

Land	Prognose <sup>2)</sup>								
	2008	2009	2010	2011	2012	Dez.10	Jän.11	Feb.11	Mär.11
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Belgien	4,5	0,0	2,3	2,9	2,3	3,4	3,7	3,5	3,5
Zypern	4,4	0,2	2,6	3,9	2,8	1,9	3,0	3,1	3,2
Deutschland	2,8	0,2	1,2	2,2	1,5	1,9	2,0	2,2	2,3
Estland	10,6	0,2	2,7	4,7	2,1	5,4	5,1	5,5	5,1
Irland	3,1	-1,7	-1,6	0,5	0,5	-0,2	0,2	0,9	1,2
Griechenland	4,2	1,3	4,7	2,5	0,5	5,2	4,9	4,2	4,3
Spanien	4,1	-0,2	2,0	2,6	1,5	2,9	3,0	3,4	3,3
Frankreich	3,2	0,1	1,7	2,1	1,7	2,0	2,0	1,8	2,2
Italien	3,5	0,8	1,6	2,0	2,1	2,1	1,9	2,1	2,8
Luxemburg	4,1	0,0	2,8	3,5	1,7	3,1	3,4	3,9	4,0
Malta	4,7	1,8	2,0	3,0	2,6	4,0	3,3	2,7	2,8
Niederlande	2,2	1,0	0,9	2,3	2,2	1,8	2,0	2,0	2,0
<b>Österreich</b>	3,2	0,4	1,7	2,5	2,0	2,2	2,5	3,1	3,3
Portugal	2,7	-0,9	1,4	2,4	1,4	2,4	3,6	3,5	3,9
Slowenien	5,5	0,9	2,1	2,2	3,1	2,2	2,3	2,0	2,4
Slowakische Republik	3,9	0,9	0,7	3,4	2,7	1,3	3,2	3,5	3,8
Finnland	3,9	1,6	1,7	3,0	2,1	2,8	3,1	3,5	3,5
<b>Euroraum</b>	3,3	0,3	1,6	2,3	1,7	2,2	2,3	2,4	2,7
Dänemark	3,6	1,1	2,2	2,0	2,0	2,8	2,6	2,6	2,5
Schweden	3,3	1,9	1,9	2,0	2,0	2,1	1,4	1,2	1,4
Vereinigtes Königreich	3,6	2,2	3,3	4,2	2,0	3,7	4,0	4,4	4,0
Bulgarien	12,0	2,5	3,0	4,8	3,7	4,4	4,3	4,6	4,6
Tschechische Republik	6,3	0,6	1,2	2,0	2,0	2,3	1,9	1,9	1,9
Lettland	15,3	3,3	-1,2	3,0	1,7	2,4	3,5	3,8	4,1
Litauen	11,1	4,2	1,2	3,1	2,9	3,6	2,8	3,0	3,7
Ungarn	6,0	4,0	4,7	4,1	3,5	4,6	4,0	4,2	4,6
Polen	4,2	4,0	2,7	4,1	2,9	2,9	3,5	3,3	4,0
Rumänien	7,9	5,6	6,1	6,1	3,4	7,9	7,0	7,6	8,0
<b>EU</b>	3,7	1,0	2,1	2,7	1,9	2,7	2,8	2,9	3,1
Kroatien	5,8	2,2	1,1	3,5	2,4	1,7	1,8	2,2	2,5
Türkei	10,4	6,3	8,6	5,7	6,0	6,4	4,9	4,1	4,0
USA	2,8	3,8	-0,4	2,2	1,6	1,5	1,6	2,1	..
Japan	0,0	1,4	-1,4	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	..
Schweiz	0,8	2,3	-0,7	0,9	1,0	0,4	0,2	0,5	1,0
Russland	14,1	11,8	7,1	9,3	8,0	8,6	9,5	9,4	..
Brasilien	6,6	5,1	5,1	6,3	4,8	6,5	6,5	6,4	6,3
China	5,9	-0,7	3,3	5,0	2,5	4,6	4,9	4,9	5,4
Indien	8,3	10,9	12,2	7,5	6,9	9,5	9,3	8,8	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU27, Türkei: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) Frühjahrsprognose des IWF vom April 2011.

## Reales Bruttoinlandsprodukt

Land					Prognose <sup>2)</sup>				
	2008	2009	2010	2011	2012	1Q10	2Q10	3Q10	4Q10
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	1,0	-2,8	2,1	1,7	1,9	1,7	2,7	2,0	2,0
Zypern	3,6	-1,7	1,0	1,7	2,2	-1,0	0,6	2,0	2,6
Deutschland	1,0	-4,7	3,6	2,5	2,1	2,1	3,9	3,9	4,0
Estland <sup>1)</sup>	-5,1	-13,9	3,1	3,3	3,7	-2,6	3,1	5,0	6,7
Irland	-3,5	-7,6	-1,0	0,5	1,9	-1,2	-1,9	-0,5	-0,5
Griechenland	1,0	-2,0	-4,5	-3,0	1,1	-2,7	-4,0	-4,6	..
Spanien	0,9	-3,7	-0,1	0,8	1,6	-1,4	0,0	0,2	0,6
Frankreich	0,2	-2,6	1,6	1,6	1,8	1,2	1,6	1,7	1,5
Italien	-1,3	-5,2	1,3	1,1	1,3	0,6	1,5	1,4	1,5
Luxemburg	1,4	-3,6	3,5	3,0	3,1	1,0	5,3	3,2	..
Malta	5,3	-3,4	3,7	2,5	2,2	3,9	3,5	3,2	3,9
Niederlande	1,9	-3,9	1,8	1,5	1,5	0,3	2,7	1,9	2,2
<b>Österreich</b>	2,2	-3,9	2,0	2,4	2,3	0,5	2,3	2,7	3,1
Portugal	0,0	-2,5	1,3	-1,5	-0,5	1,7	1,4	1,2	1,0
Slowenien	3,7	-8,1	1,2	2,0	2,4	-0,2	1,5	1,3	1,9
Slowakische Republik <sup>1)</sup>	5,8	-4,8	4,0	3,8	4,2	4,7	4,2	3,8	3,5
Finnland	0,9	-8,2	3,1	3,1	2,5	-8,0	-9,0	3,0	5,0
<b>Euroraum</b>	0,4	-4,1	1,8	1,6	1,8	0,8	2,0	2,0	2,0
Dänemark	-1,1	-5,2	2,1	2,0	2,0	-0,8	2,6	3,7	2,9
Schweden	-0,6	-5,3	5,5	3,8	3,5	2,6	4,4	6,8	7,2
Vereinigtes Königreich	-0,1	-4,9	1,3	1,7	2,3	-0,4	1,5	2,5	1,5
Bulgarien <sup>1)</sup>	6,2	-5,5	0,2	3,0	3,5	-4,8	1,0	0,3	3,1
Tschechische Republik <sup>1)</sup>	2,5	-4,1	2,3	1,7	2,9	1,0	2,9	2,4	2,9
Lettland <sup>1)</sup>	-4,2	-18,0	-0,3	3,3	4,0	-6,1	-2,6	2,8	3,6
Litauen <sup>1)</sup>	2,9	-14,7	1,3	4,6	3,8	-2,0	1,1	1,2	4,8
Ungarn <sup>1)</sup>	0,8	-6,7	1,2	2,8	2,8	0,1	1,0	1,7	1,9
Polen <sup>1)</sup>	5,1	1,7	3,8	3,8	3,6	2,7	3,7	4,8	4,1
Rumänien <sup>1)</sup>	7,4	-7,1	-1,3	1,5	4,4	-2,2	-0,4	-2,2	-0,6
<b>EU27</b>	0,5	-4,2	1,8	1,8	2,1	0,7	2,0	2,2	2,2
Kroatien <sup>1)</sup>	2,2	-6,0	-1,2	1,3	1,8	-2,3	-2,3	0,3	-0,6
Türkei <sup>1)</sup>	0,7	-4,8	8,9	4,6	4,5	12,0	10,3	5,2	9,2
USA	0,0	-2,6	2,9	2,8	2,9	2,4	3,0	3,2	2,8
Japan	-1,2	-6,3	3,9	1,4	2,1	5,4	3,3	4,7	2,5
Schweiz	1,9	-1,9	2,6	2,4	1,8	1,5	2,7	2,8	3,2
Russland <sup>1)</sup>	5,2	-7,8	4,0	4,8	4,5	3,5	5,0	3,1	4,5
Brasilien	5,1	-0,7	7,7	4,5	4,1	9,3	9,1	6,6	5,2
China	9,3	8,9	10,4	9,6	9,5	11,9	10,3	9,6	9,8
Indien	6,2	9,4	10,4	8,2	7,8	11,2	11,4	11,7	10,7

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, Thomson Reuters.

1) nicht saisonbereinigt. 2) Frühjahrsprognose des IWF vom April 2011.

## Industrieproduktion<sup>1)</sup>

Land	2008	2009	2010	Okt.10	Nov.10	Dez.10	Jän.11	Feb.11
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>							
Belgien	2,3	-8,7	11,0	5,6	11,2	9,9	7,4	..
Zypern	4,0	-8,6	-1,9	-1,6	-4,0	-2,1	-6,2	..
Deutschland	0,0	-16,3	10,8	12,7	11,5	13,2	11,4	13,4
Estland	-4,8	-23,9	20,2	34,4	31,4	34,7	29,1	31,3
Irland	-2,2	-4,5	7,4	7,2	17,1	13,2	3,4	-0,4
Griechenland	-4,2	-9,2	-6,6	-5,9	-8,4	-4,8	-5,8	..
Spanien	-7,3	-15,8	0,9	-1,7	3,0	-0,3	2,9	3,6
Frankreich	-2,8	-12,5	5,9	5,1	5,7	7,5	5,0	6,0
Italien	-3,5	-18,8	6,4	3,8	5,2	6,3	0,4	2,3
Luxemburg	-5,3	-15,8	10,3	3,3	8,3	7,3	8,1	8,1
Malta	-7,7	-14,6	6,8	1,5	1,4	-1,0	9,9	1,7
Niederlande	1,4	-7,6	7,1	6,1	6,6	5,0	0,1	0,4
<b>Österreich</b>	1,2	-11,2	6,6	7,4	10,5	9,3	12,4	..
Portugal	-4,1	-8,5	1,8	-2,2	1,0	4,1	-0,5	1,5
Slowenien	1,6	-17,6	6,4	8,2	5,0	11,1	12,4	7,8
Slowakische Republik	3,2	-13,7	18,9	13,4	17,3	19,7	17,1	10,8
Finnland	1,0	-18,1	5,5	12,1	8,0	10,2	4,9	5,1
<b>Euroraum</b>	-1,7	-14,7	7,5	7,3	8,2	8,9	6,3	7,3
Dänemark	-1,1	-15,0	1,9	6,8	3,7	7,6	4,9	0,5
Schweden	-2,9	-17,9	8,7	9,4	13,8	10,6	12,0	15,9
Vereinigtes Königreich	-3,1	-10,0	2,7	3,2	2,6	4,7	5,2	2,3
Bulgarien	0,5	-18,2	2,1	4,7	5,6	5,2	9,3	15,2
Tschechische Republik	-2,4	-13,1	9,5	10,3	12,4	9,2	14,1	13,0
Lettland	-3,2	-17,7	14,2	23,2	14,5	16,6	6,5	9,6
Litauen	5,2	-14,6	6,5	19,0	16,8	14,2	15,6	13,7
Ungarn	-1,0	-17,5	10,2	8,4	14,6	5,8	10,7	..
Polen	2,5	-3,8	10,8	10,0	6,8	10,5	8,3	9,8
Rumänien	3,1	-6,5	5,4	4,1	6,1	9,2	11,3	12,7
<b>EU27</b>	-1,7	-13,7	7,0	6,9	7,6	8,4	6,6	7,0
Kroatien	1,0	-9,2	-1,5	-4,4	0,3	-0,6	-6,8	-4,2
Türkei	-0,8	-10,1	13,9	13,0	8,6	17,2	18,8	13,9
USA	-3,3	-9,3	5,8	5,8	5,6	6,4	5,7	5,5
Japan	-3,4	-21,8	16,0	-13,7	-10,6	-10,1	-7,8	-7,5
Schweiz	1,2	-7,7	6,0	-2,6	-4,9	-4,2	-3,4	1,9
Russland	2,5	-9,3	8,3	6,7	6,8	6,5	6,9	6,0
Brasilien	3,1	-6,8	10,5	3,7	4,2	3,0	2,2	3,1
China <sup>2)</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x
Indien	4,2	6,6	10,6	12,1	3,6	2,5	3,9	3,6

Quelle: Eurostat, OECD, WIIW, FED, Meti, Thomson Reuters.

1) nicht saisonal, jedoch arbeitstägig bereinigt; Schweiz, Russland, Brasilien, Indien nicht bereinigt.

2) Keine Werte vorhanden.

Arbeitslosenquoten<sup>1)</sup>

Land	Prognose <sup>2)</sup>									
	2008	2009	2010	2011	2012	Nov.10	Dez.10	Jän.11	Feb.11	
	<i>in % gemäß ILO-Definition</i>									
Belgien	7,0	7,9	8,3	8,4	8,2	8,0	7,8	7,7	7,6	
Zypern	3,6	5,3	6,5	6,5	6,3	6,9	6,9	7,0	7,2	
Deutschland	7,3	7,5	6,8	6,6	6,5	6,6	6,5	6,5	6,3	
Estland	5,5	13,8	16,9	8,6	8,3	14,3	14,3	..	..	
Irland	6,3	11,9	13,7	14,5	13,3	14,5	14,8	14,9	14,9	
Griechenland	7,7	9,5	12,6	14,8	15,0	14,1	14,1	..	..	
Spanien	11,3	18,0	20,1	19,4	18,2	20,5	20,4	20,4	20,5	
Frankreich	7,8	9,5	9,7	9,5	9,1	9,6	9,6	9,6	9,6	
Italien	6,7	7,8	8,4	8,6	8,3	8,5	8,4	8,5	8,4	
Luxemburg	4,9	5,1	4,5	5,9	5,8	4,6	4,6	4,5	4,5	
Malta	5,9	7,0	6,8	6,5	6,4	6,4	6,5	6,3	6,5	
Niederlande	3,1	3,7	4,5	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	
<b>Österreich</b>	3,8	4,8	4,4	4,3	4,3	4,3	4,2	4,5	4,8	
Portugal	7,7	9,6	11,0	11,9	12,4	11,2	11,2	11,2	11,1	
Slowenien	4,4	5,9	7,3	7,5	7,2	7,7	8,0	8,0	8,0	
Slowakische Republik	9,5	12,0	14,4	13,3	12,1	14,1	14,0	14,0	14,0	
Finnland	6,4	8,2	8,4	8,0	7,8	8,1	8,0	8,0	8,0	
<b>Euroraum</b>	7,5	9,4	10,0	9,9	9,6	10,0	10,0	10,0	9,9	
Dänemark	3,3	6,0	7,4	4,5	4,4	7,7	7,7	7,9	7,9	
Schweden	6,2	8,3	8,4	7,4	6,6	7,8	7,8	7,8	7,6	
Vereinigtes Königreich	5,6	7,6	7,8	7,8	7,7	7,8	7,9	..	..	
Bulgarien	5,6	6,8	10,2	8,0	6,7	11,5	11,5	11,6	11,6	
Tschechische Republik	4,4	6,7	7,3	7,1	6,9	7,0	7,2	7,1	7,0	
Lettland	7,5	17,1	18,7	17,2	15,5	17,3	17,3	..	..	
Litauen	5,8	13,7	17,8	16,0	14,0	17,4	17,4	..	..	
Ungarn	7,8	10,0	11,2	11,5	10,9	11,1	11,3	12,1	..	
Polen	7,1	8,2	9,6	9,0	8,7	9,7	9,7	9,7	..	
Rumänien	5,8	6,9	7,3	6,6	5,8	7,4	7,4	..	..	
<b>EU27</b>	7,0	8,9	9,6	x	x	9,6	9,6	9,6	9,5	
Kroatien <sup>3)</sup>	8,4	9,1	11,8	12,8	12,3	12,8	13,0	13,3	13,4	
Türkei <sup>4)</sup>	9,7	12,5	10,7	9,0	8,7	9,9	9,7	..	..	
USA	5,8	9,3	9,6	8,5	7,8	9,8	9,4	9,0	8,9	
Japan	4,0	5,1	5,1	4,9	4,7	5,1	4,9	4,9	4,6	
Schweiz	2,6	3,7	3,8	3,4	3,3	3,6	3,6	0,0	..	
Russland <sup>4)</sup>	6,4	8,4	7,5	7,3	7,1	6,6	7,2	7,6	..	
Brasilien	7,9	8,1	6,7	6,7	6,7	5,7	5,3	6,1	6,4	
China	4,2	4,3	4,1	4,0	4,0	x	x	x	x	
Indien <sup>5)</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x	x	

Quelle: Eurostat, WIIW, Thomson Reuters.

1) EU27: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) Frühjahrsprognose des IWF vom April 2011.

3) Arbeitslosenquote auf Basis registrierter Arbeitsloser.

4) Unterjährig: Quartalsdaten.

5) Keine Werte vorhanden.

## Leistungsbilanz

Land	Prognose <sup>1)</sup>				
	2008	2009	2010	2011	2012
	<i>in % des BIP</i>				
Belgien	1,1	2,0	1,2	1,0	1,2
Zypern	-17,7	-8,5	-7,0	-8,9	-8,7
Deutschland	6,7	5,0	5,3	5,1	4,6
Estland	-8,8	4,5	3,6	3,3	3,1
Irland	-5,7	-3,1	-0,7	0,2	0,6
Griechenland	-16,4	-14,0	-10,4	-8,2	-7,1
Spanien	-9,6	-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Frankreich	-2,7	-2,9	-2,1	-2,8	-2,7
Italien	-3,1	-3,2	-3,5	-3,4	-3,0
Luxemburg	5,3	6,7	7,7	8,5	8,7
Malta	-5,6	-6,1	-0,6	-1,1	-2,3
Niederlande	4,8	3,4	7,1	7,9	8,2
<b>Österreich</b>	3,7	2,6	3,2	3,1	3,1
Portugal	-12,5	-10,4	-9,9	-8,7	-8,5
Slowenien	-6,8	-1,4	-1,2	-2,0	-2,1
Slowakische Republik	-6,9	-3,4	-3,4	-2,8	-2,7
Finnland	3,5	1,3	3,1	2,8	2,6
<b>Euroraum</b>	-0,8	-0,7	-0,6	0,0	0,0
Dänemark	2,7	3,6	5,0	4,8	4,8
Schweden	8,9	7,3	6,5	6,1	5,8
Vereinigtes Königreich	-1,6	-1,3	-2,5	-2,4	-1,9
Bulgarien	1,1	2,0	-0,8	-1,5	-2,0
Tschechische Republik	-20,6	-8,5	-2,4	-1,8	-1,2
Lettland	-17,7	-8,5	3,6	2,6	1,5
Litauen	-13,1	8,6	1,8	-0,9	-2,9
Ungarn	-13,1	2,6	1,6	1,5	0,9
Polen	3,7	2,6	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien	-12,5	-10,4	-4,2	-5,0	-5,2
<b>EU27</b>	-1,0	-0,6	x	x	x
Kroatien	-9,1	-5,4	-1,9	-3,6	-3,6
Türkei	-5,5	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
USA	-4,7	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8
Japan	3,2	3,5	3,6	2,3	2,3
Schweiz	2,4	12,7	14,2	13,2	12,8
Russland	6,1	4,0	4,9	5,6	3,9
Brasilien	-1,7	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
China	9,4	5,8	5,2	5,7	6,3
Indien	-2,2	-1,8	-3,2	-3,7	-3,8

Quelle: EU-Kommission, IWF, OECD, Russisches Finanzministerium.

1) Frühjahrsprognose des IWF vom April 2011.

## Fiskaldaten

Land	Budgetsalden					Staatsschulden				
	Realisierte Werte		Prognose <sup>1)</sup>			Realisierte Werte		Prognose <sup>1)</sup>		
	2008	2009	2010	2011	2012	2008	2009	2010	2011	2012
	<i>in % des BIP</i>									
Belgien	-1,3	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	89,6	96,2	97,1	97,3	97,4
Zypern	0,9	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	48,3	58,0	61,7	63,4	63,9
Deutschland	0,1	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	66,3	73,4	80,0	80,1	79,4
Estland	-2,8	-1,7	0,2	-1,0	-0,8	4,6	7,2	6,6	6,3	6,0
Irland	-7,3	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	44,3	65,5	96,1	114,1	121,5
Griechenland	-9,4	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	110,3	186,8	142,0	152,3	157,7
Spanien	-4,2	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	39,8	53,2	60,1	63,9	67,1
Frankreich	-3,3	-7,5	-7,7	-6,0	-5,0	67,5	78,1	84,3	87,6	89,7
Italien	-2,7	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	106,3	116,0	119,0	120,3	120,0
Luxemburg	3,0	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	13,6	14,5	16,6	17,9	19,5
Malta	-4,8	-3,8	-3,8	-2,9	-2,9	63,1	68,6	67,0	66,7	66,7
Niederlande	0,6	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	58,2	60,8	63,7	65,6	66,5
<b>Österreich</b>	-0,5	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9	62,5	67,5	70,0	70,5	70,7
Portugal	-2,9	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	65,3	76,1	83,3	90,6	94,6
Slowenien	-1,8	-5,8	5,2	-4,8	-4,3	22,5	35,4	37,2	42,3	44,9
Slowakische Republik	-2,1	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	27,8	35,4	42,0	45,1	46,2
Finnland	4,2	-2,5	-2,8	-1,2	-1,1	34,1	43,8	48,4	50,8	52,7
<b>Euroraum</b>	-2,0	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	70,1	79,2	85,0	87,3	88,3
Dänemark	3,4	-2,7	-4,9	-3,6	-2,6	34,2	41,4	44,3	45,6	46,5
Schweden	2,2	-0,9	-0,2	0,1	0,4	38,2	41,9	39,6	37,3	34,9
Vereinigtes Königreich	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-6,9	52,1	68,2	77,2	83,0	86,5
Bulgarien	1,7	-4,7	-3,6	-2,6	-1,5	13,7	14,7	18,0	19,7	20,0
Tschechische Republik	-2,7	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	30,0	35,3	39,6	41,7	43,4
Lettland	-4,2	-10,2	-7,9	-5,3	-1,9	19,7	36,7	39,9	42,5	41,0
Litauen	-3,3	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	15,6	29,5	38,7	43,5	45,4
Ungarn	-3,7	-4,4	-4,1	3,9	-4,3	72,3	78,4	80,4	76,6	76,9
Polen	-3,7	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	47,1	50,9	55,7	56,6	57,3
Rumänien	-5,7	-8,6	-6,5	-4,4	-3,0	13,4	23,9	35,2	37,8	37,7
<b>EU27</b>	-2,3	-6,8	-6,5	-4,8	-4,0	61,8	74,0	79,5	81,8	82,3
Kroatien	-1,4	-4,1	-5,3	-6,3	-6,1	28,9	35,3	40,0	44,1	47,6
Türkei	-2,2	-6,7	-2,6	-1,7	-1,5	39,5	45,4	41,7	39,4	37,6
USA	-6,4	-11,1	-10,6	-10,8	-7,5	71,1	84,4	91,6	99,5	102,9
Japan	-2,0	-6,9	-9,5	-10,0	-8,4	173,9	192,8	220,3	229,1	233,4
Schweiz	2,5	0,7	0,2	0,3	0,6	44,3	42,2	55,0	52,7	51,2
Russland	4,9	-6,3	-3,4	-1,6	-1,7	5,7	8,3	9,9	8,5	8,8
Brasilien	-1,4	-3,1	-2,9	-2,4	-2,6	70,7	67,9	66,1	65,7	64,9
China	-0,4	-3,1	-2,6	-1,6	-0,9	17,0	17,7	17,7	17,1	16,3
Indien	-7,8	-9,4	-9,0	-8,0	-7,3	73,0	71,1	69,2	68,2	67,7

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, Russisches Finanzministerium.

1) Frühjahrsprognose des IWF vom April 2011.